
AUFTRAG



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

● AUFTRAG

Dezember 1988

Heft 177 — 28. Jahrgang

3	Eine königliche Nacht	J. C.
4	Weinachten	
	„Und sie fanden keinen Platz in der Herberge“	Helmut Fettweis
7	Zum Neuen Jahr	
	Glauben leben — Glauben weitergeben	Helmut Fettweis
12	Gemeinschaft Katholischer Soldaten	Paul Schulz
14	Gesellschaft	
	Die Bundeswehr im Wandel der Gesellschaft	Karl-Wilhelm Becker
24	Kleines Ökologie-Seminar	Johannes Cofalka
27	„Wiedergutmachung im Programm“	Wolfgang Altendorf
28	Der Anfang vom Ende	Lothar Groppe
37	Versorgung früher	Wolfgang Altendorf
41	Presse — Medien	
	40 Jahre Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP)	H. F.
44	Der Bundesminister der Verteidigung vor Chefredakteuren der Kath. Bistumspresse	Rupert Scholz
51	Wallfahrten heute	
	Warum und wohin?	Uta Lenkewitz von Zahn
52	Pilgerreise 1988	Walter Szelag
53	Auf Pilgerwegen	Christian Dewitz
56	Pilgerfahrt nach Rom	Albert Goll
57	Erzabtei Otilien	
58	Romwallfahrt mit den Augen der Jugend	Sascha Mroß
60	Aus der nahen und fernen Welt	
	Die AKS-Herbstkonferenz	Michael Haubl
62	Im Dienst der deutschen Sprache und Kultur	Wolfgang Altendorf
64	Das Homeland Kangwane...	Karl Breyer
66	Santiago de Chile	Eduardo Cano
69	Südafrikas Gewissen ist tot	Karl Breyer
71	Die Christen in Israel...	Wolfgang Altendorf
74	Aus GKS und PGR	
	Österreich-Seminar der GKS und Vorstand ZV	Gernot Belch
77	Donauwörth	Kurt Unglert
78	Pöing	Arthur Schopf
79	München	Volker Traßl
81	Köln	Franz Pulm/H. Schülkens
82	Köln	Wilfried Tscherny
83	Warren/Wales	Christian Dewitz
86	Das aktuelle Buch	
100	Informationen aus Kirche und Welt	
112	Das neue Info-Blatt der GKS	

Diesem Heft liegt — wie in jedem Jahr — ein Überweisungsträger bei mit der Bitte um freundliche Beachtung.

DIESE NACHT
TRÄGT EIN
KÖNIGLICHES
GEWAND,
DENN EIN
KÖNIGTUM
IST
AUF-
GEBROCHEN
MITTEN
UNTER UNS

Weihnachten 1988

„Und sie fanden keinen Platz in der Herberge“

Weihnachten 1988 und kein Ende der menschlichen Probleme

An dieser Stelle haben wir schon oft Aspekte der Weihnacht betrachtet. Das reiche Weihnachten, der Rausch des Konsums, das liebeliche Weihnachtsfest waren Grund für unsere Abhandlungen.

1988 war ein gutes Jahr. Das Bruttosozialprodukt hat sich fast um 4 % erhöht, die Arbeitslosigkeit zeigt erstmals leicht rückläufige Tendenzen, der Frieden ist sicherer geworden, Konflikte wurden ausgesetzt, und die Großmächte sprechen miteinander.

Aber dennoch: Die Probleme der Menschheit bestehen weiter. Etwa 12–14 Millionen Flüchtlinge gibt es in der Welt. Die Ursachen sind unterschiedlich. Krieg, religiöse Verfolgung, politische Heimsuchung, Hunger und Dürre gehören mit dazu. So gibt es auch bei uns zwischen 50 000 und 100 000 Asylbewerber (knapp 1 % der Weltflüchtlinge). Hinzu kommen aber auch 150–200 000 Aussiedler, Deutsche bzw. Deutschstämmige aus den Ostblockländern.

Nun haben wir gute Gesetze. Man hat „wundervolle“ Verordnungen, um diesen Menschen zu helfen. Aber diese Hilfen, ob in Geld oder Sachwerten, reichen nicht aus. Denn all das bringt kein Heimatgefühl. Die Fürsorge der Behörden bringt noch keinen „Platz in der Herberge“. „Platz“ bedeutet nämlich zugleich auch Raum zur eigenen Entfaltung. Und „Herberge“ beinhaltet auch Schutz und Geborgenheit.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Botschaft von Weihnachten auch — oder gerade — heute hochaktuell. Denn es ist leider eine Verkürzung der Botschaft Gottes, fleischgeworden in der Geburt Jesu Christi, wenn man nur das Wort nimmt und nicht auch das Leben unseres Herrn und Heilandes mit einbezieht. Und dieses Leben beginnt — im Glauben schon immer gewußt, von der Wissenschaft heute eindeutig bewiesen — mit dem ersten Tag im Mutterleib.

Als der Heilige Geist Maria die Botschaft brachte und Maria ihr „fiat“ — mir geschehe — gesprochen hatte, lebte das Kind Jesu. Und in dieser Zeit durchlebte dieses Kind im Mutterleib alles, was auch der Mutter geschah. So mußte das menschengewordene Wort den beschwerlichen Weg nach Bethlehem miterleben. Die Trauer der Mutter um die Abweisung in den Herbergen begleitete den noch nicht geborenen, aber lebenden Jesus.

Dann wird das Kind geboren. Einige Tage leuchtet die Botschaft vom Frieden auf, den dieses Kind bringen soll, bei den Hirten auf dem Feld, bei den heiligen drei Königen und immer für uns. Doch schon steht dem Kind die Flucht nach Ägypten bevor.

So muß man feststellen, daß diese Not, die den Erlöser beim Eintritt in unsere Welt begleitete, auch heute noch die Not unserer Tage ist. Damit bleibt für die Menschen unserer Zeit, besonders für die, die sich von seiner Botschaft anrühren lassen, zugleich auch die

Aufgabe, daran zu arbeiten, um diese Not zu wenden. Das kann auf vielerlei Weise geschehen.

Zunächst aber ist das Wichtigste, das Umdenken, das neue Denken. Am Anfang der christlichen Botschaft steht das Gebot der Liebe als Ausfluß der Liebe Gottes. Und Liebe bedingt Hinwendung zum Nächsten, zum Mitmenschen. Heißt es doch bei Matthäus: „Was ihr für einen dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch für mich nicht getan.“ (vgl. Mt 25,42–46) Und die Armen, Kranken und Obdachlosen sind eigens erwähnt.

Der Nächste ist nun ein differenzierter Begriff. Da sind zunächst einmal die Armen unter uns. Es müßte einmal wirklich umgeschaut werden, wo die wirklich Armen sind. Da gibt es Klein- und Kleinstrentner. Es gibt Menschen, die durch Krankheit und Tod — sicherlich zuweilen auch durch eigene Schuld — in wirtschaftliche Not geraten sind.

Es gibt Arbeitslose, die zwar nicht in einer Not leben, wie sie in Afrika zuhause ist, die aber im Vergleich zu den Normalbürgern erhebliche Einbußen haben. Hier kommt hinzu, daß oftmals erst ein geistiges Tief überwunden werden muß.

Wir können uns auch nicht der Not der Asylanten verschließen. Damit sind nicht jene gemeint, die einem Märchen vom Wunderland nachgelaufen sind, sondern eben die, die Verfolgung erlitten haben oder befürchten müssen.

In neuester Zeit kommen viele Aussiedler. Das sind deutsche Menschen, die seit Kriegsende in ständiger Not gelebt haben, weil sie ihr Deutschtum nicht bekennen durften oder gar wegen des Deutschtums ihrer Eltern oder Voreltern diskriminiert wurden.

Wir werden in einigen Jahren erleben, daß mit dem Zusammenrücken der Staaten Europas auch aus diesen Ländern alle, die dort Heimatrecht haben — z. B. durch eine Großmutter aus Eritrea, die das Bürgerrecht des „Impero Romano“ besaß, oder ein Portugiese, der als Farbiger oder Schwarzer in den Kolonien Bürgerrecht erworben hat —, dann bei uns Heimat suchen.

Sehen wir in all diesen Menschen auch den Bruder, den Nächsten? Können wir diesen Menschen unsere Liebe geben? Erkennen wir überhaupt die Probleme, die diese Menschen beschäftigen?

Wir müssen uns für diese Fragen öffnen, aber nicht nur in rein deklamatorischer Art, sondern müssen einen Teil von unserem Haben — geistig und materiell — abgeben, um zu teilen.

Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß es noch tausendfältige Not in der sogenannten dritten Welt gibt. Diese Menschen gehören ebenfalls zu unseren Brüdern. Sind wir darauf vorbereitet, all diesen Menschen auch religiöse Heimat zu schenken?

Sieht man diese Dinge, dann sollte man keine Schwierigkeiten haben, Weihnachten als einen Appell zur Verstärkung der Liebe anzusehen. Die Botschaft, die mit der Geburt Christi in diese Welt gekommen ist, muß weitergelebt werden. „Ein neues Gebot gebe ich euch: Liebt einander“ (Joh. 13,34), heißt es in dieser Botschaft. Tun wir also zweierlei zu

Weihnachten 1988, öffnen wir uns dem Anruf Gottes, sagen wir seine Botschaft der Freude und Liebe weiter, und handeln wir auch danach, helfen wir den Mitmenschen in nah und fern.

In diesem Sinne wünscht Ihnen eine gnadenreiche Weihnacht

Ihr Helmut Fettweis

„Wenn das Mäuschen satt ist . . .“

„Vieles erscheint mir hier unbegreiflich“, sagte Herr P., der vor einigen Monaten mit seiner Familie aus Kostroma, einem Dorf in Sibirien, zu uns in die Bundesrepublik übersiedelt war, „der Verkehr, die Eile, die glitzernde Pracht in den Läden, diese unsinnige Fülle in den Auslagen . . . Doch einiges begreife ich sehr wohl!“

„Zum Beispiel?“ fragte ich.

„Das, was es bei uns in Kostroma nie gegeben hat und vorerst wohl auch nie geben wird, nämlich dieser Wirbel um mögliche Schadstoffe in den Lebensmitteln. Jede Woche wird etwas neues dieser Art entdeckt und gehörig im Fernsehen und in den Zeitungen angeprangert. Bald gibt es hier tatsächlich nichts mehr, was ohne Gefahr für Leib und Leben gegessen werden kann!“

„Und das — begreifen Sie?“

Er nickte. „Und ob! Denn — wenn das Mäuschen satt ist, schmeckt das Mehl bitter . . .“, sagte er lächelnd.

W. A.

Zum neuen Jahr

Glaube leben — Glaube weitergeben!

Was ist Glaube?

Glaube bedeutet im allgemeinen, die Äußerung einer Person im Vertrauen auf ihre Verlässlichkeit frei anzunehmen. Somit ergibt sich, daß es sich immer um eine Beziehung zwischen zwei Personen handelt, wenn man von Glaube spricht. Diese Beziehung ist gefährdet, wenn die Glaubwürdigkeit der aussagenden Person in Frage gestellt werden muß. Damit wird auch erkennbar, daß Glaube sich sowohl von Wissen, das sich auf Beweise gründet, als auch von „blindem“ Vertrauen unterscheidet.

Christlicher Glaube

In christlichem Sinne kann daher Glaube nur im analogen (ähnlich, entsprechend) Sinne gebraucht werden. Denn im christlichen Glauben wird Gott selbst geglaubt. Dieser Glaube hängt an ihm, so er sich geoffenbart hat, und dann an dem, was er offenbar gemacht hat. Eine Schwierigkeit ist, daß Gott sich — von Ausnahmen abgesehen — nicht jedem einzelnen mitteilt, sondern seine Botschaft an Zeugen, die er erwählt, vermittelt hat. So muß also auch jeweils die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen hinterfragt werden. Aber noch eine weitere Schwierigkeit ist vorhanden. Der Glaube, der sich auf Gott gründet, geschieht nicht als eine Kundgabe Gottes an den Intellekt. Die Kundgabe Gottes ruft alle Dimensionen des Menschen — Verstand, Seele, Gemüt, Leben — an. Gott, der sich dabei als Liebender zu erkennen gibt, beansprucht den ganzen Menschen; er ist dabei zugleich seine natürliche und übernatürliche Erfüllung, das Ziel, das dem Menschen gesetzt ist.

Quellen des Glaubens

Gott ist erkennbar aus den Werken der Natur. Sie sind auch mit den besten wissenschaftlichen Geräten nur nachzuvollziehen, nicht erstlich zu schöpfen. Die Größe und Wunderwelt des Mikrokosmos und des Makrokosmos (die Welt im Kleinen und die Welt im Großen) kann auch heute nur mit ehrfürchtigem Staunen erlebt, aber nicht begriffen werden. Und in der Vermittlung des Wissens über diese Welt steckt neben der intellektuellen Aussage auch eine Kraft, die die Seele anstößt. Die Weite des Meeres, die gigantischen Bergformationen, aber auch Flora und Fauna deuten auf etwas hin, das Menschenkönnen übersteigt — Gottes Schöpferkraft. Es ist durchaus verständlich, wenn Menschen glauben, daß Gott zu ihnen durch die Werke der Natur spricht. Aber damit wird der Glaube nur durch *eine* Quelle gespeist. Seit altersher besitzen wir in der Schrift des Alten Testaments und in der Tradition des jüdischen Volkes Aussagen über den persönlichen Gott. Die Schriften sagen in der Form „des Sicher-Wissens“ aus über den *einen* Gott (Monotheismus), sie berichten von der *Treue* Gottes (Bundesgott), sie geben dem Volk Israel *Gesetze*, die für alle Menschen Gültigkeit haben, sie betonen die Notwendigkeit des Gehorsams, weil der Wille Jahwes aus allem spricht, und sie weisen auch hin auf das *Bekenntnis* zu Gott.

Diese Quellen sind verlässliche Zeugen, die aus der teils bitteren Erfahrung eines Volkes einen absoluten Glaubwürdigkeitsgrad in der Aussage über den erhabenen und mächtigen Gott haben.

Christus als das von Gott zu den Menschen gesandte Wort des Vaters sagt noch mehr über diesen einzigen Schöpfergott aus. Durch seine Heilszeichen — Wunder — zeigt er den Beginn der Gottesherrschaft — Basileia — an und ruft zu seiner Nachfolge auf.

Ausdrücklich bestätigt er (Mk 1,15): „glaubt an das Evangelium“. Er fordert zur Sinneswandlung (Metanoia) auf und lehrt, daß Gott diese Sinneswandlung möglich macht. Er führt die Linie der Aussagen im Alten Testament zu der unüberbietbaren Aussage, daß Gott die Menschen liebt, ja — wie in Joh 4,8 steht — Gott selbst die *Liebe* ist.

Die Urkirche lebt aus Wort und Leben Christi. Sie weiß im Glauben, daß Gott Vertrauen, Hoffnung, Liebe und Wahrheit ist. Sie weiß sich auch gehalten in der Vorzeichnung des Heilsweges, der von Christus aufgezeigt ist mit den Worten: „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater außer durch mich“ (Joh 14,6). Diese Urkirche lebt aber auch in und von der Tradition, die Jesus ihr eingestiftet hat. Paulus weist auf diese von den Zeugen empfangene Tradition (1 Kor 11,23; 15,3 usw.) besonders hin.

Über den Inhalt des Glaubens soll hier nur eines gesagt werden: Das große Glaubensbekenntnis der Kirche enthält den Kern.

Das Große Glaubensbekenntnis der Kirche

Wir glauben an den einen Gott,
den Vater, den Allmächtigen,
der alles geschaffen hat, Himmel und Erde,
die sichtbare und die unsichtbare Welt.
Und an den einen Herrn Jesus Christus,
Gottes eingeborenen Sohn,
aus dem Vater geboren vor aller Zeit:
Gott von Gott, Licht vom Licht,
wahrer Gott vom wahren Gott,
gezeugt, nicht geschaffen,
eines Wesens mit dem Vater;
durch ihn ist alles geschaffen.
Für uns Menschen und zu unserem Heil
ist er vom Himmel gekommen,
hat Fleisch angenommen
durch den Heiligen Geist
von der Jungfrau Maria
und ist Mensch geworden.
Er wurde für uns gekreuzigt

unter Pontius Pilatus,
hat gelitten und ist begraben worden,
ist am dritten Tage auferstanden
nach der Schrift
und ist aufgefahren in den Himmel.
Er sitzt zur Rechten des Vaters
und wird wiederkommen in Herrlichkeit,
zu richten die Lebenden und die Toten;
seiner Herrschaft wird kein Ende sein.
Wir glauben an den Heiligen Geist,
der Herr ist und lebendig macht,
der aus dem Vater und dem Sohn hervorgeht,
der mit dem Vater und dem Sohn
angebetet und verherrlicht wird,
der gesprochen hat durch die Propheten,
und die eine, heilige, katholische
und apostolische Kirche.
Wir bekennen die eine Taufe
zur Vergebung der Sünden.
Wir erwarten die Auferstehung der Toten
und das Leben der kommenden Welt. Amen.

Glaube leben

Wenn man weiß, was der Glaube an Aussagen für das Leben und Lebenshinweisen enthält, sollte es nicht zu schwer sein, das tägliche Leben danach einzurichten. Das beginnt in der Familie, der Gesellschaft und setzt sich in Beruf und Freizeit fort. Wer seinen täglichen Weg überprüft und – wenn notwendig – korrigiert, wird zunächst einmal als aus dem Glauben Lebender erkannt. Er muß dabei wissen, daß dieses Aus-dem-Glauben-Leben täglich gefährdet ist. Er muß daher auch Korrekturen vornehmen, so erkennbar wie die falschen Entscheidungen. Er kann damit der Glaubwürdigkeit eines Zeugen nahe kommen.

Wer seinen Glauben lebt und aus diesem Glauben die Umwelt mitgestaltet, leistet zugleich einen Dienst an der Weitergabe des Glaubens. Dazu bedarf es jedoch auch des Wortes. Denn der Mensch ist auf das Wort als Mittel der Kommunikation angewiesen. Daher muß der Christ auch von seinem Glauben wissen. Er wird sich also mit der Heiligen Schrift befassen müssen, und er soll die Kirche hören. Denn sie ist beauftragt, das Wort zu sagen, die Sakramente der Liebe Christi getreulich zu verwalten und die Gemeinschaft in Christus zu pflegen.

Glaube weitergeben – wie?

Wer den Glauben lebt, ist also Vorbild und gibt allein durch sein „So-sein“ einen Teil weiter. Aber es ist noch mehr notwendig.

Fangen wir bei uns selbst an. Wir bedürfen des Gebetes. Und zwar des Gebetes im Stillen wie auch des Gebetes in Gesellschaft. Und diese Gemeinschaft kann sehr vielseitig sein. Das beginnt in der Familie. Die Gebete am Morgen, am Mittag und am Abend sollten, soweit es irgend geht, gemeinsam erfolgen. Auch das stille Gebet vor dem Essen im Restaurant gehört dazu. Die Gemeinschaft der Beter kann sich auch in der Kirche oder in unseren Vereinigungen bilden.

Wird in kirchlichen Gremien noch immer vor oder nach der Sitzung gebetet? Regen wir dazu die Jugend an? Wird damit doch erkennbar, daß unser Tun keine Geschäftigkeit ist, sondern eine Arbeit, die des Segens bedarf?

In welcher Weise nehmen wir die Angebote der Kirche an? Gehen wir zur Rosenkranzanacht? Beteiligen wir uns an Prozessionen oder Wallfahrten? In dem Umfang, wie wir hier tätig werden, sind wir auf die Glaubwürdigkeit unseres Glaubenslebens prüfbar.

Üben wir uns in der Caritas? Helfen wir dem Menschen in Not — aus humanitären Gründen, aus dem Mitfühlen, oder aus dem Wissen, daß Gott von uns das Teilen mit dem Bruder verlangt? Unsere caritative Betätigung kann unterschiedlich und vielfältig sein. Fragen wir den örtlichen Caritas e. V., Helfer und Spender sind immer gesucht.

Wie steht es mit unserem Wissen über den Glauben? Nutzen wir alle Gelegenheiten, uns weiterzubilden, tiefer in die Geheimnisse des Glaubens einzudringen?

Geben wir uns Mühe bei der Gestaltung von Fortbildungsveranstaltungen? Stehen Fragen des Glaubens im Vordergrund oder nur die Vermittlung interessanter Allgemeinerkenntnisse?

Wenn wir bemüht sind, aus dem Glauben zu leben, den Mitmenschen in Liebe zu begegnen, uns in die Geheimnisse der Erlösung zu vertiefen, sind wir dann auch bereit zum Gespräch? Wagen wir das Wort, und erfragen wir das Widerwort, um letztlich die Wahrheit aus seinem Wort dagegenzustellen? Wann haben Sie zuletzt mit anderen Erwachsenen oder Jugendlichen über Glaubensfragen gesprochen?

Erinnern wir an die Werke Gottes, wenn wir die Natur erleben, am Meer, im Gebirge, aber auch in den kleinen Geheimnissen des Bienenfluges oder im Tanz der Schmetterlinge? Sehen wir — ob im Beruf oder in der Freizeit — den großen Zusammenhang in der Schöpfung? Nehmen wir dieses Bild von der Schöpfung mit in unser Bildbewußtsein, in unser Kunstverständnis, und sehen wir die Werke der Menschen als Ableitung aus der Schöpfung Gottes?

Verteidigen wir sein Werk und schützen es vor Verunglimpfung? Wagen wir aufzustehen gegen den Mißbrauch der Natur, gegen die Verschwendung der Güter kommender Generationen? Haben wir uns kundig gemacht, was der Natur widerspricht?

Sieht man die Fülle der Fragen, dann obliegt es jedem einzelnen, für sich eine Antwort zu finden. Wenn man mit Ausdauer die Lücken füllt, tut man mehr als nur beklagen, daß der Glaube in der Gesellschaft abnimmt.

Aber noch etwas anderes ist notwendig. Lassen wir uns vom Glauben mit Freude erfüllen? Sind wir uns bewußt, daß wir Erlöste sind? Zeigen wir auch im Umgang mit unseren Mitmenschen, daß wir aus dieser Freude mit ihnen arbeiten und handeln? So kann es keine „Sklassen“ — keine Untergebenen — im hierarchischen Sinne geben. Sie alle sind Teilhaber am Schöpfungswerk Gottes, jeder mit einer spezifischen Aufgabe und Verantwortung. Achten wir diese Aufgabe? Tun wir also ein „Mehr“ als diejenigen, die nicht so glauben können? Denn dieses „Mehr“ ist notwendig, wenn wir aus dem Glauben leben wollen. Wir müssen ihn dann auch weitergeben. Christus selbst hat dazu alle aufgerufen, die auf seinen Namen getauft sind. Sie haben auch die Kraft des Geistes empfangen, der uns hilft, den Glauben an unseren Erlöser Jesus Christus weiterzutragen nicht nur in die weite Welt, sondern auch zum Nachbarn vor unserer Haustüre.

Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

„Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ lautet das Jahresthema 1988/89 der GKS.

Meine Gedanken, als Ergänzung zum neuen Teil 5.2 des GKS-Handbuchs gedacht, hatte ich bereits als Rundbrief zu Papier gebracht, als das Geiseldrama von Gladbeck und die Katastrophe von Ramstein mir hierzu völlig andere und neue Fragen stellten. Dabei will ich mich nicht in die lange Reihe der Kommentatoren einreihen, die nachher immer alles besser wissen. Ich meine aber, das in unserer Ordnung festgelegte Ziel, „das Verantwortungsbewußtsein für den soldatischen Auftrag und die gesellschaftlichen Aufgaben schärfen,“ verlangt einfach eine engagierte Stellungnahme.

Mit den schlimmen Ereignissen von Gladbeck und Ramstein haben wir die Grenzen menschlicher Verantwortung erfahren. Und für mich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Bild des Menschen im Grundgesetz, verglichen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, aber auch die nach dem Selbstverständnis des Soldaten.

Wird das Ideal des GG mit seinem unbestrittenen Zentralwert der Personenwürde, seinen Ansprüchen auf Leben, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und auf Achtung der menschlichen Person in der Wirklichkeit des Alltags unserer Gesellschaft nicht zu häufig pervertiert und kommerzialisiert? Opfern wir die Menschenwürde nicht allzu leichtfertig der Sensationsgier und der Sensationsbefriedigung?

Für die staatliche Schutzpflicht gegenüber den Bürgern wie für das christliche Gebot der Nächstenliebe gilt nach unserer Wertordnung die Würde des Menschen als höchster und letzter Maßstab. Beide fordern in der akuten Situation der Geiselnahme, die bedrohte Geisel aus der Unterdrückung zu befreien. Wegen der notwendigen Güterabwägung hat aber notwendigerweise der Geiselnehmer durch seinen ungerechten Angriff einen geringeren Anspruch auf Schutz seiner Würde und der daraus folgenden Grundrechte als die Geisel. Welches Selbstverständnis haben Soldaten, die nicht erkennen, wo die Grenzen zwischen verantwortbarer Präsentation militärischen Könnens und unbedachtem technischem Spektakel, zwischen Klugheit und Maß auf der einen Seite und angeberischen Mutproben auf der anderen liegt? Wenn ein Generalstabschef angesichts der Tragödie von Ramstein nichts Besseres zu sagen weiß als „wir haben ein ruhiges Gewissen“ und „das Verbot militärischer Kunstflugveranstaltungen ist eine voreilige Entscheidung der Bundesregierung“, dann ist dieses nicht nur „Macho“ (General a.D. Steinhoff), sondern hier ist die Grenze zwischen Verantwortung und Verantwortungslosigkeit bereits überschritten. Und das rüttelt am Selbstverständnis der Soldaten.

Ramstein hat mir bewußt gemacht, daß es bei militärischen Darbietungen auch um ein moralisches Prinzip geht. Die Kosten-Nutzen-Analyse muß um die Faktoren Erfolg und Risiko erweitert werden. Jeder von uns hat seinen Dienst so zu tun, daß weder die anvertrauten Soldaten noch unbeteiligte Zivilisten einer unkalkulierbaren Gefahr ausgesetzt werden. Streitkräfte, die die freiheitlichen Wertordnungen der westlichen Demokratien

verteidigen, haben es nicht nötig, mit Schimanski- und Rambo-Methoden ihre Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit zu demonstrieren.

Die GKS sollte den richtigen Ansatz des BMinVg Prof. Scholz unterstützen und ihn auf dem Weg begleiten, wenn er bei der Antwort auf die Frage „Was muß geändert werden?“ (im ARD-Fernsehen am 29.8.88) nach neuen Möglichkeiten der Präsentation der Streitkräfte, ihres Auftrags, Könnens, Geräts und der Mittel sucht. Wenn die aus der starken Betroffenheit resultierenden Emotionen abgeklungen und wieder nüchterne Analysen möglich sind, sollten wir katholische Soldaten nicht nur über Lösungsmöglichkeiten nachdenken, sondern solche gemäß unserem Selbstverständnis auch anbieten.

Die Bundeswehr muß sich in der Öffentlichkeit darstellen und für die Akzeptanz der Sicherheitspolitik werben, obwohl letzteres primär eine politische Aufgabe ist. Doch sollte sie auch die bedenklichen Stimmen ernst nehmen und sich der kritischen Diskussion über die Sicherheitspolitik und ihre Mittel stellen, ohne in dem aufrichtig Fragenden gleich einen Extremisten zu sehen. Es kommt darauf an, daß wir

- miteinander reden, den Gegenüber im christlichen Sinne als Bruder achten und seine Bedenken akzeptieren;
- als GKS die Dynamik und Innovationskraft des Evangeliums hinreichend erkennen und nicht nur in unser Handeln einfließen, sondern auch für Außenstehende erfahrbar werden lassen;
- als engagierte katholische Soldaten uns nicht auf eine selbstgenügsame Kerngemeinde um den Militärpfarrer zurückziehen, die im Falle der Vakanz auseinanderbricht, sondern als Sauerteig in den Streitkräften wirken und versuchen, deutliche Antworten auf drängende ethische Fragen zu finden.

Dies sollte dem Selbstverständnis von Soldaten entsprechen, die sich nicht mehr als Mittel der Machtpolitik und Instrument der Kriegsführung verstehen, sondern ihre Identität vor allem aus der Sicherung des Friedens in Freiheit und Gerechtigkeit ableiten (s. a. auftrag 173/174, S. 8).

Dies entspricht auch dem auf der 28. Woche der Begegnung in Bad Honnef im März 1988 formulierten Selbstverständnis unserer Gemeinschaft (a.a.O., S. 84):

„Die GKS steht im Dienst

- der Sicherheit und Freiheit der Völker,
- der Verteidigung der Rechte aller Menschen gegen Angreifer,
- der unterschiedslosen Verwirklichung der Menschenwürde in den Streitkräften.“

Ich bitte Sie, diese Gedanken aufzugreifen und unter dem Jahresthema „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ zu diskutieren.

Mit den besten Wünschen für eine fruchtbare Herbst- und Winterarbeit auf Kreis- und Bereichsebene bin ich mit den besten Grüßen

Ihr Paul Schulz

Die Bundeswehr im Wandel der Gesellschaft

Karl-Wilhelm Becker

Staat und Gesellschaft befinden sich in einem großen Umbruch — im Wandel vieler Werte, Bedürfnisse und Eigenschaften. Wir alle finden uns in einer Zeit großer Unsicherheit und einer bis dahin nicht voraussehbaren Orientierungslosigkeit. Der moderne Staat hat — nach Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1787 — den Pluralismus an seine Fahnen geheftet, mit der sich jede Gesellschaft befassen und auseinandersetzen muß. Thomas Paine — 1737 bis 1809 —, ein englischer Schriftsteller und Politiker, schreibt in seiner Kampfschrift „Rights of Man“ im Jahre 1790 zur Verteidigung der Französischen Revolution gegen Edmund Burkes — 1729 bis 1797 — bemerkenswerte „Reflection on the Revolution in France“ den Satz: „Was die Grammatik für die Sprache, sind die amerikanischen Verfassungen für die Freiheit.“ Paine war, was die junge Republik der Vereinigten Staaten von Amerika betraf, ein Enthusiast. Das kunstvolle Gebilde des demokratischen Verfassungsstaates verbindet zwei Legitimitätsideen miteinander. Hierbei verschmelzen beide, die demokratische, die Idee der Volksherrschaft, und die verfassungsstaatliche, die Idee, daß jegliche Art von Herrschaft nur als dem Recht unterworfen, vom Recht gebändigt rechtmäßig sein könne. Beide Ideen haben ihre Wurzeln im europäischen Kulturkreis. Auch ihre Verschmelzung ist eine Leistung Europas und seiner Kultur, die vom 18. Jahrhundert an europäisch-atlantisch genannt werden muß. Montesquieu Baron Charles de Secondat — 1689 bis 1755 — stellt in seinem Hauptwerk „Esprit de lois“ den Lehrsatz auf — im Jahre 1748 —, daß nur die Balance zwischen Macht und Gegenmacht den Despotismus verhindern könne. Die rousseausche Vorstellung, daß die Freiheit des einzelnen in der Souveränität des Volkes aufgehe, ist in unser westliches Freiheitsverständnis niemals eingedrungen. Auch heute noch gehören Demokratie und Pluralismus zusammen, und dies gilt ganz besonders für den freiheitlichen Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland. Zu dieser bundesdeutschen Gesellschaft gehört auch unsere Bundeswehr. Ihr Zustand ist nicht besser oder schlechter als unsere gesamte Gesellschaft. Dieser Umstand muß einmal festgehalten werden. Die hierbei auftretenden Probleme sehen wir nur, wenn wir uns mit dem jährlichen Bericht des Wehrbeauftragten vor dem Deutschen Bundestag befassen. Sonst werden sie in der Öffentlichkeit verdrängt, und es gehört fast schon Mut dazu, sich mit den Problemen der Bundeswehr öffentlich auseinanderzusetzen. Dies ist aber ein Problem, das in allen westlichen Ländern vorhanden ist — die Verteidigung kommt überall zu kurz. Hierbei macht die Schweiz eine sehr rühmliche Ausnahme. Hier fand kürzlich ein Symposium zum Thema „Vertrauen in unsere Armee — kommunikative Herausforderung für Instruktoren“ in Münsingen an der Aare statt, das auch für die Bundeswehr und die bundesdeutsche Öffentlichkeit von besonderem Interesse sein dürfte. Hierbei setzte man sich mit der Frage auseinander, wie und auf welcher Grundlage Vertrauen in die Armee und innerhalb der Armee gefördert und ver-

mittelt werden könnte — eine Themenstellung, die mit Blick auf den gesellschaftlichen Werte- und Einstellungswandel im Zeichen fortschreitender „Demilitarisierung“ gewiß anhaltende Aktualität beanspruchen darf.

Professor Terrence Deal von der Vanderbilt University im Nashville — Tennessee — betonte in seinem Referat über „Corporate Culture“ den unbedingten Vorrang von „leadership“ gegenüber dem bloßen Management, weil die Menschen für jede Organisation die wichtigsten Ressourcen blieben. Dies verpflichte zugleich jede Organisation dazu, eine eigene Kultur, eine kollektive Identität aufzubauen und zu pflegen. Konstitutive Elemente hierfür seien gemeinsam geteilte Werte und Symbole, Personen und Mythen mit Leitbildfunktionen, verbindende Rituale und nach außen orientierte Zeremonien, informelle Netze und Gruppen als stabilisierende Mikrostrukturen einer jeden Organisation. Ihre Führungskader sind nach Ansicht von Deal gut beraten, wenn sie dem Aufbau und der kommunikativen Vermittlung einer Organisationskultur wieder vermehrt Beachtung schenken, statt sich auf die zweckrationale und formal effiziente Erfüllung vorgegebener Aufträge zurückzuziehen. Der Militärsoziologe Dr. Karl-W. Haltiner — Ingenieurschule Windisch-Brugg — präsentierte seine von einem seit 1979 bis heute fortgeführten Forschungsprojekt ausgehenden Gedanken und Überlegungen zum gesellschaftlichen Wertewandel und zu seinen Auswirkungen auf die Armee im Sinne veränderter Einstellungen und Bewertungen. Zu den diesbezüglichen relevanten Signaturen des gesellschaftlichen Wandels — mit Geltung auch für die weitere Zukunft — zählte Haltiner ein beschleunigtes Aufbrechen homogener zugunsten fragmentarischer Wertsysteme, einen fortschreitenden Zerfall herkömmlicher Bindungen und Loyalitäten, die stärkere Betonung persönlicher Autonomie auf Kosten integrierender Konformitätswerte, den Vormarsch eines „mütterlichen“ Staatsbildes, getragen vorab von fürsorglichen Erwartungen und Ansprüchen. All dies bleibt nicht ohne Wirkung auf die Bewertung und Legitimation unserer Armee. Haltiner sprach in diesem Zusammenhang von einer zunehmenden Entzauberung und Säkularisierung des Militärischen — hin zum „notwendigen Übel“ und weg vom „gesellschaftlichen Ereignis“. Die Bereitschaft zur militärischen Leistung sei zwar ungebrochen, aber stärker abhängig vom jeweils subjektiv darin erkannten Sinn. Im weiteren registrierte Haltiner eine leicht zunehmende „Glaubwürdigkeitslücke“, eine gegenüber früher größere Infragestellungstoleranz sowie einen Anstieg der wehrpolitischen Konsensschwelle. Die konfliktreiche Meinungsverschiedenheit zwischen militärischen und zivilen Werten ist nach Ansicht des Referenten auch Ursache für eine erschwerte Integration des einzelnen in den Befehlsverband — sowie auch für menschlich höhere Ansprüche an die militärischen Kader, einen stärkeren Druck hin zur „Zivilisierung“ des Militärischen, eine sinkende Leerlauf- und Frustrationstoleranz des einzelnen und eine zunehmende Bereitschaft zu verschiedenen Formen des Wehrentzuges nach dem Motto: „Ja zur Armee — aber ohne mich“.

Die Armee kommt nicht umhin — so die Meinung des Militärsoziologen —, solchen und anderen Tendenzen Rechnung zu tragen, um sich auch unter den Bedingungen der heutigen Gesellschaft zu behaupten. Insbesondere sei die Aufgabe der Sinnvermittlung gezielter

wahrzunehmen, weil Verständnis und Übereinstimmung nicht mehr als gegeben vorausgesetzt werden könnten.

Im weiteren seien auch die symbolisch prägenden Gemeinschaftserlebnisse jenseits des reinen Effizienzdenkens stärker zu betonen und als Chance der Armee in einer „kalten“, individualisierten Gesellschaft zu nutzen. Haltiner plädierte auch für eine nachhaltige Verbesserung der Führungsschulung vorab auf unterer Stufe sowie für eine konsequente Handhabung der Auftragstaktik, die dem selbständigen Handeln des einzelnen den gewünschten Raum läßt. Professor Rudolf Steiger — ETH Zürich — skizzierte, ausgehend vom modernen Kriegsbild, einige Überlegungen zur psychologischen Belastung und Belastbarkeit von jungen Erwachsenen aus militärpädagogischer Sicht. Steiger erwähnte die wachsende Unsicherheit auf Grund immer schnellerer Veralterung moderner Waffensysteme und die immer größere Rolle psychologisch bedingter Dienstuntauglichkeit. Der psychologischen Dienstuntauglichkeit sei größte Bedeutung zu schenken, damit niemand zu Dienstleistungen gezwungen werde, der sie nicht zu erfüllen imstande sei. Als Gründe für die geringere psychische Belastbarkeit der heutigen Generation nannte Steiger unter anderem die gemeinschaftsgefährdende Überbewertung von Individualinteressen sowie die Tendenz, jedes kollektiv verlangte Opfer mit Selbstverleugnung zu verwechseln, weil man in Erziehung und Familie von Pflichtwerten immer mehr entwöhnt werde. Auch Steiger plädierte schließlich für vertrauensbildende Maßnahmen in der militärischen Ausbildung, verstanden als Beitrag zur „Angstprophylaxe“; für eine überzeugende Fachkompetenz der Ausbilder, für eine stärkere Präsenz von Führung in den unmittelbaren Brennpunkten des Geschehens und für eine am persönlichen Vorbild orientierte Erziehungsphilosophie. Hierbei geht es auch um die Stärkung eines Wir-Gefühls und um konfliktfähige und gesprächsbereite Kader auf allen Stufen.

Diese Probleme haben wir auch in der Bundesrepublik Deutschland in der Gesellschaft und in der Bundeswehr. Bedauerlich ist der Umstand, daß wir in der Öffentlichkeit so wenig darüber diskutieren und diese Problematik fast kaum zur Kenntnis nehmen. Der Leiter der Personalabteilung im Bundesministerium der Verteidigung, Generalleutnant Clauß, hat in Stuttgart im Juni dieses Jahre darauf hingewiesen, daß sich die Bundeswehr in der Gefahr befindet, zu einem Dienstleistungsbetrieb des Staates zu verkümmern, den man wie Post oder Bahn bestenfalls für nützlich halte. Auf einer Veranstaltung des Bildungswerks der baden-württembergischen Wirtschaft, der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der Wehrbereichsverwaltung Stuttgart, trug Clauß Ergebnisse von Meinungsumfragen vor, denen zufolge sich die Deutschen auf Grund der Abrüstungspolitik immer weniger von der Sowjetunion bedroht fühlen. Der Anteil derer, die die Bundeswehr für wichtig erachten, sei innerhalb eines Jahres von 82 auf 58 Prozent gefallen. Rund 51 Prozent der Reservisten hielten die Verteidigungsausgaben für zu hoch. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von Mai 1987 bis Mai 1988 um 25 Prozent gestiegen. Die veränderte Einstellung der Gesellschaft zu Autorität und Pflicht sowie der Niedergang formaler Ordnungsprinzipien — so Clauß — mache sich auch bei den Streitkräften bemerkbar und erhöhe die Vorbehalte gegenüber der Bundeswehr zusätzlich. Dies mache beson-

dere Anstrengungen nötig, um den Soldaten „zu motivieren“, dessen Tätigkeit wie keine andere auf einen extremen Ausnahmefall ausgerichtet sei, nämlich auf einen Krieg. Je besser der Soldat darauf vorbereitet sei, desto sicherer sei der Friede.

Die jungen Männer entschieden sich oft nur deshalb für den Soldatenberuf, weil die Streitkräfte einen festen Arbeitsplatz, eine gute Ausbildung bei voller Bezahlung und eine verantwortungsbewußte Position auch schon in jungen Jahren böten. Hinweise darauf, daß der Beruf des Soldaten „aus einem Wertgefühl heraus angestrebt wird, das so tragfähig ist, daß er mit ihm die enormen Belastungen eines modernen Krieges bestehen könnte“, gebe es kaum. Erst im Laufe der Berufsausbildung entwickle sich häufig die Überzeugung, die für die Kampfbereitschaft eine Rolle spiele. Junge Menschen müßten häufig den Wert einer Gesellschaftsordnung daran, wie groß die Differenz zwischen ihren Idealen und der Realität sei, betonte Clauß. „Je größer die Differenz ist, desto weniger sind sie bereit, sich für die Bewahrung der gegebenen Lebensumstände einzusetzen. Es gilt deshalb, jungen Menschen deutlich zu machen, daß eine Demokratie nie fertig ist, daß die Diskrepanz zwischen ihren Forderungen und der Wirklichkeit eine ständige Herausforderung an die jeweils nachfolgende Generation bleibt. „Das öffentliche Ansehen der Wehrdienstleistenden sei trotz persönlicher Opfer für die Gesellschaft vergleichsweise gering. Die Wehrpflichtigen empfänden diesen Widerspruch, und sie reagierten ihre Enttäuschung gelegentlich auch öffentlich sichtbar ab, etwa auf langen Wochenend-Bahnfahrten und an den Entlassungstagen. Solche Bilder seien bekannt; weithin unbekannt sei, daß die Jugendlichen bei der Bundeswehr Pflichten erfüllen müßten, mit denen viele Erwachsene überfordert wären, sagte Clauß. Zu Hause redeten Wehrpflichtige meist negativ über die Bundeswehr, oft nur, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, sie seien „umgedreht“ worden oder „völlig militarisiert“. Etwas Gutes über die Bundeswehr zu sagen erfordere heute beinahe Mut, bemerkte der General. Dafür, daß sich junge Menschen bei der kriegsnahen Ausbildung schwertun, hat er Verständnis. Mancher erlebt seine Dienstzeit als massiven Angriff auf sein Selbstbewußtsein, das zu bilden und zu festigen er vorher kaum habe lernen können. Er fühle sich als Unterdrückter, als Bevormundeter, als Opfer. Wünschenswert wäre, die jungen Soldaten erführen durch ihre Vorgesetzten ein „Training der Persönlichkeitsfindung“ und damit einen Gewinn an Reife, Selbstdisziplin und Selbstbewußtsein. Die Bundeswehr biete die große Möglichkeit, sich Fähigkeiten in der Menschenführung anzueignen, die von sehr großem Nutzen im Privatleben sein könnten. Die bundesdeutsche Wirtschaft sollte mehr als in der Vergangenheit davon Gebrauch machen.

Auch beim Offiziersnachwuchs ist die Stimmung schlecht. In einer Umfrage des Bundesverteidigungsministeriums vom April dieses Jahres wird festgestellt, daß fast 40 Prozent der Offiziere zum Teil „massive Klage“ führten über das „innere Klima“ der Bundeswehr. Das Ergebnis der Befragung von Offizieren zwischen dem 3. und dem 4. Dienstjahr ist eine unangenehme Ernüchterung. Ende 1987 wurden 4 150 Fragebögen verschickt, 2 800 kamen zurück, davon 67 ohne Angabe, in welcher Teilstreitkraft der befragte Offizier dient. Im Punkt „IV Zusammenfassung“ heißt es: „Die Bereitschaft, das Dienstverhältnis eines Berufsoffiziers einzugehen, ist in den befragten fünf Jahrgängen nur gering ausge-

prägt. Mindestens ein Drittel der Offiziere steht der Bundeswehr als BO-Potential nicht zur Verfügung. Je dienstälter die Offiziere sind, desto unzufriedener und kritischer sind sie“.

Viele der jungen Offiziere — 69 Prozent — beklagen den zu geringen Spielraum für eigene Ideen und Ziele; 45 Prozent gaben an, durch ein „zu hohes Maß an Reglementierung und Hierarchiedenken die Freude am Dienst verloren“ zu haben. „Kooperativer Führungsstil“ und „Menschenführung“ — Fehlanzeige. Die jungen Offiziere fühlen sich „an die Vorgesetzten ausgeliefert“, besonders bei „Beförderungen und Versetzungen“, „ältere Vorgesetzte machten mit antiquiertem Führungsstil die Freude am Dienst kaputt“. Man ist dadurch an hohen und höchsten Stellen in der Bundeswehrführung sensibel geworden. Besonders beim Heer, das jüngst durch öffentliche Schelte einiger seiner Offiziere am Wehrbeauftragten und seinem letzten kritischen Report aufgefallen ist. Vielleicht ist die „Image-Studie“ — wie man das Heer sieht — bei jungen Männern im Alter von 16 bis 19 Jahren, die vor einiger Zeit ähnlich niederschmetternde Ergebnisse gebracht hat, mit ein Grund für die aufgebrachte Verteidigungsaktion dieser Offiziere gewesen. Ob Gymnasiasten, Real- oder Hauptschüler — „das Heer ist der Inbegriff all dessen, was an der Bundeswehr negativ erlebt wird“, lautet ein Fazit dieser Studie. Die jungen Leute, von denen jährlich rund 150 000 in diese Teilstreitkraft einrücken müssen, verbinden damit zu 46 Prozent „Drecksarbeit“ und „durch den Schlamm robben“. Sie denken an „Befehl, Kommandieren, Drill“ und daran, „Kanonenfutter“ zu sein. In ihren Augen dient das Heer „dem Krieg/ist zum Töten da“, ist es „sinnlos/nutzlos“. Unsere Heeresführung ist von alledem nicht unbeeindruckt geblieben. Die Berichte des Wehrbeauftragten und die erwähnten Studien „müssen angenommen, nicht als Unsinn geleugnet werden“, sagte jüngst ein hoher Stabsoffizier. Im kommenden Jahr kommt eine neue Ausbildungsrichtlinie. Inneres Klima, Menschenführung und Freude am Dienst sollen weiter und mehr als bisher im Vordergrund stehen. Das wird auch dringend erforderlich sein, denn gerade das Heer muß sich um die zukünftige Personalstruktur sorgen. Wie bereits erwähnt, steigt auch die Zahl der Verweigerer immer mehr an. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind 37 793 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt worden, 16,8 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres berichtete kürzlich der Zivildienstbeauftragte der Bundesregierung Hintze in Bonn. Er sieht darin die Fortsetzung eines Trends, der seit den Studentenprotesten 1968 anhalte. Außerdem gebe es derzeit wieder wie 1983 einen gewissen „Torschlusseffekt“, weil Wehr- und Zivildienst im kommenden Jahr verlängert werden. Vom 1. Juni 1989 an dauert der Zivildienst 24 statt bisher 18 Monate. Großen Wirbel gab es in der bundesdeutschen Öffentlichkeit um die sogenannte Generals-Attacke gegen den Wehrbeauftragten Willi Weiskirch. Wenn Offiziere die Bundeswehr kritisieren, dann nimmt sich eine dankbare Presse und Gesellschaft ihrer an. Wenn Offiziere, zumal Generale, für die Bundeswehr in unserer Gesellschaft eintreten und sich vor allem vor ihre Mitarbeiter stellen, dann gibt es ganz erheblichen Wirbel in der öffentlichen Meinung. Dann ist der politische Primat in Gefahr und immer wieder gefragt. Dabei besagt doch das Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestages vom 16. Juni 1982 — BGBl. I S. 677 —

im Paragraphen 7 wörtlich: „Jeder Soldat hat das Recht, sich einzeln ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an den Wehrbeauftragten zu wenden. Wegen der Tatsache der Anrufung des Wehrbeauftragten darf er nicht dienstlich gemäßregelt oder benachteiligt werden.“ Einem unbefangenen Beobachter der politischen Szene in Bonn stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob Generäle keine Soldaten sind und nicht das im Gesetz verbriefte Recht haben, sich an den Wehrbeauftragten zu wenden, direkt und ohne den Weg über den Vorgesetzten. Hierbei stellt sich auch die Frage nach den Motiven dieser Generäle. Die Liste der Klagen an den Wehrbeauftragten nimmt seit 1982 deutlich zu. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen: Die Nachrüstungsdebatte, die „Agitation“ der Friedensbewegungen und nicht zuletzt der Einfluß von Schule und Gesellschaft. Es ist aber auch der alte Konflikt einer neuen Generation mit den liberalen Gewohnheiten im zivilen Leben in unserer Gesellschaft und dem Befehl/Gehorsam-Prinzip der Bundeswehr.

Viele der 200 000 Rekruten, die jährlich eingezogen werden, haben inzwischen zusätzliche Probleme. Sie wissen nicht, ob sie nach ihrem Dienst beim „Bund“ arbeitslos werden oder bleiben, ob sie den erhofften Studienplatz bekommen. Die Beschwerden über Gammeldienst, über Schikane und Ungerechtigkeiten, über schlechte Bezahlung und zu langen Dienst sind auch nicht zurückgegangen. Die Generale fürchten also nicht umsonst um den guten Ruf der Bundeswehr. Im übrigen steckt ja auch die Bundeswehr selbst in einer Sinnkrise. Daraus haben auch andere Generale, wie zum Beispiel Johann Adolf Graf Kielmansegg, keinen Hehl gemacht. Sein Brief ging an den Inspekteur des Heeres. Durch eine Indiskretion wurde dieser Brief von Brigadegeneral Graf von Kielmansegg — zu dieser Zeit Stabsabteilungsleiter im Führungsstab des Heeres — der Öffentlichkeit bekannt. Der heutige Generalmajor äußerte seine Sorge über den Weg des Heeres in das nächste Jahrtausend. Mit seiner Sorge steht er nicht allein da. Graf Kielmansegg hält es für falsch, daß die vorgestellte Bundeswehrstruktur für das Jahr 2000 als ein Ergebnis der Bewertung militärischer Faktoren in der Öffentlichkeit dargestellt werde. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundeswehr würden nicht mehr die Möglichkeiten eines potentiellen Gegners die Bundeswehrplanung beeinflussen, sondern nur die knappen Ressourcen an Geld und Personal. Die Stärke und die Kampfkraft wird in den kommenden Jahren erheblich abnehmen. Dies sollte sehr nachdrücklich unserer Gesellschaft klargemacht werden. Sie sollte wissen, daß verlorene militärische Stärke nicht zurückgewonnen werden kann, wenn sie dringend benötigt wird. Dies haben die damaligen Westmächte zu Beginn des Krieges am 1. September 1939 mehr als deutlich gemerkt und begriffen. Sie haben bis heute ihre Lehren daraus gezogen. Auch unsere Gesellschaft sollte sich immer wieder an diese Tatsache erinnern — auch wenn sie für die heutige Generation mehr als unangenehm ist. Mehr als 43 Jahre Frieden drängen solche Probleme zurück, oder man verdrängt sie aus der öffentlichen Diskussion. Es ist jedoch der Bürger, der bei den nächsten Bundestagswahlen hier die Prioritäten setzt. Deshalb sollte man ihm auch hier die Wahrheit sagen, auch wenn sie in unserer Gesellschaft nicht willkommen ist. Graf von Kielmansegg hat das richtige Wort zur rechten Zeit gesagt. Mut und Zivilcourage sind auch bei der Bundeswehr heute mehr denn je gefragt — aber, wie in unserer gesamten Gesellschaft, leider viel zu wenig anzutreffen.

Ein weiteres Problem kommt auf die Bundeswehr und unsere Gesellschaft im kommenden Jahr zu. Die Bundeswehr wird ab 1989 auch Verheiratete sowie dritte und weitere Söhne kinderreicher Familien zum Militärdienst einziehen, um der Personalnot Herr zu werden. Ein Sprecher des Bundesministers der Verteidigung erklärte hierzu in Bonn, die bisher übliche Freistellung dieser Gruppen sei angesichts der kommenden geburtschwachen Jahrgänge nicht mehr haltbar. Deshalb würden die ersten Betroffenen im Oktober einen Bescheid der zuständigen Ämter erhalten. Der Sprecher betonte, daß die Bundeswehr diese Gruppen bisher freiwillig freigestellt habe. Der Bundestag hatte aber schon 1986 eine bessere Wehrgerechtigkeit gefordert. Dem trage man durch die Aufgabe dieser „Selbstaufgaben“ Rechnung. Nach Angaben des Sprechers wird der Wehrpflichtigenbestand nächstes Jahr zum erstenmal unter den Bedarf von 225 000 Mann sinken, die die Bundeswehr brauche, um ihre Sollstärke zu halten.

Die Proteste der Gesellschaft gegen Lärm und Gefährdung durch Tiefflieger, die unser Land verteidigen sollen, haben Wirkung gezeigt. Die Luftwaffe wird ihre Flüge unterhalb 500 Meter weiter reduzieren. Damit ist jedoch für sie, die gerade erst Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der zivilen Luftfahrt zur Entlastung des überlasteten Luftraumes bewiesen hat, allerdings das Ende der Fahnenstange erreicht. Eine weitere Einschränkung der Ausbildungskapazität würde den Verteidigungsauftrag der Luftwaffe ganz erheblich in Gefahr bringen und auch im Bündnis nicht akzeptabel sein. Aber schon heute regt sich unter den Piloten der Luftwaffe Unmut über die Belastungen, die die Verlagerung der Tiefflugausbildung ins Ausland für sie und ihre Familien mit sich bringt. Hier werden eindeutig persönliche Opfer für die Sicherheit der Bundesrepublik gefordert, die die Gesellschaft so nicht bringen will, wenn sie gegen Tiefflüge demonstriert. Hier geht es um Einzelinteressen, die vor die Interessen des Ganzen gestellt werden. Wie weit diese Einzelinteressen oftmals gehen, zeigt die bisher mangelnde Bereitschaft der Bundesländer, den Tieffluglärm gleichmäßiger zu verteilen. Nicht zu Unrecht aber verwies Bundesminister Ruppert Scholz in diesem Zusammenhang auf die gesamtstaatliche Verantwortung auch der Bundesländer für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Denn Bundeswehr und Luftwaffe können ihren Verteidigungsauftrag nur dann erfüllen, wenn sie bei den Verantwortlichen auf die notwendige Unterstützung und das entsprechende Verständnis stoßen. Daran mangelt es bei vielen Politikern in unserem Staat und in Teilen unserer Gesellschaft — wie zuletzt das Beispiel Hessen zeigt. Man kann nicht nur den Primat der Politik einfordern, man muß auch zu ihm stehen, wenn er von der Truppe gefordert wird, auch wenn es für den Politiker unbequem ist. Das heißt aber auch, daß die Politiker — die Legislative — die erforderlichen Mittel und die politische Unterstützung bereitstellen müssen, wenn sie von der Exekutive — hier Bundeswehr — die Erfüllung ihres Auftrages verlangen und einfordern. Gerade hier ist der Primat der Politik gefordert — und nicht nur bei kritischen Stellungnahmen gegen die Bundeswehr.

In diesem Zusammenhang zeigt sich aber auch ein Problem unserer demokratischen Gesellschaft und unseres Rechtsstaates sehr deutlich. Dies ist die Mehrheit und die Betroffenheit in unserer Demokratie. Die Betroffenheit geht in unserem Lande um. Man ist betrof-

fen von der Ruchlosigkeit der Terroristen, vom Elend hungerleidender Kinder in der Dritten Welt, vom Waldsterben, von Tschernobyl, von der Absicht, Atomkraftwerke zu bauen; aber man kann auch betroffen sein vom Steuerbescheid, vom Asylgesetz, von der Pflicht, Gurte im Auto tragen zu müssen — aber auch von der Schönheit einer Landschaft. Das Modewort „Betroffenheit“ drückt zunächst gefühlsmäßige Intensität des Erlebnisses aus; die Anlässe dazu können mannigfaltig sein — wie beim Flugzeuglärm —, und oft sind sie auch unbestimmt. Bei unserer „Betroffenheitsdemokratie“ geht es letztendlich um die Grundsatzfrage, ob den von einem politischen Entscheid in besonderem Maße Tangierten ein qualifiziertes Mitentscheidungsrecht, in wichtigen Fällen ein Vetorecht zukommt oder nicht. In der Demokratie ist mit derartigen Forderungen die Kompetenz der Mehrheit in Frage gestellt. Hier geht es aber auch um eine Grundsatzfrage ihrer Existenz. Unsere bundesstaatliche und damit föderative Demokratie braucht immer Mehrheitsentscheidungen, um funktionsfähig zu bleiben; sie kann sich durch Rücksichtnahme in Sachfragen nicht lähmen lassen, um so weniger als sich die Zahl der Rücksicht heischenden Minderheiten mit ihren „Betroffenheiten“ in den letzten Jahren vervielfacht hat. Regionale Opposition oder auch die Ad-hoc-Konstituierung einer „betroffenen“ Minderheit gegen ein mißliebiges Vorhaben können und dürfen in diesen Fällen an sich nicht eine Rechtfertigung zum Ausscheren aus der demokratischen Pflicht zur Respektierung von Mehrheitsentscheidungen sein. „Einspruch“ und „Widerspruch“ haben sich im Rahmen der demokratischen Meinungsbildung zu zeigen und ihre Prüfung zu bestehen. In einem Rechtsstaat könnte nur die — in der Bundesrepublik undenkbar — Aufhebung von grundlegenden Menschen- und Freiheitsrechten durch eine Mehrheitstyrannie irgendein Recht auf Nichtbefolgung rechtsgültiger Beschlüsse schaffen. Wenn „Betroffenheit“ ein allgemeines Kriterium zum Ausscheren aus den rechtlichen Pflichten schaffte, würden wir beim Minderheitenterror, schließlich bei der Lähmung der Tätigkeit unserer demokratisch bestellten Organe landen. Dann wären Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ernsthaft gefährdet.

Auch die Kirchen sind ein Teil unserer Gesellschaft und stehen in einem Spannungsfeld zu Gesellschaft und Bundeswehr. Aus dem Bereich des organisierten Katholizismus wurden Stimmen laut, die den bisher hier bestehenden Konsens über die moralische Qualität des Beitrages, den Soldaten für die Sicherung des Friedens leisten, aufkündigen. Der verstorbene langjährige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, hat in dieser Situation den klaren Standpunkt des kirchlichen Amtes in Erinnerung gebracht. Auch viele andere Bischöfe haben sich in ähnlicher Weise vor unsere Soldaten gestellt. Diese Einheit der Bischöfe dürfte ein guter Garant dafür sein, daß die verlorene Übereinstimmung in der Beantwortung friedensethischer Grundlagen in der katholischen Kirche in einem offenen und geduldigen Dialog wiedergefunden werden kann. Auch in der evangelischen Kirche gibt es Gruppen, die eine Auflösung der Militärseelsorge fordern. Ihre Argumente reichen von der Behauptung, die Militärseelsorger seien Handlanger des Staates und Komplizen einer ethisch nicht mehr legitimierbaren Abschreckungsdoktrin bis zum absurden Vorwurf, die Militärgeistlichen förderten durch ihren Dienst

am Soldaten die Bereitschaft zum Kriege oder die Militarisierung der Gesellschaft. Wie falsch und ungerecht diese Argumente sind, weiß jeder, der die Praxis der Militärseelsorge in der Bundeswehr kennt. Bei vielen Kritikern hat man allerdings den Eindruck, daß Ideologie und der Hang zur Politisierung auch der Theologie — in beiden hier angesprochenen Kirchen — die schlichte Kenntnis der Fakten völlig ersetzen. Hierzu sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker, „daß nämlich die Kirchen sich doch nicht den Menschen verschließen dürfen, die einer menschlich-ethischen Grenzsituation ausgesetzt sind und in ihr ausharren müssen. Man mag, man muß um die Sicherheitspolitik streiten, aber doch nicht dadurch, daß man ausgerechnet den Soldaten die Seelsorge verweigert.“ Daß ein Christ Soldat sein kann, wird heute aus Kreisen der evangelischen Kirche in Frage gestellt. Die Ablehnung des Dienstes bei der Bundeswehr wird als die für einen Christen ethisch bessere, ja geforderte Haltung dargestellt. Soldaten in Uniform werden nicht getraut. Pfarrer und Gremien in der Kirche rufen die jungen Menschen zur Kriegsdienstverweigerung auf, die Soldaten werden aus der Kirche ausgegrenzt. Dies alles geschieht im Namen der Kirche und auch unserer Gesellschaft.

In einer Welt, die immer noch gekennzeichnet ist von Unvollkommenheit, von innerer und äußerer Friedlosigkeit und von Machtmißbrauch, haben unsere Soldaten entscheidenden Anteil daran, daß unserem Staat und unserer Gesellschaft Krieg und Unfreiheit erspart bleiben. Mit dem Frieden und der Freiheit haben sie unter vielen anderen Dingen auch das Recht freier Verkündigung und freie Religionsausübung geschützt. Ihr Dienst, der Dienst der Soldaten und der zivilen Mitarbeiter unserer Bundeswehr, gilt auch für die Zukunft dem Frieden und einem Leben in Freiheit. Auch die Gesellschaft sollte dies anerkennen. Um die Einbettung der Bundeswehr in die demokratischen Strukturen unseres Staates und unserer Gesellschaft in Führung, Erziehung und Ausbildung in den Streitkräften umzusetzen, wurde mit Aufstellung der Bundeswehr die Konzeption der Inneren Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform geschaffen. Die Innere Führung soll die rechtliche, politische und ethische Begründung des Auftrages der Bundeswehr und der Inpflichtnahme des Staatsbürgers als Soldat bewußt machen. Sie macht die Einbindung der Bundeswehr und des einzelnen Soldaten in Staat und Gesellschaft sowie in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis deutlich. Sie hat aber auch die Bereitschaft des Soldaten zu wecken, aus Überzeugung treu zu dienen, seine Pflichten nach besten Kräften zu erfüllen und dabei die durch das Soldatengesetz auferlegten Einschränkungen seiner Grundrechte zu akzeptieren. Diese Aufgabe kann nur die Ergänzung der staatsbürgerlichen Erziehung durch Schule und Gesellschaft sein. Bereits vor Beginn des Wehrdienstes sollten dem jungen Staatsbürger Wert und Verteidigungswürdigkeit unserer Gesellschaft vermittelt werden, um die Bereitschaft zum Dienen und zur Übernahme von Pflichten gegenüber unserem Gemeinwesen zu fördern. Hierbei muß festgestellt werden, daß unsere Gesellschaft einen großen Mangel an Erziehung zum Gemeinsinn besitzt und wir heute — auch in der Bundeswehr — mit diesem Mangel leben müssen. Die Mängel unserer Erziehung zeigen sich an typischen Schwierigkeiten, die die Erzogenen im Jugend- und Erwachsenenalter haben. Es fehlen einem Teil unserer Mitmenschen Eigenschaften, die unentbehrlich sind

für die Lebenstüchtigkeit des einzelnen wie für den Fortbestand der Gemeinschaft, der er angehört. Das sind vor allen Dingen Lebensmut, Lebensfreude, Vertrauen in den Sinn des Lebens und die Bereitschaft zur aktiven Gestaltung des eigenen Lebens. Aber auch Dienstbereitschaft, Gemeinschaftssinn und Traditionsbewußtsein dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Nur so können Bundeswehr und Gesellschaft im guten miteinander auskommen, damit der Friede in Europa durch unsere Verteidigungsbereitschaft auch weiterhin auf einer gesicherten Grundlage erhalten bleibt.

Kleines Ökologie-Seminar

(Mit Fortsetzungen)

Johannes Cofalka

Auftrag hat bereits in Heft 75/1975 auf die sachlichen, religiösen und ethischen Aspekte der Umweltverantwortung und Ökologie hingewiesen.

Die Probleme und Sorgen in Umweltfragen sind seitdem nicht weniger geworden.

Die Verantwortung, die heute jedem einzelnen und den Einrichtungen unserer Gesellschaft erwachsen, kann aber in ihrer Bedeutung nur erkannt werden, wenn man die wichtigsten Grundbegriffe und Zusammenhänge verstehen lernt.

Diesem Anliegen will das Kurzseminar dienen.

(Die Grenzwerte ökologischer Bedingungen sind z. T. überhaupt noch nicht bekannt. Wenn sie überschritten werden, wird man aus Katastrophen lernen müssen.)

Unter *Ökologie* im weitesten Sinne sind die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebensformen auf der Erde und ihrer Umwelt sowie die Erforschung ihrer Störungen zu verstehen.

Umwelt ist die Gesamtheit der auf ein Lebewesen oder Lebensgemeinschaften wirkenden Außenfaktoren.

Umweltforschung ist diejenige Forschung, die sich mit den Lebensbedingungen des Menschen (sowie der Pflanzen- und Tierwelt) und deren Veränderungen durch menschliche Eingriffe oder Naturkatastrophen befaßt.

Ein *Ökosystem* ist ein räumliches Wirkungsgefüge aus Lebewesen und Umweltgegebenheiten, das zur Selbstregulierung befähigt.

Lebensbedingungen sind jene Teilsysteme, die auf das Leben auf der Erde einwirken; z. B. Atmosphäre, Erdoberfläche, Verschiebungen in der Erdkruste, Ozeane, Klima, Sonneneinstrahlung usw.

Umweltbelastungen entstehen durch Wirkungen und Schäden und deren weitere Folgewirkungen, die zur Umweltverschlechterung beitragen.

Hierzu gehören u. a.:

- Rückstände aus Verbrauchsgütern, die schwer abbaubar sind (Chemotechnica, Schwermetalle, Pflanzenschutzmittel, Reinigungsmittel, küstennahe Müllablagerungen, Einleitungen von Schadstoffen in Flüsse, Seen und Meere mit ihren Folgewirkungen auf Fangergebnisse und Tiererkrankungen sowie ausuferndes Pflanzenwachstum in den Seen und Meeren [Algen]),
- Verschlechterung der Wasserbeschaffenheit durch Kunstdünger, Salze, Giftstoffe,
- Schädigung der Luft durch Staub- und Gasemissionen aus Gewerbebetrieben, Verkehrsfahrzeugen, Verbrennungsanlagen usw.,

- Smogerscheinungen und Zunahme der SO_2 - und CO -Werte,
- Belastung der Umwelt durch Strahlung von Radionukleiden,
- Veränderung des ökologischen Gleichgewichts und der Umwelt durch Zerstörung der Pflanzendecke der Erde mit den Folgen biologischer und klimatologischer Art usw.,
- Schädigung des Ozongürtels (Ozonschildes) der Erde durch Fluorkohlenwasserstoffe. (Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe), Freon, z. B. in Spraydosen). Sie sind wasserunlöslich und reagieren chemisch träge. In 20–40 km Höhe werden sie durch energiereiche UV-Strahlung in Chloratome umgesetzt, die das Ozon, den natürlichen Schutz gegen die UV-Strahlung, angreifen. Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe = CF_2Cl_2 und CFCl_3 ; sie werden erst seit Ende der 30er Jahre erzeugt.

Andere sog. *Treibhausgase*: Kohlendioxyd (CO_2), Methan (CH_4), Lachgas (N_2O).

Da unter den Lebensbedingungen auch das Klima angesprochen wurde, sollen bereits hier einige Hinweise auf das Klima eingefügt werden.

Klima (Prof. Dr. H. Graßl)

Klima ist das Ergebnis der variablen Bestrahlung durch die Sonne und der Wechselwirkungen in und zwischen allen unterschiedlichen schnell reagierenden Komponenten (Dynamik der Faktoren) u. a.: Atmosphäre, Biosphäre, Ozeane, Eis, Boden, Erdkruste, Jahreszeiten, Winde, Niederschläge, Feuchtigkeit, Temperatur (Klimaparameter).

Außer diesen Klimaparametern beeinflussen auch UV-Strahlung (Ultra-Violettstrahlung), Höhe des Meeresspiegels und Zusammensetzung der Atmosphäre unser Klima.

(So kommt es, daß, obgleich die Mitteltemperatur Münchens und Hamburgs nur um einige Zehntel Grad unterschieden ist, München und Hamburg ein voneinander sehr verschiedenes Klima haben.)

Sonneneinstrahlung und Treibhauseffekt

Sonneneinstrahlung ist ein außerordentlich wichtiger Faktor, der für klimatische wie ökologische Zusammenhänge von Bedeutung ist.

Die Sonnenstrahlung oder die Watt pro m^2 , die die Oberfläche der Erde erreichen, und die Wärmestrahlung die in den Weltraum zurückgestrahlt wird, werden nur unwesentlich von Stickstoff (N_2), Sauerstoff (O_2) und Argon (Ar), die mehr als 99,9% der trockenen Atmosphäre ausmachen, bestimmt.

Die *Strahlungsmodulation*, z. B. die Absorption von Sonnenstrahlen durch die Atmosphäre, wird fast nur durch Nebenbestandteile bewirkt.

Dabei gibt es Substanzen, die so außergewöhnlich aktiv sind, daß sie, obwohl man erst seit wenigen Jahren ihre Konzentration relativ genau messen kann, trotzdem heute schon wegen der Beeinflussung des Strahlungshaushaltes der Erde beachtet werden müssen.

Spurenstoffe und Wasser in allen drei Aggregatzuständen bestimmen den Strahlungshaushalt.

Entsprechend der mittleren Bedeutung gilt für die Absorption der energetisch wichtigen Sonnenstrahlung im Bereich von 0,2 m bis etwa 4 m Wellenlänge:

- a) Wasser, Wasserdampf und Eis, Ozon, Aerosolteilchen
- b) Schwefeldioxyd, Stickoxyde, Kohlendioxyd, Methan

Für den terrestrischen Spektralbereich, im allgemeinen Sprachgebrauch Wärmestrahlungsbereich genannt, steht im Hinblick auf die Spurenstoffe nicht das Flüssigwasser an erster Stelle, sondern der Wasserdampf. Aber Flüssigwasser ist weiterhin sehr wichtig, mindestens so wichtig wie CO₂. Die Diskussion in der Öffentlichkeit setzt oft etwas falsche Akzente, weil dabei ausschließlich CO₂ und andere Spurengase dominieren. Der für den Treibhauseffekt wichtigste Bestandteil der Atmosphäre ist Wasser in seinen drei Aggregatzuständen und nicht CO₂ und/oder Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe. Letztere geben den Anstoß, aber Wasser verstärkt den Effekt aufgrund seiner starken Abhängigkeit der Konzentration von der Temperatur.

Treibhauseffekt (H. Graßl)

Treibhauseffekt wird der Bestandteil der Atmosphäre genannt, bei dessen Zunahme die Strahlungsbilanz am Oberrand der Atmosphäre bei fixierten anderen Parametern zunimmt. Da aber die Parameter reagieren können, stellt sich das Klima-System wieder im Langzeitmittel auf Energiegleichgewicht um und strahlt dann genausoviel in den Welt-raum ab, wie eingestrahlt wird.

Das kann bei einem erhöhten Treibhausgasanteil nur durch Erhöhung der Temperatur in den unteren Atmosphärenschichten und am Boden erreicht werden.

Quellen:

Deutscher Bundestag, Arbeits-Projektgruppe Naturschutz und Landschaftspflege, 1971

Berichte der Ökologischen Arbeitsgruppe der Universität Tübingen, Tübingen 1982–1988

Prof. Dr. rer. nat. Hartmut Graßl

Verändert der Mensch das Klima der Erde? Bensberg 1988

Prof. Dr. Hermann Flohn, Belastung der Atmosphäre, Treibhauseffekt — Klimawandel, Rheinisch-Westf. Akademie, Wissenschaftl. Vorträge, N 346, 1986

Johannes Cofalka, Ökologie und sittliches Verhalten, Auftrag, Bonn, H. 75/1975, S. 41–57

A. Voß, Ansätze zur Gesamtanalyse des Systems Mensch—Energie—Umwelt, Kernforschungsanlage Jülich, Inst. f. Reaktorentw. Jül 982, 1973

„Wiedergutmachung im Programm“

*Eine umfassende Bestandsaufnahme zum Thema
jüdisches Schicksal im deutschen Nachkriegsdrama*

Die wesentlichste literaturwissenschaftliche Neuerscheinung 1988

Wolfgang Altendorf

Die wesentlichste, für die jüngere deutsche Literatur- und Theatergeschichte dazu bedeutendste historische Arbeit stammt wieder einmal nicht „aus deutscher Feder“. „Wiedergutmachung im Programm“ mit dem Untertitel: „Jüdisches Schicksal im deutschen Nachkriegsdrama“ wurde vielmehr von der israelischen Literatur- und Theaterwissenschaftlerin Anat Feinberg, 1951 in Tel Aviv geboren, geschrieben. Frau Dr. Feinberg ist Dozentin für Literaturwissenschaft und Theater an der Universität Tel Aviv. Darüber hinaus schrieb sie zwei Romane, die im Verlag Sifriat Poalim in Tel Aviv erschienen und da noch der deutschen Übersetzung harren; außerdem gibt sie die Zeitschrift „Modern Hebrew Literature“ heraus und fungiert als Lektorin am „Institute for the Translation of Hebrew Literature“, ebenfalls in Tel Aviv.

Ihre Untersuchung wurde vom Deutschen Akademischen Austauschdienst in Bonn wesentlich, und zwar durch ein dreimonatiges Stipendium, unterstützt, das ihr die direkte Kontaktaufnahme zu den Dramatikern und Bühnen entscheidend erleichtert hat; die abschließliche Veröffentlichung in deutscher Sprache durch Druckkostenzuschüsse der Ernst-Straßmann- und der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert. Viel Hilfe erhielt sie darüber hinaus gerade von den Autoren, die ihr Manuskripte ihrer Theaterstücke zur Verfügung stellten, durch die Bühnen der Bundesrepublik Deutschland, den Ost-Berliner Henschel-Verlag und die Bühnen in Österreich. Das zeigt bereits auf, wie umfassend und gründlich diese notwendige Bestandsaufnahme angelegt ist.

Die Versuche einer „literarischen Wiedergutmachung“, wie sie Anat Feinberg in ihrer Arbeit respektabel umfassend darstellt, setzen in der Bundesrepublik Deutschland in den frühen 50er Jahren ein und stehen — die Autorin analysiert es klar und überzeugend — „gänzlich im Schatten des Holocausts“, der mörderischen Endlösung durch Hitler. Diese Verbrechen verdüstern seither und für die kommenden Jahrhunderte hoffnungslos das Bild der Deutschen sich selbst und der Welt. Feinberg führt insgesamt 66 Dramen auf, die im deutschsprachigen Raum, einschließlich der Schweiz und Österreich, diesem Thema versuchter Bewältigung zuzuordnen sind, und schildert neben dem Inhalt mit kluger, fairer und literarisch-fundierter Wertung auch das „Schicksal“ dieser Stücke, die heute nur noch höchst selten in den Spielplänen — oder überhaupt nicht mehr auftauchen. Das Thema selbst scheint für das deutsche Theater offenbar kaum noch „aktuell“, sicherlich zum wenigstens jedoch für das Publikum, das keine wirksame Einflußnahme auf den Spielplan der meist hochsubventionierten und deshalb vom Theaterbesuch unabhängigen Bühnen hat. So vermochten Autoren wie Bernhard, Ingeborg Drewitz, Fassbinder, Handke, Hochhut, Kipphardt, Walser und Zuckmayer diese künstlich gesetzte Abstinenz auch mit ihren einstmals erfolgreichen Stücken nicht mehr zu durchbrechen. Um so wichtiger die-

ses Buch der hochintelligenten Israelin, geschrieben mit zurückhaltender, desto überzeugenderer Diktion in der wissenschaftlichen Deutung und mit der dem Thema angemessenen auch informativen Gründlichkeit. Das Buch erweist sich damit nicht weniger notwendig zur individuellen, inneren Bestandsaufnahme des eigenen kulturellen Standorts vor diesem bedenkenswerten Hintergrund als auch — pragmatisch — für die theaterwissenschaftliche Ausbildung, vielleicht und endlich auch für das deutsche Theater zur Erinnerung an seine halbvergessene gesellschaftspolitische Aufgabe.

Anat Feinberg „Wiedergutmachung im Programm — Jüdisches Schicksal im deutschen Nachkriegsdrama“, 192 Seiten mit 10 Fotos, Prometh Verlag, Körnerstraße 38, 5000 Köln 30.

Der Anfang vom Ende

Gedanken zum 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht“

Lothar Groppe SJ

Die Ereignisse um den 9. November 1938, denen der Berliner Volksmund den Namen „Reichskristallnacht“ gab,¹⁾ führten in der Folge, wie heute niemandem mehr zweifelhaft sein kann, zur Vernichtung eines Großteils der Juden, die sich während des Zweiten Weltkriegs innerhalb des Machtbereichs der Nazis befanden.

Was war geschehen? Anfang Oktober 38 erließ die polnische Regierung eine Verordnung, daß alle polnischen Staatsbürger, die 5 Jahre und länger im Ausland lebten, binnen 3 Wochen nach Polen zurückkehren mußten, um dort ihre Pässe mit einem Sonderstempel versehen zu lassen. Wer dies bis zum 29. Oktober versäume, verliere automatisch die Staatsangehörigkeit. Um diesen Sonderstempel zu erhalten, mußten mehrere Dokumente vorgelegt werden. Jedem Sachkundigen war klar, daß es nahezu ausgeschlossen war, dieser Verordnung nachzukommen. Der deutsche Botschafter in Warschau, Hans Adolf von Moltke, erkannte sofort, daß diese Maßnahme Warschaus darauf abzielte, sich der 50000—60000 polnischen Juden zu entledigen, die sich seit vielen Jahren in Deutschland aufhielten. In Polen mit seinen etwa 3½ Millionen Juden war der Antisemitismus nicht weniger heftig als in Deutschland. Vergebens bemühte sich Botschafter von Moltke, diese Frist verlängern zu lassen. Als die polnische Regierung dann noch eine Garantie verweigerte, ihren eigenen jüdischen Staatsbürgern die Rückkehr in ihr Heimatland zu gestatten, ließ der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, in der Nacht auf den 29. Oktober 17000 polnische Juden über die grüne Grenze abschieben. Drüben erwartete man sie mit aufgepflanztem Bajonett. Unter den abgeschobenen Juden befand sich auch Sendel Sigmund Grynspan, der 1911 vor einem Pogrom aus Polnisch-Rußland nach Hannover geflohen war. Als der in Paris lebende jüngste Sohn, Herschel Feibel Grynspan, vom Schicksal seiner Eltern erfuhr, beschloß er, sich an den Deutschen zu rächen. Am 7.11. betrat er die deutsche Botschaft und streckte mit 5 Schüssen den Legationsrat Ernst vom Rath nieder. 2 Tage später erlag der Diplomat seinen Verletzungen.²⁾

Die französische kommunistische Zeitung L'Humanité schrieb bereits am 8.11., der Mordanschlag Grynspans habe den Nazis den idealen Vorwand für die Judenverfolgung gegeben. Goebbels gab den Pogrom, der teilweise bereits am 8.11. begann, an manchen Orten erst am 10.11. entfesselt wurde, als Ausdruck „spontaner Volkswut“ aus. Dennoch kann kein Zweifel bestehen, daß die „Spontaneität“ einzig von der Partei ausging. Dies bestätigte auch der oberste Parteirichter Walter Buch in seinem Bericht an Göring vom 13.2.39, in dem er darauf hinweist, es habe sich um mündliche Weisungen des Reichspropagandaleiters gehandelt, „daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstration in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte“. ³⁾ Der ehemalige Reichspresseschef Otto Dietrich schreibt in seinen Erinnerungen, Hitler sei der eigentliche Urheber des Pogroms. Er habe Goebbels den Befehl gegeben, ihn durch die SA durchführen zu lassen. ⁴⁾

Das Ergebnis war erschreckend. Nachdem Heydrich am 11.11. gemeldet hatte, es seien 815 Geschäfte, 29 Warenhäuser und 171 Wohnhäuser in Brand gesteckt oder zerstört, 191 Synagogen angezündet oder völlig demoliert, 20000 Juden festgenommen, 36 getötet und 36 schwer verletzt worden, korrigierte er am folgenden Tag bei der Konferenz mit Göring die Zahlen auf 35 Tote, 101 verbrannte Synagogen und 7500 zerstörte Geschäfte. ⁵⁾

Das Oberste Parteigericht sprach später sogar von 91 „Tötungen“. ⁶⁾ Während die Shoah, die Vernichtung der Juden, sich unter größter Geheimhaltung abspielte, noch dazu weit im Osten, fand die „Reichskristallnacht“ vor nahezu jedermanns Augen statt. Gerade der Pogrom vom 9. November trug zum Vorwurf der „Kollektivschuld“ der Deutschen bei. Schon der erste Bundespräsident, Professor Heuß, wies ihn in seiner Ansprache am 7. Dezember 1949 zurück:

„Man hat von einer ‚Kollektivschuld‘ des deutschen Volkes gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahintersteht, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis es gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe.“ ⁷⁾

Der Begründer der Logotherapie, der Wiener jüdische Arzt und Psychologe Viktor Frankl, der seine gesamte Familie in Auschwitz verlor und nur wie durch ein Wunder gerettet wurde, sagte bei der Gedächtnisfeier zum 50. Jahrestag des „Anschlusses“ in Wien, wer an der Kollektivschuld festhalte, treibe die Jugend in die Arme der alten und neuen Nazis. (Die Welt, 12.3.88)

Die Haltung der Kirche

Der katholische Moraltheologe J. Gründel behauptet im „Handbuch der christlichen Ethik“, angesichts der Judenmorde der NS-Zeit könne es eigentlich Unschuldige nicht mehr geben: „Wer sich selbst freispricht oder — wie der Papst — seine Hände in Unschuld wäscht (man vergleiche hier die geradezu gespenstisch anmutende Parallele zu Pilatus), ist erst recht schuldig. So wird das Wort des Papstes: ‚Wir sind — weiß Gott — unschuldig

am Blut, das da vergossen wird“, zur Selbstanklage. Das Nein zur Mitschuld macht schuldig.⁸⁾ Für einen katholischen Professor der Moraltheologie ist dies schon eine erstaunliche These. Der Nichtchrist Viktor Frankl bezeichnet die Kollektivschuld als „ein Verbrechen und ein(en) Wahnsinn“. (Die Welt, 12.3.88)

Der jüdische Nobelpreisträger Elie Wiesel sagte anlässlich der Verleihung der Goldenen Medaille durch den amerikanischen Kongreß:

„Viele führende Persönlichkeiten der freien Welt wußten um alles und taten nichts — nichts, um vor allem jüdische Kinder vor dem Tode zu bewahren.“⁹⁾ Es mutet schon seltsam an, daß Elie Wiesel, dessen ganzes Schaffen um den „Holocaust“ kreist, nichts von der jahrelangen Hilfe einer der „führenden Persönlichkeiten“ gewußt haben sollte. Seinem Glaubensgenossen, dem jüdischen Theologen und Historiker Professor Pinchas E. Lapide, ist sie dagegen wohl bekannt. Jahrelang war er auf der Suche nach der historischen Wahrheit. Er schreibt:

„Die katholische Kirche ermöglichte unter dem Pontifikat Pius XII. die Rettung von 700 000, wahrscheinlich sogar von 860 000 Juden vor dem gewissen Tod von den Händen der Nationalsozialisten. . . Diese Zahl . . . übersteigt bei weitem die der von allen anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zusammengenommen. . .“¹⁰⁾

Der Londoner „Jewish Chronicle“ schreibt in seiner Rezension dieses Buches, es handle sich hier „nicht um eine Reinwaschung, sondern um eine wesentliche Berichtigung zum ‚Stellvertreter‘ von Hochhuth. . . Hätten denn Papst Pius XII. und seine Kirche überhaupt mehr tun können?“

Pinchas E. Lapide wurde verschiedentlich gefragt, warum ein gläubiger Jude wie er, seine Zeit damit verschwende, Papst Pius XII. zu verteidigen. Seine Antwort sollte vielleicht auch denen zu denken geben, die der Aufführung des „Stellvertreters“ begeistert zujubeln:

„Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht. . . Hat sich Pius in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch gegenüber den Juden ausgesprochen? Hätten die Neuheiden, die das göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört? Und hätte Pius, bar jeder Macht, Hitler trotzen — und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können? . . . Wer der Meinung ist, die Lage hätte gar nicht mehr schlimmer werden können, möge sich daran erinnern, daß immerhin weit über 2 Millionen Juden — mehr als ein Viertel der europäischen Juden — Hitlers Gemetzel eben doch überlebt hat, wenn auch mit knapper Not — dank der Hilfe der Kirche, Bischöfe, Priester, Laien. . .

Der Talmud lehrt uns: ‚Wer immer ein Leben bewahrt, dem wird es von der Schrift zugerechnet, als hätte er eine ganze Welt bewahrt.‘

Wenn das wahr ist — und es ist ebenso wahr wie jene jüdischste aller Lehren: die von der

Heiligkeit des menschlichen Lebens —, dann muß ein Jude auch einen großen Retter jüdischen Lebens verteidigen.“ (Die Welt, 17.6.66)

In Berlin erregte in jenen Tagen wohl am meisten Aufsehen der Dompropst Bernhard Lichtenberg. Am Abend des Pogroms betete er zum ersten Mal auf der Kanzel der Hedwigskirche:

„Lasset uns beten für die verfolgten nichtarischen Christen und für die Juden. Was gestern war, wissen wir, was morgen ist, wissen wir nicht, aber was heute geschehen ist, das haben wir erlebt: Draußen brennt der Tempel — das ist auch ein Gotteshaus.“⁽¹¹⁾

Zum 40. Jahrestag des 9. November 1938 brachte der Deutschlandfunk die Sendung „Als die Synagogen brannten — Christen während der ‚Reichskristallnacht‘ 1938“. In ihr schilderte er das heroische Verhalten einer Reihe von Christen zugunsten der bedrängten und verfolgten Juden. So durchbrach ein ganzer Kölner Nonnenkonvent mutig das von der SA abgesperrte Israelitische Asyl, um Verwundete zu verbinden. Der Kölner Domvikar und spätere Generalvikar Josef Teusch rettete aus einer brennenden Synagoge eine Thora-rolle.⁽¹²⁾

Es ist richtig, daß es keinen Aufruf der Bischöfe oder ein gemeinsames Hirtenwort der Bischöfe anlässlich der Ereignisse des 9. November gab. Dennoch ließ das Schicksal der Juden die katholischen Oberhirten keineswegs gleichgültig. Nur versprachen sie sich offenbar von einem spektakulären Schritt keinen Erfolg. Zudem hegten sie auch die Befürchtung, daß nach den vorausgegangenen Devisen- und Sittlichkeitsprozessen — die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ hatte die Nazis zur Weißglut gereizt — der nächste Schlag des Regimes der verhaßten katholischen Kirche gelten würde. Es ist wohl den wenigsten bekannt, daß unter den ersten Opfern des Nazi-Terrors mehr Christen als Juden waren.⁽¹³⁾

Nach dem „Anschluß“ war es zum Sturm der Nazis auf die Residenz des Bischofs Sproll von Rottenburg gekommen. Anschließend wurde er bis Kriegsende verbannt. Im Oktober 1938 stürmten Hitler-Jugend und SA das Palais des Kardinal Innitzer in Wien. Hierbei wurde ein Domvikar aus dem Fenster gestürzt und schwer verletzt. Schon 1938 befanden sich zahlreiche Priester in Gefängnis oder KZ.

Am 11.11.38 erfolgte ein Angriff organisierten Nazipöbels auf die Wohnung Kardinal Faulhabers, bei dem an die 100 Fensterscheiben zertrümmert wurden. Der vom Münchner Gauleiter aufgehetzte Mob brüllte: „Raus! Raus! Nach Dachau! In Schutzhaft mit dem Hochverräter!“⁽¹⁴⁾

Durch die Straßen der „Hauptstadt der Bewegung“ zogen SA-Kolonnen, die grölten:

*„Die alte Judenschande ist endlich ausgefegt,
Die schwarze Lügenbande wühlt wieder unentwegt.
Du, deutsches Volk, sag, muß das sein,
daß dich bespuckt das schwarze Schwein?
Wenn nicht, so drisch doch drauf,
Daß Funken fliegen hoch hinauf.“*

*Deutsche Männer, deutsche Frauen!
Jetzt ist's genug mit der Faulhaberei!
Deutsche Männer, deutsche Frauen!
Haut das schwarze Lumpenpack zu Brei!*⁽¹⁵⁾

Von Ausnahmen abgesehen, bevorzugten die Bischöfe den Weg stiller, unauffälliger Hilfe für die Verfolgten. Diese Haltung dürfte gerade heute besonderes Verständnis finden, wenn wir etwa an die Bonner Regierungspraxis hinsichtlich der Landsleute denken, die dem SED-Regime den Rücken kehren wollen. So schreibt „Die Welt“ am 29.8.88 „Bonn erreicht ‚stille Lösung‘ für Ausreisewillige in ‚DDR‘“.

Da der Antisemitismus zu den Kernaussagen der Nazis gehörte, reagierten die Bischöfe sehr bald auf die Nöte der Juden. So stellten sie den St. Raphaels-Verein in Hamburg, der im vorigen Jahrhundert für „normale“ Auswanderer gegründet wurde, in den Dienst ausreisewilliger „nichtarischer Katholiken“, wie die damalige amtliche Sprachregelung hieß. 1935 errichtete Bischof Konrad Graf von Preysing das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin, das zunächst Dompropst Lichtenberg leitete. Nach seiner Verhaftung führte Frau Dr. Margarete Sommer die Arbeit fort.

In Freiburg i.Br. baute Frau Dr. Gertrud Luckner einen Helferkreis für Juden und andere Verfolgte des Naziregimes in der Zentrale des Caritasverbandes auf. Sie leitete ihn bis zu ihrer Verschleppung ins KZ Ravensbrück im März 1943.

In Wien organisierte der Jesuit P. Bichlmair nach dem „Anschluß“ eine Hilfsorganisation für die verfolgten katholischen Juden, die er mit Hilfe der Gräfin Kielmansegg solange fortführte, bis er verhaftet und nach seiner Entlassung verbannt wurde.

1940 gründete dann Kardinal Innitzer die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, die er in seinem Palais unterbrachte. Mit ihrer Leitung betraute er den deutschen Jesuiten, P. Ludger Born. Die Hilfsstelle betreute rund 4000 katholische „Nichtarier“. Von ihren 23 Mitarbeiterinnen kamen 9 ins KZ. Nur eine überlebte das Inferno von Auschwitz.

Erst vor relativ kurzer Zeit wurde bekannt, daß Bischof Graf von Galen, der „Löwe von Münster“, sich öffentlich für die verfolgten Juden einsetzen wollte. Aber „auf ausdrückliche Bitten von Vertretern der münsterischen Judenschaft“ sah er hiervon ab, „um deren Lage nicht zu verschlechtern.“ (Die Welt, 2.5.87) Ich selbst traf 1982 im Berliner Gertraudenkrankenhaus eine Jüdin, die, ohne getauft worden zu sein, von Bischof Graf von Galen 1938 einen Tauschein erhielt, der es ihr ermöglichte, auszuwandern.

Es trifft zu, daß es keine Demonstrationsmärsche von Bischöfen, Priestern oder Laien gegen die Judenverfolgung gab. Aber was beweist dies? Im besetzten Holland kam es zu Streiks gegen die Deportation von Juden. Ein gewiß unverdächtigtes Publikationsorgan, der „Israel Digest“, schreibt hierzu am 12. März 1965:

„Der vergebliche Streik am 25. Februar 1941 verbesserte die Lage der Juden in Holland

nicht — tatsächlich führte die Protestaktion zu einer Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen durch die Deutschen.“

Die niederländischen Bischöfe hatten beim damaligen Reichskommissar Dr. Seyß-Inquart gegen antijüdische Maßnahmen protestiert. Als ihre Vorstellungen nichts fruchteten, drohten sie mit Hirtenbriefen. Der höhere SS- und Polizeiführer Dr. Harster warnte die Bischöfe eindringlich. Man würde auch Maßnahmen gegen die getauften Juden ergreifen, die man bisher verschont hatte. Hierauf verhielt sich die reformierte Kirche still. Der Erzbischof von Utrecht drang jedoch auf einen Hirtenbrief, der am 26. Juli 1942 von allen Kanzeln verlesen wurde. Nur 5 Tage später ließ der SD alle Katholiken jüdischer Abstammung deportieren. Prominentestes Opfer war die im vergangenen Jahr seliggesprochene Karmelitin Edith Stein. Harster gab im Prozeß gegen ihn am 13.2.67 zu, die Verhaftung der katholischen Mönche und Nonnen sei die Rache des Reichskommissars für das Eintreten der katholischen Bischöfe zugunsten der Juden gewesen.¹⁶⁾

Ein Volk von Verbrechern?

So unumstößlich wahr es ist, daß zahlreiche Deutsche in die Verbrechen des Naziregimes verstrickt waren, so unbestreitbar ist es, daß Zehntausende dem Nationalsozialismus bis aufs Blut widerstanden und auch in der dunkelsten Stunde der deutschen Geschichte die Fackel der Menschlichkeit hochhielten.

Der jüdische Fernsehmoderator Gerhard Löwenthal schreibt:

„Die Tatsache, daß, wie man heute weiß, über 5000 Juden illegal in Berlin lebten, im Untergrund von Unterschlupf zu Unterschlupf hastend — manche hatten im Laufe dieser Jahre zwanzig bis dreißig verschiedene Quartiere — zeigt, daß Tausende von Berlinern dem Gebot der Menschlichkeit auch unter den schwierigsten Verhältnissen folgten und halfen, wo es ging.“¹⁷⁾ Als Augenzeuge des Pogroms vom November 1938 berichtet er, daß „viele Menschen stumm und betroffen, einige offenbar in ohnmächtiger Wut, die Feuersbrunst beobachteten.“¹⁸⁾

Der britische Geschäftsträger in Berlin bestätigt den Eindruck Gerhard Löwenthals in seinem Bericht vom 16. November 1938:

„Ich habe nicht einen einzigen Deutschen, gleich welcher Bevölkerungsschicht, angetroffen, der nicht in unterschiedlichem Maße zum mindesten mißbilligte, was geschehen ist. Aber ich fürchte, daß selbst die eindeutige Verurteilung von seiten erklärter Nationalsozialisten oder höherer Offiziere der Wehrmacht keinerlei Einfluß auf die Horde von Wahnsinnigen haben wird, die gegenwärtig Nazi-Deutschland beherrscht.“¹⁹⁾ Der britische Generalkonsul in Frankfurt, wo sehr viele Juden lebten, schrieb am 14. Dezember 1938:

„Ich bin überzeugt, daß, wenn die Regierung Deutschlands von der Wahl des Volkes abhinge, die Machthaber, die für diese Schandtaten verantwortlich sind, von einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt worden wären, wenn man sie nicht an die Wand gestellt und erschossen hätte.“²⁰⁾

Die Berichte der beiden unabhängigen britischen Beobachter der damaligen Vorgänge machen nicht nur deutlich, daß das Volk sich keineswegs mit den Verbrechen des Regimes identifizierte, sondern auch, daß guter Wille allein nicht genügte, um den Verfolgten zu helfen. Ein konkretes Beispiel mag dies beleuchten:

1934 wurde ein deutscher General nach Gleiwitz/Oberschlesien versetzt. Dort lebten zahlreiche Juden, die zwar noch nicht im eigentlichen Sinn verfolgt wurden, aber doch verfeimt waren. Dieser Offizier, der später in der Wehrmacht den Namen „der schwarze General“ erhielt — die Partei nannte ihn weniger charmant den „katholischen Hund“ —, war keineswegs Philosemit. Aber er war ein Mann, der sich stets bemühte, aus seinem christlichen Glauben zu leben. So zog er ganz bewußt in ein Haus, das auch von Juden bewohnt war. Natürlich blieb dies nicht unbemerkt und Christen wie Juden erblickten in diesem Schritt ein Zeichen der Solidarität. Die Partei vermerkte es sehr übel und schrieb dem General eine denkbar schlechte Beurteilung. Während des Judenpogroms 1938 hatte dieser Offizier kein Truppenkommando. Das änderte sich mit Ausbruch des Krieges. Peter Bamm schreibt hierüber:

„Im Herbst 1939 lag die 214. Infanteriedivision am Westwall zwischen Merzig und Dillingen. Für den 12. Dezember 1939 hatte der örtlich zuständige Kreisleiter der NSDAP „spontane Volkskundgebungen“ gegen die Juden befohlen. Der Kommandeur, Generalleutnant Groppe — er war 1918 als Hauptmann und Bataillonskommandeur mit dem Orden Pour le Mérite ausgezeichnet worden — erließ einen Divisionsbefehl, daß Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, wenn nötig mit Waffengewalt, zu verhindern seien. Über das Korps wurden die Vorgänge der 1. Armee mitgeteilt. Der Oberbefehlshaber billigte die Maßnahmen der Division und befahl für den ganzen Armeebereich, Ausschreitungen gegen die Juden mit allen Mitteln zu verhindern. Der Oberbefehlshaber war der Generaloberst Erwin von Witzleben. Groppe hat tapfer für Sitte, Recht und Menschenwürde gestritten.“²¹⁾

Beide Generale, Witzleben wie Groppe, waren kompromißlose Gegner der Nazis. Witzleben wurde nach dem 20. Juli 1944 als Generalfeldmarschall gehängt, Groppe nach einem Freispruch des Reichskriegsgerichts von der Anklage des Defätismus und der Wehrkraftersetzung auf persönlichen Befehl Himmlers erneut verhaftet und später zum Tode verurteilt. Wie durch ein Wunder entging er der befohlenen Hinrichtung.

Es gibt aber einen anderen Fall, wo sich ein Offizier, der formell der Partei angehörte, unter Lebensgefahr für das Gebot der Menschlichkeit entschied. Der Oberleutnant Dr. Albert Battel, Rechtsanwalt und Notar aus Breslau, war in der Partei und im NS-Rechtswahrerbund — also ein Nazi, wie die Selbstgerechten unserer Tage sagen würden.

Im Juli 1942 sollte die Gettobevölkerung von Przemysl in das Vernichtungslager Belzec deportiert werden. Die Ortskommandantur der Wehrmacht suchte durch Verhandlungen mit der Gestapo wenigstens die sog. Wehrmachtsjuden, d. h. solche, die bei der Truppe beschäftigt waren, vor der Aussiedlung zu bewahren. Jedoch die Gestapo blieb unerbittlich. Da „ließ Oberleutnant Dr. Battel kurzerhand den einzigen Zugang zum Getto, die über

den Fluß San führende Brücke, für Gestapo, Schupo, Gendarmerie und Waffen-SS durch eine Wehrmachtsinheit sperren, die befehlsgemäß jeden SS- oder Polizeiangehörigen, der versuchte, die Brücke zu überqueren, mit dem Gebrauch der Schußwaffe bedrohte. Mit einem weiteren Zug der Wehrmacht holte Dr. Battel sodann, wiederum mit Waffengewalt, 80–100 „Wehrmachtsjuden“ mit ihren Frauen und Kindern aus dem Getto und brachte sie in der Ortskommandantur in Sicherheit.“ Bei der bald darauf erfolgenden Räumung des Gettos durch die Gestapo kamen mindestens 3850 Juden um.

Die Tat des Dr. Battel erfüllte SS, Gestapo, Polizei und Gendarmerie mit Empörung. Eine Flut von Berichten erreichte schließlich sogar Himmler. Dieser schrieb am 3.10.1942 als „Geheime Reichssache“ an

Herrn

Reichsleiter Martin Bormann

Lieber Parteigenosse Bormann!

Mit der Bitte um Kenntnisaufnahme übersende ich Ihnen in Photokopie einen Vorgang über den Rechtsanwalt Dr. Albert Battel. Ich beabsichtige, Battel sofort nach dem Kriege verhaften zu lassen. Außerdem darf ich vorschlagen, daß zu gegebener Zeit gegen Battel auch ein Parteigerichtsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses aus der Partei eingeleitet wird.

Heil Hitler

gez. Himmler

Nach dem Krieg befand ein Spruchkammerverfahren, daß „wegen der Zugehörigkeit Dr. Battels zur NSDAP seit 1933 eine Wiederzulassung als Rechtsanwalt und Notar nicht in Betracht käme. Dr. Battel selbst hatte mit keinem Wort die Ereignisse von Przemyśl erwähnt. . . Er hätte nur zu reden brauchen. Aber menschliche Anständigkeit — und in seinem Fall war es weit mehr als das — war für ihn wohl eine Selbstverständlichkeit, über die man nicht spricht.“

Lange nach seinem Tod, im April 1982, wurde Dr. Battel mit der Aufstellung einer Gedenktafel auf der Straße der Gerechten in Yad Vashem geehrt. In der Feierstunde erklärte der Leiter der Gedenkstätte, Benjamin Armon, der übrigens auch aus Breslau stammt:

„Dr. Battel war ein Mensch, der sich, als er vor der Wahl stand, unter eigener Lebensgefahr für die Menschlichkeit entschieden hat.“²²⁾

Bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des „Anschlusses“ sagte der österreichische Außenminister Alois Mock:

„Nur wer weiß, wie es sich in Diktaturen lebt, hat ein Recht, heute selbstgerecht Schuld zuzuweisen, wo etwas mehr Demut am Platz wäre.“ (Die Welt, 12.3.88)

Pinchas E. Lapide erklärte in einem Interview der „Welt“ am 25.3.86: „Als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaß zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten. Wir waren

Zeugen eines unglaublichen Nebeneinander von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte. Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und zu allen Zeiten will: Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft.“

Das Gedenken an die Greuel der „Reichskristallnacht“ und an die später einsetzende Vernichtung der Juden möge uns daran erinnern, daß die Entchristlichung der Menschen, die Abkehr von Gott, zu den furchtbaren Verbrechen der Vergangenheit geführt hat. Der „schwarze General“ schreibt in seinen Erinnerungen:

„Unser armes, verführtes Volk hatte sich vom dreieinigem Gott abgewendet und vor einem Götzen auf dem Bauch gelegen. Möge es aus dem furchtbaren Schicksal lernen! Wenn es das tut, wenn es wieder ein wahrhaft christliches Volk wird, dann, aber auch nur dann, wird der allgütige Gott uns seine Gnade wieder zuwenden...“²³⁾

Anmerkungen:

- 1) Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, Heidelberg 1982, S. 32
- 2) Kurt Zentner, Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, München 1965, S. 513 f.
- 3) Thalmann/Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt 1988, S. 81 f.
- 4) Otto Dietrich, Zwölf Jahre mit Hitler, München 1955, S. 55 f.
- 5) Rückerl, a. a. O., S. 33 f.
- 6) Günther Deschner, Reinhard Heydrich, Frankfurt 1987, S. 170
- 7) Beilage zu Heft 4/67 Information für die Truppe, S. 44
- 8) A. Hertz, W. Korff u. a., Handbuch der christlichen Ethik, Band 3, Freiburg 1978 ff., S. 143
- 9) Lothar Groppe SJ, Elie Wiesel und das Trauma des Holocaust, Theologisches, 12/86, Sp. 7449
- 10) Pinchas E. Lapide, Rom und die Juden, Freiburg 1967, S. 188
- 11) Alfons Erb, Bernhard Lichtenberg, Berlin ⁵1968, S. 76
- 12) Lothar Groppe SJ, Mischung von Ignoranz und Arroganz, Theologisches, 7/88, Sp. 396
- 13) Arthur D. Morse, While Six Million Died, London 1968, S. 104
- 14) Johann Neuhäusler, Amboß und Hammer, München 1966, S. 85
- 15) Neuhäusler, a. a. O., S. 86
- 16) Lothar Groppe SJ, Erklärung von Kardinal Höffner mißverständlich?, Deutsche Tagespost, 22./23.12.78
- 17) Gerhard Löwenthal, Ich bin geblieben, München 1987, S. 77
- 18) Löwenthal, a. a. O., S. 41
- 19) Hans Buchheim u. a., Anatomie des SS-Staates, Olten 1965, S. 335
- 20) Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Ffm 1960, S. 36
- 21) Erich Schmitz, Erbe und Verpflichtung, Darmstadt 3/1959, I, S. 12
- 22) Helga Grabitz, „Entscheidung für die Menschlichkeit“, Zeitschrift für Rechtspolitik, 7/1984, S. 189 f.
- 23) Theodor Groppe, Ein Kampf um Recht und Sitte, Trier 2/1959, S. 55 f.

Versorgung früher

*Von Invalidenhäusern, Invalidenkompanien, Bettelprivilegien
Die Versorgung von Kriegssopfern stets ein Problem*

Wolfgang Altendorf

Immer mehr Geld für Rüstung, Aufrüstung und Ausrüstung von Armeen, für Kriege, Eroberungszüge und Schlachten. Woran es bis in jüngster Zeit haperte, das war die Versorgung der Kriegssopfer. Selbst die Bundesrepublik, die hier, trotz des verlorenen Krieges, als vorbildlich gilt, blieb nicht frei von der Versorgungsproblematik. Invalide hieß früher, wer aus einem Krieg verwundet oder krank nach Hause zurückkehrte, dem man vielleicht den Arm zerschossen, das Bein zerschmettert hatte, der durch Krankheit oder Seuchen schwere Dauerschäden davontrug. Die Bezeichnung kommt vom Lateinischen *invalidus*, was soviel wie kraftlos, schwach bedeutet. Die Invaliden waren es allerdings nicht nur körperlich; sie waren materiell von allen Mitteln entblößt, hilflos und ohne ausreichende Unterstützung, wenn es galt berechnete Ansprüche an die Gesellschaft durchzusetzen. „Soldaten, die im Felde oder im Frieden zur Erfüllung ihres Berufesuntauglich geworden sind“ — so wurde der Begriff Invalide bis zur Jahrhundertwende definiert. Man teilte sie ein nach dem Grad dieser Untauglich- oder Tauglichkeit, in Halbinvalide und Ganzinvaliden. Unter Invalidenversorgung verstand man „die staatliche Versorgung brav gedienter Soldaten nach erlittener Dienstbeschädigung oder nach längerer Dienstzeit (8–12 Jahre)“. Sie bestand in einer Pension, deren Höhe sich nach der Dienststellung, der Dienstzeit und dem Grad der Erwerbsunfähigkeit richtete, oder in einem „Zivilversorgungsschein“, der ein Anrecht auf eine Anstellung im Staats- und Gemeindedienst gab. Ein Unteroffizier mit zwölfjähriger ununterbrochener Dienstzeit und guter Führung (worauf gesteigerter Wert gelegt wurde), erhielt um die Jahrhundertwende noch die damals respektable Dienstprämie von eintausend Mark. Auch war die Aufnahme in einem Invalidenhaus, in einer Halbinvalidenabteilung mit Verwendung im Garnisonsdienst vorgesehen.

Rückenwunden galten als schmächtig

Bereits im Altertum versorgte man Kriegssopfer, allerdings hing das von der Art der Verwundung ab. Im alten Athen galten allgemein Rückenwunden als feige und schmächtig. Nur Soldaten mit ehrenvollen Wunden wurden auf Staatskosten weiter unterhalten, gekleidet und ernährt. Als ehrenvoll galten nur solche Blessuren, die auf der Vorderseite des Körpers lagen. Für die tapferen Athener waren bei den Olympischen Spielen Ehrenplätze auf den Tribünen vorgesehen, und sie erfreuten sich auch sonstiger zahlreicher Privilegien. Die Römer belohnten ihre tapferen Soldaten mit Ländereien aus den Eroberungen. Da das am billigsten erschien, hat sich diese Art der Belohnung bis fast in die Gegenwart erhalten. Römische Legionäre bekamen außerdem und je nach Grad der Invalidität reichlichen Anteil an der beweglichen Kriegsbeute, und unter den Cäsaren empfingen sie eine Abfindungssumme oder eine Art Invalidengehalt auf Zeit. Doch war eine eigentlich dauernde Versorgung in den vorchristlichen Jahrhunderten unbekannt, wie auch die gründli-

che ärztliche Betreuung auf dem Kriegsschauplatz kaum nennenswert genannt werden kann.

Die Ritter und Klöster erbarmten sich

Im Mittelalter sah es damit kaum besser aus. So ist es ein viel zu wenig beachtetes Verdienst der Ritter und Klöster, daß sie sich der kampfunfähig gewordenen Kriegsknechte erinnerten und erbarmten. Ganze Burgbesatzungen bestanden aus Invaliden. Was sie körperlich nicht mehr zu leisten vermochten, ersetzte voll und ganz ihre Erfahrung. Und da sie infolge ihrer Gebrechen an den Platz gebunden waren, zeigten sie sich von erstaunlicher, aufopferungswilliger Tapferkeit. Klöster nahmen sich der häufig gräßlich Zugerichteten an, nahmen sie auf, pflegten und verpflegten sie.

Mit der „Verbesserung“ der Waffen häuften sich auch die Verwundeten. Einzelgefechte entwickelten sich zu regelrechten Schlachten. Das bedingte, wollte man weiter willige Soldaten und Söldner anwerben, eine neue, verbesserte Art der Versorgung. Franz I. von Frankreich machte für seine im Felddienst unbrauchbar geschossenen Soldaten ganze Schlösser frei (wenn auch nicht die schönsten) und beließ den Invaliden die Hälfte des Soldes auf Lebenszeit. Allerdings konnte dieser Sold mangels Geld nicht immer ausgezahlt werden. Wenn es an Geld mangelte, wurde „zuerst bei den Invaliden“ gespart. Ludwig XIV. erbaute dennoch nicht nur Versailles, auch das berühmte Hôtel des Invalides, das er mit erstaunlich reichen und gut angelegten Mitteln ausstattete.

Napoleons verlustreiche Schlachten

Unter Napoleon schwoll der Invalidenstrom derart ungeheuerlich an — die artilleristische Präzision sorgte dafür —, daß es kaum möglich erschien, allen während einer Schlacht Verstümmelten rechtzeitig den Lebensunterhalt zu verschaffen, den sie verdienten. Es wurden Veteranenkompanien gebildet, damit „die Verwundeten wenigstens von der Straße herunterkommen“, in denen ihr und nun machmal recht makaberer Kasernendienst weiterging. In jedem Departement existierte wenigstens eine solche Kompanie, im Departement Seine waren es schließlich vier. Im Hôtel des Invalides in Paris und in Avignon in einem weiteren Invalidenhaus waren die absolut arbeitsunfähigen untergebracht. Schließlich gab es zu Napoleons Zeiten „Ordenspensionen“, Gelder, die mit Verleihung eines Ordens (meist auf Lebzeit) verknüpft waren. So bedeutete der Sturz Napoleons für viele Kriegsoffer größtes Elend, größte Not. Ihre Taten waren nicht nur vergessen; sie waren verpönt. Ihrer sichtbaren Gebrechen wegen (Holzbein, Gesichtsentstellungen, Armkral-len) wurden sie verspottet. Jene, die blind geworden waren oder sich nicht zu rühren vermochten, überlebten nur, weil sich ihrer die Klöster und christlichen Spitäler annahmen. Viele erhofften einen baldigen Tod.

In England kam es erst verhältnismäßig spät zu zweckmäßigen Einrichtungen für die Opfer der britischen Eroberungen in der Welt. Unter Königin Anna allerdings waren Pensionen und Halbpensionen für ausgediente, halb- oder völlig dienstunfähige Soldaten

recht bedeutend. Das Invalidenhaus in Chelsea, von Karl II. für die Landarmee errichtet, wurde reich und zweckmäßig ausgestattet, ebenso das für die Marine in Greenwich, das William III. erbaute.

In den meisten europäischen Staaten völlig unzureichend

Die Festlandeuropäer, Franzosen ausgenommen, hinkten dieser Entwicklung nach. Ihre Hilfe für die Opfer ihrer vielfältigen Kriege war absolut unzureichend und in höchstem Maße mangelhaft, auch nach damaliger Bewertung. Sie bestand oft nur in einem ausdrücklichen Privileg zum Betteln. Kein Polizist oder Stadtsoldat durfte den damit Privilegierten beim Betteln behindern; einige gelangten dadurch allerdings zu ansehnlichem Vermögen. Auch wurden diese Erlaubnisscheine „gehandelt“. Man stahl sie und schreckte selbst, um in ihren Besitz zu gelangen, nicht vor Mord zurück.

In Preußen endlich baute der „Alte Fritz“ nach Ende des Zweiten Schlesischen Krieges das Invalidenhaus in Berlin, das alle verstümmelten oder sonst zum Felddienst untauglich gewordenen Soldaten aufnahm. Eine ähnliche Anstalt wurde später durch Friedrich Wilhelm in Stolp und durch Wilhelm den II. in Rybnik gebaut. 1809 werden 25 Provinzial-Invalidenkompanien in Preußen registriert, die später auf 12 vermindert, 1815 jedoch schon wieder, im Gefolge der „Freiheitskriege“, auf 18 vermehrt werden. In ihnen wurden vorwiegend solche Kriegsgesopfer aufgenommen, die der ständigen Pflege und Behandlung bedurften. Ähnlich, wenn auch regelmäßig im Gang, sah es in den übrigen deutschen Ländern, in Österreich und in der Schweiz aus.

Kaiser-Wilhelm und Viktoria-Stiftung

Nach dem siegreich beendeten deutsch-französischen Krieg 1870/71 wurde aus der französischen Kriegskostenentschädigung ein Reichsinvalidenfonds in Höhe von 561 Millionen Goldmark in unkündbaren Staats- und Kommunalpapieren angelegt, über den der Reichstag die Kontrolle ausübte. Aus ihm wurden die Pensionen für die Kriegsgesopfer dieses Krieges bezahlt, aber auch Unterstützungen für die Hinterbliebenen, die nun zum ersten Mal ebenfalls einbezogen werden. Hinzu kamen die „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ für Beamte, Ärzte und Amtspersonen, die am Krieg teilgenommen hatten und verwundet worden waren, und die „Viktoria-Stiftung“ für Frauen und Töchter gefallener Offiziere, Beamte, Geistliche, Ärzte. Weitere Stiftungen folgten: der „Kaiserin-Augusta-Verein“, die „Kaiserin-Augusta-Stiftung“, der „König-Wilhelm-Verein“ und die Kronprinzienstiftung. Besondere Bedeutung erlangte der „Invaliden-Dank“, ein 1872 in Berlin gegründeter Verein für die Vermittlung „lohnender Beschäftigung für Militärinvaliden und zur Unterstützung derselben sowie ihrer Witwen und Waisen“. Er brachte respektable Mittel teils durch Mitgliederbeiträge und Schenkungen, teils aus dem Gewinn eigens für Kriegsgesopfer geschaffener und selbstgeleiteter Arbeitsplätze, darunter Annoncen-Expeditionen, Theaterbilletverkauf, Lotteriekollektionen, Buchhandel, Veranstaltung von Konzerten.

Maßgeblich war stets das „Existenzminimum“, nur: Wie hoch man es setzte, das erwies sich von Jahrhundert zu Jahrhundert als recht verschieden. Während man heute darunter doch einiges mehr versteht, hieß das noch nach dem Weltkrieg 1914–1918 Bett und Essen; mehr nicht. Stets erwies sich, bis in unsere Gegenwart hinein, das Kriegsopferproblem als lästig. Es wurde niemals adäquat, das heißt dem, was vorangegangen war, gleichwertig gelöst. Infolge schlechter oder gänzlich fehlender ärztlicher Betreuung heilten viele oft entsetzliche Verwundungen nicht mehr. Wer nicht daran starb, starb schließlich an Verelendung. Die „Mortalität“, der Abgang durch Tod, war groß und wurde nicht ungern gesehen, ja, einkalkuliert. Besonders bei verlorenen Kriegen wandelt sich auch heute noch die Einstellung zu den Opfern rasch und radikal. Gestern noch Helden, werden sie heute als die wahren Schuldigen gebrandmarkt. Ähnliches ereignete sich auch in Deutschland noch 1918. Renten und Pensionen reichten nur knapp für das Lebensnotwendige. In der Tat: Essen und Bettstelle — mehr war nicht vorgesehen. Blieben derart knappe Zuwendungen durch politische Veränderungen aus (in den Entwicklungsländern geschieht das gegenwärtig eigentlich in der Regel), bedeutete das die Katastrophe für die Betroffenen. So wurden auch die Opfer des von Deutschland siegreich beendeten Krieges (1870/71) niemals vom Staat ausreichend versorgt: die zahlreichen Stiftungen sprechen da eine deutliche Sprache. Menschenwürde besaß keinen Stellenwert.

Presse — Medien

40 Jahre Arbeitsgemeinschaft katholische Presse (AKP)

In der Zeit vom 18. bis 20. Oktober 1988 versammelten sich die Vertreter der katholischen Presse — 197 Delegierte und Gäste — zur Feier des 40jährigen Bestehens dieser Arbeitsgemeinschaft. Die Veranstaltung wurde eröffnet durch eine sehr eingehende Meditation zu den Marc-Chagall-Fenstern in der Kirche St. Stefan in Mainz. Msgr. Pfarrer Klaus Meier vertiefte den visuellen Eindruck durch seine eindringliche Darstellung des erlebten und künstlerischen Bezuges.

Der anschließende Gottesdienst wurde in der gleichen Kirche durch den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, zelebriert.

Der Abend im Erbacher Hof brachte die Begegnung mit dem Bischof und vor allem das Gespräch mit den zahlreichen Gästen. Eine Delegation von sechs polnischen Journalisten konnte an dieser Zusammenkunft teilnehmen.

Am nächsten Tag, am 19. 10., begann die Jahresversammlung in den sehr gut gerüsteten Sälen im Erbacher Hof. Ministerpräsident Bernhard Vogel begrüßte als Landesvater die Tagung und verstand es, die Bedeutung der Medien, insbesondere auch der katholischen Presse, für eine funktionierende Demokratie, aber auch für das Leben in der Kirche deutlich zu machen. Er unterstrich die Verantwortung für die rechte Mediengestaltung und erteilte der einseitigen, auf Effekt ausgerichteten Berichterstattung eine eindeutige Absage. Medien in rechter Weise gestaltet, müssen nach seinen Worten zum Dialog in der pluralen Gesellschaft führen und können dadurch in weitem Maße Vorurteile abbauen.

Die katholische Presse ist zudem das Organ, das den normalen Christen zum Informationschristen macht, und ein informierter Christ ist immer der bewußtere Gläubige.

Nach den Grußworten des Oberbürgermeisters sprach Pater Bruno Holtz von der Union Catholique International de la Presse (UCIP) aus Genf. Er beschwor noch einmal die Macht des Wortes und die Kraft des christlichen Geistes für ein Europa, das nach seinem Verständnis vom Ural bis Portugal und von Norwegen bis Malta reicht.

Nach diesen Einführungen führte der Vorsitzende der AKP, Herr Dr. Günther Mees, mit der Vorlesung der Grußworte des Bundeskanzlers, des Innenministers u.a. bedeutender Politiker zum Hauptreferenten, zu Bischof Dr. Lehmann über.

Bischof Dr. Lehmann überbrachte nicht nur die Grüße der Bischofskonferenz sondern kam unter dem Motto „Schuster, bleib bei deinen Leisten“ zu einer theologischen Aussage über die Kirche. Sie ist zu sehen

- als Kommunio,
- als wandelndes Volk Gottes,
- als Ort der Lebendigkeit.

Er sprach über die Probleme, die die Säkularisierung des Bewußtseins, die Individualisierung der Lebensführung und die Segmentierung der Lebensbereiche mit sich bringe. Dadurch entstehe der Pluralismus der Wertordnung, der letztlich auch die persönliche Identität bedrohen könnte. Vor diesem Hintergrund warnte er die katholische Presse zu versuchen, sich an den Erfolgen säkularer Medien zu orientieren. Hier könnten Problemfälle entstehen, die noch nicht zu übersehen sind. Ebenso warnte er vor der Angst, sich in Diskussionen mit der Welt einzulassen.

Zum Schluß umriß er, auf den theologischen Gedankengängen aufbauend, die Hauptaufgaben der Presse:

Sie sind:

- gründliche und wahrhaftige Information;
- Mut zur geistigen Orientierung und Führung
(jede sorgfältige Orientierung ist bereits ein Stück Führung);
- Standorte einnehmen und sich zu ihnen bekennen;
- Katholizität mit Integrationsfähigkeit verbinden
(ein umfassendes Christentum muß auch rational nachvollziehbar sein);
- missionarische Aufgaben;
- Bewußtsein in den verschiedenen Kommunikationsebenen (Orts-, Bistums- und Weltebene stellen verschiedene Ansprüche);
- ökumenische Perspektiven
(die Presse muß sich bei ihrer ökumenischen Betrachtung darüber klar sein, ob gewisse Gemeinsamkeiten „reif“ zur Diskussion sind);
- die Kirchlichkeit der Presse muß außer Diskussion stehen.

In einer Schlußbemerkung unterstrich der Bischof noch einmal, daß die Mitarbeit in der katholischen Presse eine so gute sein müsse, daß sie den Austausch und die Diskussion mit den säkularen Medien pflegen könne.

Der Vorsitzende der AKP, Dr. Günther Mees, setzte sich für den Erhalt einer Spannung zwischen kirchlichem Journalismus und kirchlicher Amtsführung ein. Diese Spannung ermögliche gerade den Dialog zwischen katholischen Journalisten und der Kirchenleitung. Gegenwärtig befinde sich die kirchliche Presse in einer „Talsohle“. Mit „katholischer Betulichkeit“ schaffe sie es nicht mehr, die Öffentlichkeit zu erreichen, sondern nur mit „handwerklich gutem“ und „moralisch glaubwürdigem Einsatz“ für die Vermittlung von Kommunikation und Information, auch wenn dies für die Kirche nicht immer angenehm sei. Mees stellte die Frage, ob der Freiheitsraum kirchlicher Blätter noch ausreichend für das Freiheitsbedürfnis kirchlicher Leser sei. An diese richtete der AKP-Vorsitzende die Empfehlung, kirchliche Druckerzeugnisse so einzuordnen, wie man es normalerweise mit einem anderen marktüblichen Zeitschriftenobjekt tue.

Positiv wertete Mees die bisher zwei gemeinsamen Treffen der AKP mit dem „Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik“ (GEP). „Wo ist heute noch Platz für den Luxus eines mehr oder weniger distanzierten Nebeneinander christlicher Journalisten und

Publizisten?“, fragte er. Die Presse könne zwar „nicht das ausbügeln, was die Kirchenspaltung an gesellschafts- und kirchenpolitischen Falten hinterlassen“ habe; doch könne sie die Sehnsucht nach der Kircheneinheit wachhalten. Mees regte ein weiteres gemeinsames Treffen von AKP und GEP für 1990 in Nürnberg an.

Die inhaltsreichen Worte des Bischofs und des Vorsitzenden der AKP waren Anlaß zu manchen weiterführenden Diskussionen und eine Vorgabe für die Verleger- und Redakteurkonferenz am Nachmittag.

Daß selbstverständlich auch ein froher Teil am Abend dieses Tages geboten wurde, liegt nicht nur am Ort der Tagung, der Weinstadt Mainz.

Über die Mitgliederversammlung und die weiteren Angebote hier zu berichten würde zu weit führen. Eines steht in jedem Fall fest, daß die katholische Presse, die derzeit 78 Verlage mit über 100 Zeitschriften umfaßt und immerhin eine Auflage von weit über 1¹/₂ Mio erreicht, ein Medienfaktor von besonderem Rang darstellt.

H.F.

PS: Zuweilen vergessen — hier aber mit Nachdruck betont werden muß die gute Organisation durch die Geschäftsstelle der AKP. Dank dem Geschäftsführer Theo Hell und seinen stillen und aufmerksamen Helfern.

Der Bundesminister der Verteidigung vor Chefredakteuren der katholischen Bistumspresse*

Ich freue mich, heute mit Ihnen, den Vertretern der katholischen Bistumspresse, über einige Fragen und Probleme im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sprechen zu können, die ich für sehr wichtig halte.

Als Jurist bin ich mir der konstitutiven Rolle der Presse natürlich bewußt. Presse ist ja eine ganz entscheidende Möglichkeit der Teilhabe des einzelnen Bürgers am Staatsganzen. Diese Teilhabe mag quantitativ durch die audio-visuellen Medien umfangreicher sein — qualitativ hat die Presse einen sicherlich unaufholbaren Vorsprung.

Als Politiker und insbesondere in den Monaten seit meiner Amtsübernahme als Verteidigungsminister erlebe ich die Wirkung der Presse natürlich nicht abstrakt, sondern hautnah — nicht immer zu meiner großen Freude. Der Graben zwischen notwendiger Information und Kommentar einerseits und Desinformation und parteiischer Meinungsmache andererseits ist ja nur schmal — immer wieder wird er absichtlich oder versehentlich übersprungen.

In diesem Konzert der Meinungen hat ethisch fundierte Meinungsbildung, der sich die katholische Presse verpflichtet fühlt, eine wichtige Rolle. Ich will Ihnen nicht schmeicheln, aber ich weiß, daß die Bistumspresse, ihre „Kirchenzeitung“, heute noch für viele unserer katholischen Mitbürger ganz entscheidend zu ihrer Meinungsbildung beiträgt.

Lassen Sie mich zu Anfang ein Wort zur katholischen Militärseelsorge sagen. Ich habe mich in den ersten Monaten meiner Amtszeit bereits mit dem evangelischen und dem katholischen Militärbischof zu guten Gesprächen getroffen. Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Militärseelsorge ist bewährt und von Vertrauen getragen. Mir liegt daran, diese Zusammenarbeit kontinuierlich fortzusetzen und auszubauen. Es geht dabei um den Menschen, der für den Seelsorger, für die Kirchen wie für die Bundeswehr im Mittelpunkt stehen muß. Die Sorge für den Menschen in seiner speziellen Lebens- und Berufssituation verbindet Bundeswehrführung und Militärseelsorge.

Es geht dabei um das Wohlergehen des einzelnen. Es geht aber auch um die so wichtige Frage nach der ethischen Legitimation des soldatischen Dienstes. Es geht auch um das, was wir als das „menschliche Gesicht der Bundeswehr“ bezeichnen.

Ich begrüße es auch, daß in der Militärseelsorge nicht nur Pfarrer und hauptamtliche Mitarbeiter sich für die Bundeswehr einsetzen. Freie Zusammenschlüsse evangelischer und katholischer Soldaten, wie die evangelische Corneliusvereinigung (CoV) und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), engagieren sich seit langem erfolgreich dafür, daß christliche Lebensauffassungen auch im soldatischen Alltag und im Dienst unserer Streitkräfte Verwirklichung finden. Zugleich sind sie in ihren Kirchen der Anwalt für den Beruf und Dienst des Soldaten — und solche Anwälte können wir gar nicht genug haben. Ge-

* Prof. Dr. Rupert Scholz hielt diese Rede am 28. September 1988 in Bonn

rade beim heutigen öffentlichen Meinungsbild brauchen wir Männer und Frauen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, die Sinn und Notwendigkeit des soldatischen Dienstes aus Überzeugung vertreten.

Die ethische Legitimation der Verteidigung ergibt sich aus der Verantwortung unseres Staates. Dieser Staat garantiert die unverzichtbaren Menschen- und Freiheitsrechte. Er ist den Grundwerten von Gesetz und Recht juristisch wie moralisch verpflichtet. Seine Macht ist beschränkt und kontrolliert. Er ist dem Wohl des einzelnen, der Würde des Menschen und der freiheitlichen Demokratie verpflichtet.

Dies ist die Grundlage der wohl bedeutendsten Wertentscheidung des Grundgesetzes: Garantie, Schutz und Entfaltung der Freiheit mit der Auswirkung, daß eine freie Gesellschaft unter liberalen, sozialen und demokratischen Lebensbedingungen leben kann.

Daß dies bis heute im Frieden geschieht — und wir Deutschen leben in der längsten Periode des äußeren Friedens seit dem Ende des deutsch-französischen Krieges von 1871 —, ist nicht selbstverständlich. Es beruht auf der Entscheidung für militärische Verteidigung, die von jeher zu den klassischen Befugnissen der Staatsgewalt gehört. Die rechtskräftige Begrenzung auf Verteidigung im Grundgesetz — damals ein Novum in der deutschen Geschichte — ist heute Selbstverständlichkeit.

Mit der Begrenzung auf Verteidigung und dem Verbot des Angriffskrieges wird im Grundgesetz der Friedenswille des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht. Unser Verzicht auf jeden Angriff ist zugleich eine Absage an den Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Es ist Kennzeichen und Leistung der freiheitlichen Demokratie, daß sie diese Entscheidung schon vor langer Zeit getroffen hat. Heute ist es sicherlich angebracht, von einer nachahmenswerten Vorleistung zu sprechen. Sie spiegelt sich in der Struktur der Streitkräfte, in der Ausrüstung und in der Ausbildung unserer Soldaten wider.

In der wehrhaften Demokratie ist Verteidigung Aufgabe aller. Gerade deshalb muß die Entscheidung für die allgemeine Wehrpflicht heute beinahe selbstverständlich erscheinen. Denn der innere Zusammenhang von Regierungssystem und Wehrform kann nur in der Zuordnung von Demokratie und Wehrpflicht zum Ausdruck kommen. Der Ausspruch von Theodor Heuss von 1949, „die allgemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie“, gilt unverändert.

Im Eid und im feierlichen Gelöbnis können sich unsere Soldaten guten Gewissens wiederfinden, denn sie können sich als Beschützer von Frieden und Freiheit verstehen. Nichts anderes will Verteidigung.

Die Wahrnehmung des Rechts auf sittlich erlaubte Verteidigung des äußeren Friedens schützt die Menschen vor der Hinnahme ungerechter Gewalt. Der Dienst des Soldaten schützt die Schwachen. Soldatischer Dienst ist Friedensdienst, und deshalb können wir getrost von „Soldaten für den Frieden“ sprechen. Soldatischer Dienst ist Dienst an der und für die Gemeinschaft. So sieht es auch das 2. Vatikanische Konzil.

Es ist bedauerlich, daß in bestimmten Kreisen der katholischen Kirche dieses Grundver-

ständnis abhanden zu kommen droht. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Katholische Junge Gemeinde und Pax Christi sind auf einem gefährlichen Weg. Noch stellen sie Einzelaspekte der Mitverantwortung des Bürgers in Frage, doch sind Tendenzen deutlich, unser gesamtes Staatswesen und unsere demokratische Gemeinschaft als kapitalistisch, menschen- und friedensfeindlich zu diffamieren. Der Weg führt deutlich weg von der Verantwortung für die Gemeinschaft und hin zu verantwortungsloser Individualität.

Wer die friedenserhaltende Abschreckung ohne Alternative ablehnt, wer dem Soldaten abspricht, Dienst am Frieden zu leisten, wer Kriegsdienstverweigerung als deutlicheres Zeichen christlichen Friedenswillens bezeichnet und als Konsequenz katholischen Glaubens fordert, der gefährdet nicht nur unsere demokratische Gemeinschaft. Ich habe auch meine Zweifel, ob er sich mit diesen Auffassungen noch auf die Lehren der katholischen Kirche berufen kann. Für mich jedenfalls ist nach wie vor einsichtig und zuverlässig, was das 2. Vatikanische Konzil erklärt hat: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Ich freue mich, daß die Kirchenleitungen und die Militärseelsorge diesen Stimmen deutlich entgegengetreten. Wir dürfen es nicht zulassen, daß unsere Soldaten aus ihrer Kirche ausgegrenzt werden.

Lassen Sie mich nun einige Worte zum Fortgang und Erfolg von Rüstungskontrolle und Abrüstung sagen.

Der große politische Erfolg des INF-Vertrages führt in unserer Öffentlichkeit, aber auch im politisch-parlamentarischen Bereich zu Erwartungshaltungen und Forderungen an die Rüstungskontrolle, denen sie jedoch nicht gerecht werden kann. Rüstungskontrolle ist nur ein Element unserer Sicherheitspolitik. Sie strebt die Erhöhung der sicherheitspolitischen Stabilität durch Begrenzung militärischer Potentiale und ihrer Fähigkeiten an. Internationale Krisen, die auch heute nicht auszuschließen sind, sollen letztlich beherrschbarer gemacht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind jedoch konkrete Forderungen an die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zu stellen.

Dies sind vor allem:

- Zweckmäßige, gleichgewichtige und wechselseitige Begrenzungen militärischer Potentiale.
- Die Einbindung der Begrenzungen in wirkungsvolle Verifikationsverfahren.
- Die Verhinderung der Festschreibung von Überlegenheiten und Ungleichgewichten.
- Und letztlich die Vermeidung von Zonen unterschiedlicher Sicherheit und Grauzonen bei bestimmten Waffensystemen.

Rüstungskontrolle muß:

- Zum Erhalt der strategischen Stabilität beitragen;
- die strategische und politische Einheit des Bündnisses wahren;

- die Kernelemente der auf Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Abschreckung zielenden Strategie erhalten;
- das Prinzip der Vorneverteidigung stützen;
- unsere Möglichkeiten wahren, die Strukturen, Ausrüstung, Ausbildung und Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte an den Verteidigungserfordernissen auszurichten und
- die Flexibilität zur Mobilisierung und Verstärkung unserer Streitkräfte in einer Krise erhalten.

Es ist für mich entscheidend, daß der Zusammenhang von gesicherter Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Abrüstung gewahrt wird. Dem dient das im Bündnis in Erarbeitung befindliche Gesamtkonzept für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Dieses Gesamtkonzept soll und wird keinen neuen sicherheitspolitischen Kurs des Bündnisses festlegen.

Seine Aufgabe ist es vielmehr, bewährte Konzepte und Zielvorstellungen zu einem in sich schlüssigen Ganzen zusammenzufügen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen mir Forderungen aus dem politisch-parlamentarischen Bereich und der Öffentlichkeit nach weiteren Null-Lösungen, nach Denuklearisierung Europas und Zonenkonzepten im nuklearen und konventionellen Bereich weder hilfreich noch sicherheitspolitisch verantwortbar. Wer will, daß Kriege in unserer Region ein und für alle Male unführbar bleiben, der muß dafür Sorge tragen, daß die erforderlichen Streitkräfte glaubwürdig ihren Zweck erfüllen können. Dies gilt für konventionelle und nukleare Waffen gleichermaßen. Beide müssen im ausgewogenen Verbund verfügbar sein. Damit das bewährte sicherheitspolitische Konzept der Allianz und die gesicherte Verteidigungsfähigkeit wirksam bleiben, müssen Mindestzahl, Reichweite, Zusammensetzung und Qualität nuklearer Waffen der Allianz in und für Europa neu festgelegt werden.

Das sicherheitspolitische Konzept der Allianz ergibt sich unverändert aus dem Harmel-Bericht von 1967. Es kann in folgenden Grundsätzen zusammengefaßt werden:

- Politische Solidarität und ausreichende militärische Stärke sind unverzichtbare Grundlage für eine Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, einschließlich Rüstungskontrolle und Abrüstung.
- Gesicherte Verteidigungsfähigkeit und eine Politik der Entspannung sind integrale Bestandteile einer auf mehr Vertrauen, Sicherheit und Stabilität gerichteten Politik. Sie ergänzen sich gegenseitig.

Dieses Grundkonzept wird auch noch über die Jahrhundertwende gültig sein.

Krieg kann insbesondere unter den Bedingungen der nuklearen Vernichtungsdrohung kein Mittel der Politik mehr sein. Ziel ist und bleibt die Kriegsverhinderung, die Erhaltung der Freiheit und die Bewahrung des Friedens. Die Erfindung der Kernwaffe läßt sich jedoch nicht mehr aus der Welt schaffen. Kernwaffen zwingen dazu, Konflikte auf rationale Weise und einvernehmlich zu lösen und nicht gewaltsame Lösungen zu Lasten anderer zu suchen.

Eine Abschaffung aller Atomwaffen in Europa ist mit der Sicherheit eines freien Europa nicht vereinbar. Nuklearwaffen sind maßgeblicher Garant dafür, daß Kriege in dieser Region ein für alle Male unführbar bleiben.

Angemessene konventionelle und nukleare Waffen in einem ausgewogenen Verbund sind tragende Elemente der Bündnisstrategie zur Kriegsverhinderung durch Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit.

Wir werden niemals angreifen, aber wir werden einem Angriff mit den notwendigen Kräften begegnen und dem Angreifer nicht die Initiative und den schließlichen Erfolg seiner Aggression zugestehen.

Bei nüchterner Betrachtung der Veränderungen in der UdSSR unter Gorbatschow müssen wir erkennen, daß das Ziel der Modernisierung der Sowjetunion nicht Liberalisierung um ihrer selbst willen oder gar Demokratisierung im westlichen Sinne ist. Sie dient vielmehr in erster Linie der Steigerung der Effizienz der Wirtschaft und der Staatsapparatur und damit der Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit des Sozialismus.

Gorbatschow beruft sich bei der Rechtfertigung seiner Reformen immer wieder auf Lenin. Die Grenzen sowjetischer Innen- und Außenpolitik werden also auch weiterhin durch die Ideologie des Marxismus-Leninismus und selbstverständlich durch die machtpolitischen Interessen der Sowjetunion als Supermacht bestimmt.

Politisch relevant und deshalb für uns besonders wichtig ist das noch stark verbreitete Bewußtsein der sowjetischen Führung, im Besitz der Wahrheit zu sein und schließlich zu dominieren. Die historische Notwendigkeit des Siegens des Sozialismus/Kommunismus über den Kapitalismus, wie sie unser System nennen, ist ein immer noch gültiger Glaubenssatz ihrer Ideologie.

Wir respektieren selbstverständlich die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und der anderen Warschauer Pakt-Staaten. Wir müssen aber verlangen, daß die Sowjetunion uns das gleiche Maß an Sicherheit zugesteht, das sie für sich selbst beansprucht. Hier kann es keine Zugeständnisse geben. Wir müssen objektiv feststellen, daß der Osten bei allen Abrüstungsvorschlägen pausenlos weiter aufrüstet.

Noch sind die Streitkräfte des Warschauer Paktes unverändert auf Angriff und Invasion ausgelegt.

Noch hat sich auch in der für uns entscheidenden Frage nach der Garantie der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker kaum etwas zum Positiven verändert.

Die jüngsten selbstkritischen Aussagen der sowjetischen Führung über ihre fehlorientierte Außen- und Militärpolitik der vergangenen 20 Jahre beweisen uns, wie richtig unsere eigene Sicherheitsvorsorge in der Vergangenheit war und für die Zukunft bleibt. Dieser Sicherheitsvorsorge dienen verteidigungsfähige Streitkräfte auch in der Zukunft.

Unsere Streitkräfte haben ihren festen Platz in unserem Staat und in unserer Gesellschaft. Sie genießen Anerkennung und erfahren unverändert hohe Zustimmung, wie wir aus re-

gelmäßigen Umfragen wissen. Es gibt unzählige Bekenntnisse zur Bundeswehr, es gibt die gemeinsame Erklärung des Generalinspektors mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Auf Kirchentagen wirken zahlreiche Soldaten mit, über 1000 Angehörige der Streitkräfte sind Mandatsträger in Parlamenten. Jedes Jahr treten über 200000 junge Männer ihren Dienst in den Streitkräften als Wehrpflichtige oder Zeitsoldaten an. Jedes Jahr leisten über 200000 Reservisten eine Wehrübung. Unsere Wehrpflichtigen kommen aus allen Gruppen unserer Gesellschaft und gehen nach ihrer Dienstzeit in ihren Beruf und ihre zivile Umwelt zurück. Die Bekenntnisse zur Bundeswehr und der ständige Austausch zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sind Garant für die Integration unserer Streitkräfte.

Dennoch dürfen wir nicht verkennen, daß es ernst zu nehmende Probleme gibt:

Die sicherheitspolitischen Zusammenhänge werden von Teilen unserer Bevölkerung nicht mehr erkannt. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Verteidigungsanstrengungen sinkt, die Bedeutung der Abschreckung als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens wird in Frage gestellt, bevor die Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung richtig begonnen haben.

Ich sehe auch Anzeichen dafür, daß die Bereitschaft nachläßt, Pflichten für unseren Staat zu übernehmen. Der Wunsch nach persönlicher Autonomie, nach Gebrauch und Genuß der Freiheitsrechte, gewinnt Raum gegenüber der bereitwilligen Übernahme von Bürgerpflichten. Gleichzeitig sehe ich aber auch, daß die jungen Menschen bereit sind, Pflichten in Beruf, Familie oder Vereinen zu übernehmen. Das heißt, nicht Pflichten generell, sondern staatlich verordnete Pflichten sind offensichtlich unpopulär. Dies trifft natürlich und besonders auch den Dienst in der Bundeswehr. Hier sehe ich eine große-erzieherische Aufgabe: Es gilt nicht nur den Gebrauch der Freiheit zu lehren, sondern auch die Bedingungen in das Bewußtsein zu rufen, die die freie Lebensgestaltung erst ermöglichen.

Das Grundgesetz bestimmt nicht nur die Wehrpflicht. Es gibt auch das Recht zur Verweigerung des Dienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen. Die Verweigerung aus anderen Gründen — sei es aus Bequemlichkeit, sei es aus Gründen anderer politischer Zielvorstellungen — ist aber ein Verstoß gegen den Geist unseres Grundgesetzes und den Solidaritätsanspruch des Gemeinwesens.

Es gibt auch Kritiker, die warnen vor einer „Militarisierung der Gesellschaft“. Sie begründen dies unter anderem mit dem Dienst von Frauen in den Streitkräften und der verstärkten Heranziehung von Reservisten. Diese Warnung halte ich für völlig unberechtigt.

Die Fakten:

Bisher konnten Frauen nur als approbierte Ärztin, Zahnärztin, Tierärztin oder Apothekerin in die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes eintreten. Künftig sollen sie Zugang zu allen Laufbahnen des Sanitätsdienstes erhalten. Über diesen begrenzten Einsatz hinaus ist die Verwendung von Frauen in den Streitkräften nicht vorgesehen. Wir haben damit den durch das Grundgesetz gegebenen Rahmen in vollem Umfang ausgeschöpft.

Reservisten spielen eine ganz entscheidende Rolle für unsere Verteidigung. 39000 sind

Teil des Friedensumfangs, fast 900 000 sind beordert, um die Bundeswehr auf ihren Verteidigungsumfang von 1,34 Millionen Soldaten zu bringen. Hinzu kommt eine zusätzliche Personalreserve. Im Verteidigungsfall würden neben jedem aktiven Soldaten drei Soldaten der Reserve stehen. Diese Reservisten müssen in regelmäßigen Wehrübungen in Übung gehalten werden. Dazu werden wir die Wehrübungsplätze bis 1992 schrittweise von heute 6600 auf rund 10000 erhöhen. Diese Steigerung klingt erheblich. Sie können sich ein besseres Bild machen, wenn ich diese Zahlen in einen anderen Rahmen stelle: Wir haben 1987 1,4% der männlichen deutschen Erwerbspersonen zu Wehrübungen herangezogen; 1995 werden es 2,1% sein. Noch zwei Zahlen zeigen die Relation auf: 1987 sind durch Wehrübungen 0,06% der Gesamtarbeitstage der männlichen Erwerbstätigen ausgefallen; 1995 werden es 0,09% sein. Im Vergleich dazu: Durch eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde fallen 1,27% der gesamten Arbeitstage aus.

Das Fazit ist für mich: Es gibt keine Militarisierung der Gesellschaft. Derartige Ängste sind aus meiner Sicht nicht begründet. Dem werden sicherlich auch diejenigen unter Ihnen zustimmen, die schon einmal an einer der vielen Seminarveranstaltungen teilgenommen haben, bei denen sich Kirchenvertreter beider Konfessionen und Bundeswehr begegnen.

Ich denke hier besonders an die Seminare, die im Zentrum Innere Führung in Koblenz regelmäßig durchgeführt werden. Sie bieten Informationen über die Konzeption der Inneren Führung, Sicherheitspolitik, Strategie und aktuelle verteidigungspolitische Fragen. Ich empfehle sie Ihrer Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren — ich danke Ihnen für Ihr Interesse an unserer Bundeswehr. Bitte treten Sie mit Ihren Mitteln auch weiterhin dafür ein, daß der Dienst unserer Soldaten die Achtung und Anerkennung findet, die er verdient.

Ich danke Ihnen.

Wallfahrten heute

Warum und wohin?

Uta Lenkewitz von Zahn

In den Ferien bin ich von meinen norddeutschen Freunden öfter gefragt worden: „Warum macht ihr eigentlich solche Wallfahrten? Wenn man eine schöne Kirche sehen will, kann man doch einfach direkt mal dahinfahren.“

Richtig. Aber wir wollen nicht nur einfach „so eine schöne Kirche“ sehen. Was wollen wir eigentlich? „Glaubt ihr wirklich, daß so ein besonderes Bild an einem besonderen Ort irgend etwas Besonderes bewirkt?“ Die Antwort müssen wir jedem selbst überlassen, wobei aber nicht zu vergessen ist, daß die Gnadenbilder oft über viele Jahrhunderte für ungezählte Gläubige der Ort waren, an dem Gott in ganz besonderer Weise erfahren wurde.

Das Ziel ist also für einen modernen Menschen offenbar nicht mehr das Wichtigste — um so mehr aber der Weg selbst. Die Tatsache, daß man sechs bis sieben Tage vorwiegend um der Religion willen unterwegs und zusammen ist, bildet ein Erlebnis ganz unverwechselbarer Art. Man hat sich entschlossen, eine Woche lang vorwiegend etwas für seine Seele zu tun — und das bekommt allen gut. Da der Tag durch Morgenandacht, Stationen unterwegs, gemeinsames Gebet, Lieder, aber auch durch gemeinsames Schweigen gegliedert und durchgeformt wird, kommt viel, was im Inneren vergraben und verschüttet war, wieder an die Oberfläche des Bewußtseins, kann auf dem Weg auch einmal besprochen werden, findet unerwartete Klärung.

Die äußeren Bedingungen tragen zur Konzentrationsfindung bei: Man hat keine größeren Sorgen als die, zum nächsten Quartier zu kommen; die Landschaft zieht im Schrittempo vorbei, sich abends ordentlich waschen zu können, ist eine unerwartete Wohltat; die Tatsachen, daß Regen und Hitze alle gemeinsam treffen, vermindert alle Übel erheblich, und die Anlässe zu Heiterkeit und Gelächter reißen nicht ab, auch wenn manche Füße wundgelaufen werden.

Dieses Mal wollen wir also eine Strecke im süddeutschen Raum durchpilgern. Wiblingen bei Ulm mit seinem kleinen, aber feinen Kloster bildet den Ausgangspunkt, wobei wir für die Münsterstadt durchaus auch Zeit haben werden. Dann geht es in nördlicher und nordöstlicher Richtung an Heidenheim vorbei zum Kloster Neresheim, wo uns eine der hinreißendsten Barock-Kirchen des ganzen süddeutschen Raumes erwartet. Über Lauchheim geht es von da in nordwestlicher Richtung zu unserem Ziel, der Wallfahrtskirche „auf dem Schöneberg“ über Ellwangen, einem herrlichen Beispiel des „Vorarlberger Barocks“, in dem in diesem Jahr das 350jährige Bestehen der Wallfahrt dort gefeiert wird. Wir bleiben dort zwei Nächte, um uns am Samstag nachmittag auch noch Dinkelsbühl ansehen zu können.

(Aus dem Pfarrbrief der Militärgemeinde Bonn)

Zu den ältesten Wallfahrtsorten zählt das Grab des Apostels Jakobus in Compostela an der Westküste Spaniens. Im Mittelalter führten wahre Pilgerströme zum Grab des Heiligen, so daß der Begriff „Jakobsstraße“ aufkam, eine Pilgerroute, die durch halb Europa führte. Auch in unseren Tagen nehmen viele Pilger die lange und beschwerliche Reise in Kauf: die meisten mit dem Auto, einige mit dem Fahrrad, wenige zu Fuß.

Auf Einladung des spanischen Soldatenapostolats nahmen 11 Angehörige der GKS an einer internationalen Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela vom 11.—24. Juli 1988 teil.

Zwei Soldaten aus unserer Militärgemeinde waren auch dabei.

Mit dieser Wallfahrt sollte ein weiterer Meilenstein gesetzt werden, auf dem Weg der „Rückkehr zu den Ursprüngen der christlichen Tradition des XI. Jahrhunderts: Wallfahrt zum Grabe des Hl. Jakob, Zeugnis ablegen vom Glauben; den Jakobsweg zurücklegen, den Weg der romanischen Kirchen, Klöster, alter Tempelburgen, den Weg der Pilgerheime.“

Von daher ist es verständlich, daß diese Soldatenwallfahrt publizistisches Interesse erregte, das sich in Zeitungsberichten und Radio-Interviews niederschlug, konnte sie doch als „Generalprobe“ für die nächstjährige Wallfahrt angesehen werden. Wenn der Papstbesuch einen noch größeren Zulauf erwarten läßt.

Die deutsch-spanische Pilgergruppe bestand aus etwa 30 Personen. Unter Führung des Generals Castrillo, des ehemaligen spanischen Militärattachés in Bonn und Initiators dieser internationalen Soldatenwallfahrt. Ihr schlossen sich zeitweise Kommandeure mit ihren Begleitoffizieren an, durch deren Kommando-Bereich die Gruppe marschierte. So u. a. auch der Befehlshaber der Militärregion Westliche-Pyrenäen in Burgos, Generalleutnant Cassinello Perez.

Marschiert wurde in bequemer Wanderkleidung; die Uniform war Veranstaltungen mit offiziellem Charakter vorbehalten. Das Gepäck wurde per Fahrzeug nachgeführt.

Als Pilgerweg war die Route von Najera (La Rioja) über Burgos nach Carrion de Los Condes (Castilla) ausgewählt worden, wobei die Tagesetappen 20—28 km betrugen. Wegen des sehr warmen Wetters brach die Gruppe stets frühmorgens, oft schon vor Sonnenaufgang, auf. Die Unterbringung in Schulen, Gemeindesälen, Scheunen, Pilgerräumen in Klöstern, aber auch in Kasernenanlagen und schließlich im Zeltlager der spanischen Armee bei Santiago machte den Bußcharakter einer Pilgerfahrt deutlich. Da war es gut, daß die Teilnehmer Schlafsäcke, Luftmatratzen, Isoliermatten o. ä. mitgenommen hatten. Auf dem Weg oder nach Erreichen des Etappenzieles blieb genügend Zeit, sich mit der christlichen Vergangenheit des Gastlandes zu befassen; alte, herrlich gelegene Klöster, versteckte Eremitagen, Kirchen mit Kostbarkeiten vieler Jahrhunderte — historische Schätze allerorten, deren Erhalt heute große finanzielle Sorgen bereitet.

Auch in entlegenen Klöstern ließen es sich die Patres nicht nehmen, mit uns den täglichen Gottesdienst zu feiern, bei dem wir dann immer wieder gern den Wunsch nach deutschen Liedern erfüllten.

Anfänglich machten sich fehlende spanische Sprachkenntnisse bemerkbar, doch wurden die Schwierigkeiten durch die Hilfe des deutschen Militärattachés in Madrid, Oberst i. G. Thiele — bis 1986 Sprecher der GKS Bonn —, und seiner Frau, die beide an der Wallfahrt teilnahmen, sehr gemildert, so daß mit wachsenden Verständigungsmöglichkeiten das kameradschaftliche Verhältnis innerhalb der Pilgergruppe bald einen herzlichen Charakter annahm.

Je näher wir unserem Ziel kamen, desto zahlreicher wurden die Scharen vor allem Jugendlicher, die auf dem Camino de Santiago, dem Jakobspilgerweg, meist zu Fuß oder mit dem Fahrrad — mit der Muschel des Hl. Jakob als Pilger ausgewiesen —, Santiago zustrebten. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Glauben wuchs dadurch unerwartet stark und löste ein Hochgefühl aus, das uns dann von Santiago aus nach Deutschland zurückbegleitete.

Was bleibt in der Erinnerung haften?

Der Marsch über die herrlich weite und offene Hochebene Kastiliens? Die überwältigende Gastfreundschaft der spanischen Bevölkerung? Der Feldgottesdienst mit anschließendem Abend am Lagerfeuer im Zeltlager inmitten Hunderter spanischer Soldaten, die auf den verschiedenen Pilgerrouen heranmarschiert waren?

Der eindrucksvolle Schlußgottesdienst mit dem Bischof von Santiago und dem spanischen Militärbischof in der Kathedrale von Santiago? Die vielen stillen, fruchtbaren Stunden einer Pilgerreise, die gemeinsamen Gebete der Pilgerreise?

Santiago de Compostela und sein Camino sind eine Pilgerreise wert, vielleicht einmal mit dem Fahrrad?

Auf Pilgerwegen

Christian Dewitz

Obwohl dieser Papst in seinem Wappen das große „M“ und die Worte „Totus tuus“, „Ganz der deine“ trägt und so schon auf seine ganz besondere Marienverehrung aufmerksam macht, kam doch seine Ankündigung in der Neujahrspredigt zu Beginn des Jahres 1987, zwölf Monate — von Pfingsten an bis Maria Himmelfahrt 1988 — zum „Marianischen Jahr“ bestimmen zu wollen, überraschend.

In der katholischen Kirche erinnert man sich nur eines einzigen „Marianischen Jahrs“, Papst Pius XII. rief es 1954 zur Hundertjahrfeier des Dogmas von der Unbefleckten Empfängnis Mariens aus. Papst Johannes Paul II. konnte sich eines derartigen Jubiläums nicht bedienen. Statt dessen kann er aber auch auf ein weltweites Wiedererwachen der Marien-

verehrung verweisen, die zahlreichen Wallfahrten zu den Marienwallfahrtsorten sprechen dafür eine beredte Sprache.

Und diejenigen Kritiker, die bei Ankündigung eines „Marianischen Jahres“ fürchteten, der Papst könne mit seinem Engagement für die „Königin Polens“ gar der Ökumene schaden, übersahen, daß selbst auf protestantischer Seite das Interesse an Maria ständig wächst. Eindrucksvoll bestätigte dies beispielsweise die Soldaten-Fußwallfahrt nach Altötting, die alle zwei Jahre stattfindet und heuer im Sommer zum 15. Mal von der Katholischen Militärsorge organisiert wurde.

Beeindruckend ist nicht nur, daß sich von Fußwallfahrt zu Fußwallfahrt mehr junge Soldaten im Zeichen der Marienverehrung zur Gewalttour nach Altötting formieren.

Sie tun dies freiwillig, die katholischen Dienstgrade wie die evangelischen Kameraden. Denn bei jeder dieser Wallfahrten nimmt die Zahl der protestantischen Teilnehmer zu, dies beeindruckt ebenso.

„Totus tuus“, „Ganz der deine“ — Soldaten im „Marianischen Jahr“ auf dem Pilger-Weg nach Altötting

Zwei Fragen und ein guter Ratschlag. Diese drei haben sich elf Kilometer vor Vilsbiburg in meinem Kopf eingenistet. Trete ich mit dem linken Fuß auf, werde ich gefragt: „Bringen Sie die Bereitschaft mit, eine Wallfahrt mit Gebet und Mühe auf sich zu nehmen?“, der rechte Fuß tritt den Asphalt: „Sind Sie körperlich in der Lage, einen Fußmarsch über 3 Tage durchzuhalten?“, der linke Fuß setzt auf: „Überlegen Sie genau die Wahl ihrer Schuhe...“. Der rechte Fuß ist an der Reihe... Gesang reißt mich aus meinem monotonen Gedankenspiel: „Großer Gott, wir loben Dich...“, höre ich und versinke gleich darauf wieder in Grübeleien. Heute noch elf Kilometer, elf Kilometer nur noch... Und bei jedem weiteren Schritt schmerzen die ersten Blasen immer mehr.

Die Sonne brennt heiß vom bayerischen Himmel herab. Goldgelbe Raps-Felder, inmitten tiefgrüner Wiesen ausgebreiteten Teppichen gleich, blenden. Meinem Vordermann rinnt der Schweiß in Bächen den Rücken hinab, sein Hemd verrät es. Mir geht es nicht viel besser, Schweiß brennt in meinen Augen, die Uniform will am Leibe kleben bleiben. Kein Wind. Keine Kühlung. Wieder pochen in mir Ratschlag und Fragen zum Takt meiner Schritte: „Sind Sie körperlich in der Lage, einen Fußmarsch...“ Schau net dauernd 'nunter. Kopf hoch, Bub! Sing' und bet' doch laut mit!“ zischt mich jetzt mein Nebenmann an. Ja, mitbeten und mitsingen, denk' ich, das wird mir helfen: „Großer Gott, wir loben Dich...“

Zum 15. Mal führte in diesem Jahr die Katholische Militärfürsorge im Bereich der 4. Panzerdivision (Regensburg) ihre schon zur Tradition gewordene Soldatenwallfahrt nach Altötting durch.

Mehr als 400 Soldaten hatten sich zu dieser Veranstaltung, die alle zwei Jahre stattfindet, angemeldet — Katholiken (unter ihnen zahlreiche GKS-Mitglieder) und auch etliche evangelische Pilger.

Marschiert wurde, wie in den Vorjahren auch, in zwei Gruppen. Von Ergoldsbach machten sich Soldaten der Standorte Regensburg, Weiden, Amberg, Kümmerbruck, Hemau, Pfreimd und Oberviechtach auf den langen und beschwerlichen Weg. Die „Bayerwaldler“, uniformierte Pilger aus Kötzing, Cham, Roding und Neunburg, brachen zur Wallfahrt nach Altötting von Feldkirchen auf. Drei Tage später sollten sich beide Gruppen auf die vorausberechnete Minute genau zum Einmarsch nach Altötting vor den Toren der Stadt treffen und formieren. Alle Wallfahrer waren rechtzeitig von Militärdekan Pater Roland Stemmler daran erinnert worden, daß die Marschstrecke — 90 Kilometer über Straßen, Feld- und Waldwege — alles andere als ein „Sonntagsspaziergang“ sein würde: „Bringen Sie die Bereitschaft mit, eine Wallfahrt mit Gebet und Mühe auf sich zu nehmen? Pater Stemmlers fürsorgliche Fragen galten dem Gefreiten ebenso wie dem General — auch der Chronist war von ihm stirnrunzelnd befragt worden: „Sind Sie körperlich in der Lage, einen Fußmarsch über drei Tage durchzuhalten?“ Manch einer der Pilger sollte die richtige Antwort erst auf dem Weg nach Altötting finden.

Die Füße vor dem Start mit Hirschtalg einreiben. Diesen seelsorgerischen Rat hatte der Militärseelsorger vor dem Abmarsch in Ergoldsbach auch für Generalmajor Kurt Barthel parat. Der Kommandeur der 4. Panzergrenadierdivision marschiert jetzt an der Spitze „seiner Männer“. In erster Wallfahrer-Reihe, direkt hinter dem hohen Kreuz, das abwechselnd von den Soldaten getragen wird — 90 Kilometer, bis vor den Hochaltar in Altöttings Basilika. Wir brauchen dem Zeichen Gottes nur zu folgen, über Bundesstraßen, durch Städte und Dörfer, hinein in Wälder, vorbei an endlosen Feldern, immer unter azurblauem Bayernhimmel.

Soeben haben wir Rast gemacht, ziehen schon wieder weiter, immer dem Kreuz hinterher. „Wissen Sie, was mich vorhin während der Marschpause so gefreut hat?, will der General von mir erfahren. Wir stapfen eine Anhöhe hinauf. Kommandeur und Wallfahrer Barthel atmet schwer: „Immer wieder muntert mich einer meiner Soldaten auf. Da fällt der Weitermarsch leichter.“ Warum er mit nach Altötting geht? Auch das verrät mir der ranghohe Offizier: „Ja, es sind persönliche, religiöse Motive, und das Gebet für den Frieden.“

Wallfahrt, so definiert die Amtskirche, ist eine Übung der Buße und Liebe, die dem ganzen Leben erneut die Ausrichtung gemäß dem Evangelium Jesu Christi geben will. Eine Pilgerfahrt ist auch heute noch, im Zeitalter moderner Transportmittel, eine der augenfälligsten Bußübungen. 1959 fand die erste Soldatenwallfahrt nach Altötting statt — damals erreichten die Bundeswehr-Pilger ihr Ziel mit der Bahn. „Buße“, so sollten sich Jahre später die Veranstalter an die alten Forderungen erinnern, „augenfällige Buße ist auch eine Sache der Unbequemlichkeit.“ 1967 gingen dann — Rückbesinnung auf das Ursprüngliche — Soldaten erstmals auf Schusters Rappen zur Madonna nach Altötting.

Unser Wallfahrer-Ziel liegt zum Greifen nahe. Wir sehen schon den ganzen Turm der Basilika. Die Knochen schmerzen, Sehnen protestieren stechend bei jedem Schritt, die Fußsohlen brennen wie Feuer, wundgelaufene Stellen verführen zum Hinken. Wir aber sin-

gen und marschieren im Gleichschritt, das lenkt von irdischen Qualen ab. Altötting nimmt endlich Gestalt an, schon schimmern uns rötliche Dächer grüßend entgegen, ist die Stadtmauer aus der Ferne zu sehen, hören wir helles Glockengeläut aus der alten Stadt.

Ich bin überzeugt, daß die meisten Soldaten diese Wallfahrt aus innerer Überzeugung, aus religiösen Beweggründen mitmachen“, antwortete mir nach dem Abschlußgottesdienst am Wallfahrer-Ziel Roland Stemmler. Gefragt hatte ich den Militärseelsorger, warum alle zwei Jahre wieder Soldaten die Strapazen solch einer dreitägigen Fußwallfahrt auf sich nehmen.

Ein junger Soldat hatte uns zugehört, Alexander Kuchinka heißt der Gefreite. „Ist doch klar, warum wir nach Altötting pilgern. Wegen der Mutter Gottes!“

Und auch Hans Bognitschar, Berufssoldat im Bayerischen Wald und in seinem Standort engagiertes GKS-Mitglied, läßt keinen Zweifel am Sinn seiner erlebt und erlittenen Bußübung aufkommen. Er hat nicht zum erstenmal den Weg nach Altötting „gepackt“ und kennt den Lohn aller Mühen genau. „Die Ankunft an der Basilika, das ist ein unbeschreibliches Gefühl“, erklärt der Soldat aus der Pfingsttritt-Stadt Kötzing. „Nur, in diesem Jahr war es halt was ganz Besonderes, es war halt das ‚Marianische Jahr‘ für uns.“

Pilgerfahrt nach Rom

Albert Goll

Kirche, Kunst und Katakomben — Sonthofener Militärgemeinde auf den Spuren der ersten Christen in Rom

Anhaltender Sonnenschein und 30 Grad im Schatten brachten die Pilgergruppe der Sonthofener Militärgemeinde ganz schön ins schwitzen, als sie unter der Leitung von Militärpfarrer Max Hieble und Pastoralreferent Josef Hofmann das kirchliche und kaiserliche Rom erpilgerte. Neun Tage lang war die Pilgerschar in der „ewigen Stadt“ größtenteils „per pedes apostolorum“ unterwegs, zumal das Pilgerheim unweit des Petersplatzes lag. Ein Besuch an den Wirkungsstätten des Ordensgründers Benedikt in Monte Cassino und des Hl. Franziskus von Assisi rundete das Romprogramm ab.

Nach der nächtlichen Busfahrt über die Alpen und den Apenin konnten die Pilger sich vor den Toren Roms bei einem Frühstück stärken und die italienischen Sprachkenntnisse unter Beweis stellen (wie bestellt man auf allgäuerisch-schwäbisch „zwei Hörnla“?). Beim ersten Anblick des Petersdoms ging ihnen dann mit dem Lied „Ein Haus voll Glorie schauet...“ spontan Herz und Mund auf. Trotz der Reisestrapazen ließ es sich keiner nehmen, den anschließenden Vormittag im größten Gotteshaus der Welt zuzubringen. Und dann ging es erst richtig los. Neben dem Petersdom waren auch die drei anderen päpstlichen Hauptkirchen zu besuchen; die Lateransbasilika, St. Paul vor den Mauern und St. Maria Maggiore; daneben mindestens noch ein halbes Dutzend anderer sehenswerter Kirchen, die einfach „so am Wege lagen“. Die Wege dorthin führten natürlich über welt-

bekannte Straßen und Plätze, vorbei an nicht weniger bekannten Palästen und Brunnen: Piazza Navona, Piazza Venezia, Via del Corso, Spanische Treppe, Fontana di Trevi.

Ein Gotteshaus besonderer Art tat sich für die Pilgergruppe auf, als sie in den Katakomben des St. Callisto zwölf Meter unter der Erde und mitten zwischen den Gräberzellen einen Gottesdienst feierte. Aber auch hier kam man kaum zur Ruhe, denn die nächste Gruppe wartete schon.

Der ortsansässige Stadtführer, ein Theologiestudent aus Bamberg, konnte beweisen, was er gelernt hat. In den Vatikanischen Museen, in der Sixtinischen Kapelle und in den vielen anderen Kirchen wußte er nicht nur monumentale Meisterwerke, sondern auch Kleinode kunsthistorisch und theologisch zu erläutern. Darüber hinaus hat er der Pilgergruppe gezeigt, wie der geniale Architekt und Bildhauer G.L. Bernini unter der Ägide des Barberini-Papstes Urban VIII. das Gesicht Roms nachhaltig geprägt hat. Unvergesslich bleibt auch seine Führung durch das antike Rom mit Kapitol, Forum Romanum, Palatin, Thermen und Colosseum.

Den sonntäglichen Angelus auf dem Petersplatz mußten sich die Pilger als Radioübertragung anhören, weil der Papst in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo weilte. Aber bei der Generalaudienz konnten sie ihn dann leibhaftig erleben; einige durften sogar einen Händedruck mitnehmen. Beeindruckend war das demonstrative Auftreten der großen Zahl an polnischen Pilgern.

Zwischendurch war natürlich auch Erholung und leichte Kost geboten beim Besuch des Flohmarktes in Trastevere und in den Weinschenken von Frascati.

Nicht weniger beeindruckend war der Besuch des wiederaufgebauten Stammklosters der Benediktiner in Monte Cassino und der rund herum angeordneten Soldatenfriedhöfe. In Assisi konnte Franziskanerpater Georg (aus Lagerlechtsfeld) Leben und Werk des Hl. Franziskus und der Hl. Klara den Pilgern nahebringen. Mit Gottesdiensten in der Portiunkula-Kirche und am Grab des Hl. Franziskus schloß die anstrengende, beeindruckende, ergreifende, aber alles in allem schöne Pilgerreise ab.

PS.: Der Vorbereitung einer solchen Pilgerfahrt auf die Geschichte dienen die Veröffentlichungen der GKS: „Rom-Seminare-Kirche im Wandel der Zeit“, Buch I und II.

Erzabtei St. Ottilien

Wir Missionsbenediktiner von St. Ottilien laden junge Männer ab ca. 17 Jahren ein, mit uns zu leben, um unsere Gemeinschaft und unseren Klosteralltag kennenzulernen.

Die „Tage im Kloster“ bieten auch die Möglichkeit, in Gebet und Arbeit, in Unterweisung und Gespräch Hilfe und Orientierung für die eigene Lebensgestaltung zu finden.

Diese Kurse finden in Gruppen mit ca. 10 Teilnehmern statt; Beginn und Ende ist jeweils der Nachmittag des erst- bzw. letztgenannten Tages.

Termine:

26. Dezember 1988 bis 1. Januar 1989
27. März 1989 bis 2. April 1989
9. Juli bis 16. Juli 1989
3. September bis 10. September 1989
26. Dezember 1989 bis 1. Januar 1990

Anmeldung und Rückfragen an:

Br. Willibrord Driever OSB
Erzabtei
8917 St. Ottilien
Tel.: (08193) 711

Romwallfahrt mit den Augen der Jugend

Sascha Mroß

Die von der katholischen Militärseelsorge in Flensburg organisierte Pilgerfahrt nach Rom vom 10. Oktober bis zum 18. Oktober 1988 hat meiner Meinung nach nicht nur bei den Erwachsenen sehr guten Anklang gefunden, sondern auch bei der Jugend. Zu der Jugend ist zu sagen, daß wir, die Jugendlichen, mit einer Anzahl von 12 Teilnehmern in der klaren Minderheit gegenüber den Erwachsenen waren, uns aber trotzdem während der gesamten Fahrt sehr wohlfühlten. Anfangs fiel es zwar ein wenig schwer, sich untereinander kennenzulernen, doch als man sich dann miteinander bekanntgemacht hatte, war es, wie man so sagen könnte, ein stets gut amüsierter Haufen.

Am 10. Oktober 1988 ging es los. Es war eine lange Zufahrt bis Rom, und dank der guten Organisation von Herrn Thye, dem Leiter der Gruppe, erhielt ein Teil der Jugendlichen ein separates Abteil und hatte so die Gelegenheit, sich schon während einer langen Fahrt kennenzulernen. In Rom angekommen, wurden wir zuerst zu den Bussen gebracht, die die in zwei Gruppen eingeteilten Teilnehmer zu den jeweiligen Häusern fuhr. Alle Jugendlichen waren „in der ewigen Stadt“ in einem Haus untergebracht. So bekamen wir die Gelegenheit, viele Sachen innerhalb der Jugendgruppe zu unternehmen. Das erste, was nach dem Bezug der Zimmer gemacht wurde, war die Erkundung der naheliegenden Umgebung (z.B. Petersplatz). Dann, am Nachmittag, war die Besichtigung des gigantischen Petersdoms fällig. Auch die nächsten Tage verliefen ähnlich, d.h. viele Kirchenbesichtigungen, im Anschluß daran folgte ein Gottesdienst in einer davon. So verlief ein Teil der Zeit, doch jedem war auch viel Freizeit gewährt, in der einige z.B. zu den Spanischen

Treppen gingen oder durch die Einkaufsstraßen bummelten. Am Samstag war es dann soweit, daß unsere Wallfahrt von Rom nach Assisi weiterführte. Auf der Fahrt nach Assisi hieß es, daß wir am Ortseingang von einem Transportwagen, der die Koffer befördern sollte, abgeholt werden sollten, doch als wir ankamen, verbreitete sich ein allgemeines Gelächter, denn anstatt eines großen Transportwagens stand nach italienischen Verhältnissen ein Pkw der Marke Fiat da. Die gesamte Pilgergruppe wurde auf drei Hotels verteilt, was jedoch sowohl für die Jugendlichen als auch für die Erwachsenen weniger dramatisch war, denn die Hotels waren nicht sehr weit voneinander entfernt. Auch diese zwei Tage verliefen ohne weitere Aufregungen, bis bekannt wurde, daß wir wahrscheinlich mit Bussen die Rückkehr antreten müßten, da die italienische Bahn mal wieder streikte. Glücklicherweise kam es dann doch nicht so, und nach einem Zwischenstopp in Florenz hieß es dann „Ciao, Ciao bella Italia“. Als wir dann in München waren, verkündete der Gruppenleiter, daß wir den letzten Zug nach Deutschland erwischt hatten, bevor der Streik in Italien begann.

Aus der nahen und fernen Welt

Die AKS-Herbstkonferenz 1988

Michael Haubl

Die diesjährige AKS-Herbstkonferenz fand zugleich mit der Pastoralkonferenz der Militärseelsorger in der Zeit vom 26. bis zum 30. September im Bildungshaus Subiaco in Kremsmünster, Oberösterreich, statt.

Unter der Leitung von Militärgeneralvikar Prälat Josef Leban besprachen etwa 20 Militärseelsorger die anstehenden Fragen in ihrem Bereich. Bei der Erstellung des Tagungsprogramms war versucht worden, solche Themen zu wählen, die für beide Tagungen ein hohes Maß an Gemeinsamkeit haben.

Divisionär Karl Majcen, der Präsident der AKS, wies zu Beginn der Tagung auf diese Zielsetzung hin und betonte die enge Verbindung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten als „Katholische Aktion der 10. Diözese“ mit den Militärseelsorgern.

Von der GKS nahm der Bundes-Ehrenvorsitzende Obst i. G. Georg Heymen an der Herbstkonferenz teil.

Für den gemeinsamen Teil der Tagungen waren als Themenschwerpunkte „Franz Jägerstätter und das NS-Regime“ und „Militärseelsorge in Gegenwart und Zukunft“ vorgesehen.

Der am 9. August 1943 hingerichtete oberösterreichische Bauer Franz Jägerstätter und der aus seinem Glauben entstandene Konflikt mit dem damaligen Regime waren seit etwa 1970 immer wieder Anlaß zu Publikationen. Einer breiten Öffentlichkeit wurde Franz Jägerstätter durch den Film von Axel Corti bekannt. In der Diskussion darüber zeichnete sich auch eine Bestrebung ab, ihn ausschließlich auf das Faktum der Wehrdienstverweigerung zu reduzieren. Der hervorragende Vortrag von Rat Dr. Berger zeigte das jahrelange Ringen dieses Bauern aus St. Radegund um seine Gewissensbildung, der trotz einer nur achtklassigen Volksschulbildung in seinen Schriften theologische Aussagen zu Lebensfragen trifft, die eine überdurchschnittliche Kenntnis der heiligen Schrift und hohe Urteilsfähigkeit beweisen.

Die AKS hat aus der Sorge um ein einseitig gezeichnetes Bild eine Stellungnahme formuliert, die eine umfassendere Sicht auf diesen vorbildlichen Christen zum Ziel hat und auf die manchmal zu wenig herausgestellte Auffassung Jägerstätters hinweist, daß Österreich 1938 sehr wohl ein Recht auf Verteidigung gehabt hätte! Jägerstätter bezieht sich mehrfach auf die Ungerechtigkeit des NS-Regimes als Grund für seine Weigerung, den Wehrdienst zu leisten. Dabei hat er sich sein Urteil erst im Lauf der Zeit (er hatte bereits die Ausbildung in der deutschen Wehrmacht absolviert!) gebildet. Für ihn waren die Kriegsziele nicht „ideelle“, sondern zu verurteilende materielle.

An diesem Vortrag nahmen auch der Linzer Diözesanbischof Maximilian Aichern und sein Generalvikar Mag. Josef Ahammer teil.

Der Militärbischof von Österreich Dr. Alfred Kostecky zeichnete diese Tagung gleichfalls durch sein Interesse aus, war doch das Thema Militärseelsorge das zweite zentrale Thema dieser Tagung. Zwei Referate behandelten die völkerrechtlichen und innerstaatlichen Aspekte der Militärseelsorge. Die Referenten, Gesandter Dr. Kussbach vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Ministerialrat Dr. Rauter vom Bundesministerium für Landesverteidigung, zeigten auf, daß zwischen dem Bereich des Völkerrechts und der rechtlichen Entwicklung der Militärseelsorge Beziehungen bestehen, die oft übersehen werden. Der Militärseelsorger sollte auch seinerseits im Unterricht beitragen, die Bestimmungen des Völkerrechtes bekannt zu machen, führten doch zum Beispiel christliche Vorstellungen zur Gründung der Gesellschaft vom Roten Kreuz durch Henry Dunant.

Das Referat des Herrn Militärbischofs brachte eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage der Militärseelsorge in Österreich, gab eine kurze Darstellung der Intentionen des Heiligen Vaters, wie sie beim Ad-Limina-Besuch der österreichischen Bischöfe und beim Besuch des Papstes in Österreich erkennbar wurden, und ging auf einige der gegenwärtig in der Öffentlichkeit diskutierten Probleme ein.

Die Tagesordnung der AKS-Herbstkonferenz sah für ihren Bereich solche Themen vor, die die Beratung und Beschlußfassung durch die Delegierten aus allen neun Bundesländern erforderlich machen. Dazu gehörten unter anderem die Stellungnahmen und Beiträge der AKS zum Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe, die Überlegungen zur Beteiligung an der convocatio (auch als „Friedenskonzil“, konziliarer Vorgang bekannt). Oberst i. G. Heymen berichtete zu diesem Thema über die bisherige Entwicklung und den gegenwärtigen Stand in der Bundesrepublik Deutschland. Im kommenden Jahr ist ein Treffen der europäischen Delegationen in Basel vorgesehen.

Ein weiterer Punkt war das Thema Bildung im Bereich der Laienarbeit. Hier brachten die Gespräche einige weiterführende Gedanken — es ist sicher kein Zufall, daß dieses Thema zur Zeit auch in der Katholischen Aktion behandelt wird. Wie der geistliche Assistent des Akademikerverbandes Wien erst kürzlich in einem Artikel ausführte, ist das Wort von einer „Neuevangolisierung“ wieder da!

Wenn heute das Gespräch über Belange der Militärseelsorge und der Landesverteidigung auch mit manchen jungen Priestern bereits schwierig geworden ist, ist dies zum Teil auch auf mangelnde Vorstellungen über diesen Bereich zurückzuführen.

Die im Konkordat vereinbarte Befreiung der Priester vom Wehrdienst ist aus heutiger Sicht für die Belange der Landesverteidigung insofern ungünstig, als dadurch der tatsächliche Wissensstand und damit auch das Verständnis dafür zu gering ist. Hier bleibt nur der Weg, wenigstens eine Information über die Militärseelsorge und ihre Aufgaben im Rahmen der Gesamtlandesverteidigung in der Ausbildung zum Priester zu erreichen.

Am Schluß der Tagung besuchten die Teilnehmer das Benediktiner-Stift Kremsmünster. Nach der Begrüßung durch den Abt, Dipl. Ing. Oddo Bergmair, führte der langjährige Novizenmeister in die benediktinische Lebensweise ein. Die Führung durch das Stift zeigte nicht nur die Schönheiten dieses Bauwerkes, sondern auch, wie hier Geschichte manifest wird.

Im Dienst der deutschen Sprache und Kultur

Professor Dr. Franz Giet, SVD von der Fu Jen University in Taipei (Taiwan)

Dialektforschung der chinesischen Sprache

Veröffentlichung deutscher Literatur auf Taiwan

Wolfgang Altendorf

Er machte chinesische Studenten mit der deutschen Sprache, der deutschen Literatur bekannt, übte mit ihnen Theaterstücke von Lessing, Schiller, Hofmannsthal, Curt Goetz, Max Frisch, Dürrenmatt, Günter Eich, Max Mell und vielen anderen ein und inszenierte sie in 29 Theaterabenden. Er publizierte Erzählungen moderner deutscher Autoren in Deutsch und Chinesisch und richtete schon 1963 für das College of Foreign Languages der Fu Jen University auf Taiwan ein Sprachlabor ein, das er bis heute mit hochmodernen Geräten ausstattete. Bereits in den Jahren 1937 bis 1947 hatte er die verschiedenen nordchinesischen Dialekte und ihre Eigenarten studiert und in geographischen Dialektkarten eingetragen und sodann die Ergebnisse in wissenschaftlichen Abhandlungen veröffentlicht. Der Titel seiner Dissertation (Bonn 1950) lautete: „Zur Tonität nordchinesischer Mundarten“; er promovierte mit den Noten „Egregia“ und „Summa cum laude“ — den höchsten von der Universität zu vergebenden Auszeichnungen.

1951—1963 Professor in Japan; Gründung der Universität in Taipei 1963

Infolge der politischen Ereignisse in China, der auch die Fu-Jen-Universität in Peking zum Opfer fiel, verbrachte Franz Giet zwölf Jahre an der Nanzan-Universität in Nagoya (Japan), wo er 1952 das für Japan erste Sprachlabor einrichtete. Bereits 1960 plante Nationalchina die Wiedereröffnung der traditionsreichen Fu-Jen-Universität auf Taiwan (Formosa) und berief Professor Giet, mit dem Auftrag, Pläne für ein Sprachlabor auszuarbeiten. In diesem Auftrag unternahm er 1962 eine Studienreise durch die USA, England, Holland und Frankreich, auf der er Informationen über Neuerungen und Techniken von Sprachlabors sammelte. Er besuchte dabei mehr als 70 Institute. Am 31. Januar 1963 kehrte er nach Taiwan zurück, wo im Februar mit der Errichtung der Universität in Taipei begonnen wurde. Die anfänglich sehr schwierigen Gelände- und Raumverhältnisse erschwerten die Startbedingungen, als endlich im Oktober 1963 mit dem Unterricht für 518 Studenten begonnen werden konnte. Da noch keine Wohnheime existierten, mußten die Studenten häufig weite Strecken in Kauf nehmen bei der täglichen An- und Rückreise.

Sprachlabor mit 180 Kabinen

Heute umfaßt der Campus der Fu-Jen-Universität auf Taiwan 35 Hektar und ist dicht mit imposanten Baulichkeiten besetzt. 15000 Studenten und Studentinnen besuchen in sechs Fakultäten mit über 30 Abteilungen die Vorlesungen. Professor Dr. Franz Giet betreute von 1963—1981 als Direktor das von ihm entworfenen und ständig ausgebauten Sprachlabors (180 Sprachkabinen) mit Tausenden von Schallplatten, Tonbändern und elektronischen Geräten; zudem war er in den ersten drei Jahren Chef der deutschen Abteilung, schließlich von 1969 bis 1979 gleichzeitig auch der Direktor der Graduate School of Linguistics. Von 1972 an begann Giet mit Publikationen deutscher Literatur, hauptsächlich, für den Deutschunterricht chinesischer Studenten, darunter eine „Anthologie deutscher Gedichte vom Barock bis zur Gegenwart“ mit 190 von ihm ausgewählten Gedichten. Diese Anthologie wurde gleichzeitig auch ins Chinesische übersetzt und publiziert und zusätzlich auf sechs Tonbändern von ihm gesprochen. Sehr intensiv sprachbildend erwiesen sich gerade seine dramatischen Inszenierungen mit den Aufführungen durch die Studenten.

Moderne deutsche Kurzerzählungen in chinesischer Sprache

Er brachte zuletzt eine Sammlung von 35 modernen Kurzerzählungen heraus, unter anderem von Helmut Hohrain, Erich Kästner, Ruth Michaelis, Marie-Luise Kaschnitz, Werner Bergengruen. Auch diese Geschichten erschienen einmal in Deutsch für den Gebrauch im Deutschunterricht chinesischer Studenten, zum anderen in Chinesisch unter dem Titel „Gelebte Liebe“ bei einem der angesehensten Verlage in Taipei. Die vierte Auflage wird gegenwärtig vorbereitet. Eine weitere Sammlung befindet sich in der Übersetzung — ein Beweis des Anklanges, den deutsche Literatur im ostasiatischen Raum gegenwärtig findet.

Professor Giets Lebenswerk diene und dient der Humanisierung des Menschen, seine Bemühungen dem Frieden und der Verständigung über die Sprache, als eines der wesentlichsten Instrumente in der Forcierung humanitären Ausgleichs auf dieser Erde. Seine Verdienste sind gerade hier unschätzbar und bisher noch kaum recht von deutscher Seite in ihrem Umfang gewürdigt.

Ein reiches Leben

Professor Dr. Franz Giet, SVD wurde 1902 geboren, befindet sich also im 86. Lebensjahr. Von 1915 bis 1930: Gymnasium, Philosophie und Theologie in den Anstalten der SVD, 1930 Priesterweihe und Tätigkeit als Landmissionar in China.

1934 Lehrer in Tsining, Shantung, 1945 Lehrer auf der Fu-Jen-Mittelschule in Peking, 1937—1947 Erforschung nordchinesischer Mundarten, 1947—1950 Studium in Zürich, Hamburg und Bonn in Phonetik und Dialektgeographie.

Von 1950—1951 Aufenthalt in den USA, bis 1963 Professur an der Nanzan-Universität in Nagoya, Japan, seit 1963 Professur an der Fu-Jen-Universität, Taiwan.

1984 wurde Professor Dr. Franz Giet für seine Leistungen an der Fu-Jen-Universität vom Erziehungsministerium auf Taiwan mit hoher Auszeichnung bedacht.

Das Homeland Kangwane will weder zu Swaziland noch die Unabhängigkeit

Enos J. Mabuza: Mittler zwischen schwarzer Hoffnung und weißer Angst

Karl Breyer

Der schwarze Politiker Enos J. Mabuza wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Bezeichnung, der Homelandführer des Bantustans Kangwane zu sein. In Gesprächen mit Journalisten hat der jetzt 49jährige ehemalige Schulinspektor immer wieder betont, daß er ein Bürger Südafrikas ist und kein Interesse daran hat, dem benachbarten unabhängigen Königreich Swaziland einverleibt zu werden oder eine fragwürdige Unabhängigkeit von Pretoria zu beantragen. Sicher gehören etwa 82 Prozent der 326 786 Einwohner von Kangwane zum Stamm der Swazi, die wiederum Teil der Volksgruppe der Nguni sind. Sie sind mit den Zulu in der südafrikanischen Provinz Natal verwandt. Eine Vereinigung von Kangwane mit Swaziland mag zwar einmal der Wunsch des alten Königs Sobhuza II. gewesen sein, so meint Mabuza. Aber als er nach einundsechzig gesunden Regierungsjahren 1982 starb, wurde auch die Diskussion um einen „Anschluß“ begraben. In einem Gespräch betonte Enos Mabuza unlängst: „Ich bin in einem Gebiet geboren worden, in dem es einen Swazikraal gab, und ich spreche SiSwati. Aber meine Existenz in Südafrika ist nicht anders als die meiner Zulu, Xhosa- und Tswana-Brüder. . . Wir werden immer im Staatsverband dieses Landes bleiben.“

Enos Mabuza ist ein typisches Produkt der verworrenen Situation Südafrikas. Er wurde am 6. Juni 1939 als Sohn eines Bergarbeiters auf der Sheba Gold Mine bei Barberton im östlichen Transvaal geboren. Er war neun Jahre alt, als die Nationale Partei die Regierung der Union von Südafrika übernahm und den fatalen Kurs in die Apartheid einschlug. 1951 — Mabuza war gerade 12 Jahre alt — wurde der sogenannte „Bantu Authorities Act“ erlassen — das Gesetz, mit dem die Homeland-Politik verankert wurde. Mit 14 Jahren wurde der „Bantu-Education Act“ eingeführt, der die Erziehung und Ausbildung der Schwarzen regeln sollte. Mit neunzehn Jahren wurde Mabuza Student des „Evangelical Teacher's Training College“ in Natal, das ihn zum Lehrer ausbildete. Danach studierte er an der Universität von Südafrika und erwarb Diplome (Bachelor of Art) in der Zulusprache und Psychologie.

Im Alter von 36 Jahren entschied sich der ehemalige Schullehrer für die Politik. Durch sein Wissen und seinen selbstlosen Einsatz konnte er die einflußreichen Häuptlinge der Swazi-Stämme davon überzeugen, daß Führerqualitäten sich nicht unbedingt aufgrund von Traditionen und königlicher Herkunft entwickeln. Im April 1976 wurde er Mitglied der Swazi-Selbstverwaltung; schon wenige Monate später wurde er zum Chiefminister gewählt und Präsident der Inyandza-National-Bewegung, die sich für die Abschaffung des

Rassismus einsetzt und in ihren Statuten ausdrücklich Diskriminierung aufgrund von Sex, Hautfarbe, Ausbildung und Stammeszugehörigkeit ablehnt. Enos Mabuza betont, daß Südafrika eine Reihe radikaler schwarzer Organisationen kennt — wie etwa African National Congress, Pan Africanist Congress (PAC), United Democratic Front und Azania People's Organisation, wogegen seine Bewegung sich für friedliche Lösungen einsetzt. Sie ist mit Mangosuthu Buthelezi Inkatha-Bewegung zu vergleichen, obwohl Mabuza und der Zulu-Führer unterschiedliche Auffassungen über die politische Entwicklung im südlichen Afrika vertreten. Nachdem Mabuza im Februar 1986 mit einer 21 Mann starken Delegation zu Gesprächen mit dem ANC nach Lusaka reiste, nannte Buthelezi ihn einen „politischen Feigling.“ Der ANC sagte später in einem Kommuniqué, daß Mabusas Bewegung ein „integraler Teil der demokratischen Befreiung“ sei. Bereits vorher hatte Mabuza Kontakte mit der marxistischen Volksrepublik Moçambique gesucht. Als er am Staatsbegräbnis des abgestürzten moçambikanischen Präsidenten Samora Machel teilnehmen wollte, wurde sein Privatflugzeug in Maputo zur Umkehr gezwungen. Er war nicht willkommen. Das Verhältnis zwischen den beiden schwarzen Homelandpolitikern ist seitdem getrübt.

Enos Mabuza ist kein einfacher Gesprächspartner. Als Südafrikas Minister für Entwicklung und Zusammenarbeit Piet Koornhof 1982 beabsichtigte, durch einen einseitigen Verwaltungsakt das Homeland Kangwane an das angrenzende Königreich Swaziland abzutreten, ging der frühere Schulinspektor auf die Barrikaden. Er rief die Gerichte an und erreichte, daß die Entscheidung Pretorias zurückgestellt wurde. In einem Parallellfall wurde das Territorium Ingwavuma in Nordnatal, das die Zulu beanspruchten, ebenfalls wieder Kangwane zugesprochen, nachdem es vorher durch einen einseitigen Akt Koornhofs dem Königreich einverleibt werden sollte. Der ja ursprünglich von Pretoria geschaffene staatlich-politische Zustand wurde wiederhergestellt. Das unrühmliche Swazi-Abenteuer der südafrikanischen Regierung brachte nur Verprellung, Ärger und Wut bei der schwarzen Bevölkerung, aber keinerlei Vorteile. Die Gerichtskosten, die der südafrikanische Steuerzahler aufbringen mußte, betrugen einige hunderttausend Mark.

Von den 45 Sitzen im jetzigen Parlament von Kangwane sind 43 in Händen der Anhänger Mabusas. Nach dem „Schnitzer“ des Ministers Koornhof und der Gespräche mit dem ANC in Lusaka hat sich die Position des Chiefministers noch mehr gefestigt. Mabuza ist kompromißlos in seinen Auffassungen über die Entwicklung in Südafrika und über den Beitrag, den er dazu leisten kann. Er macht keinen Hehl daraus, daß Gespräche nur sinnvoll sind, wenn der ANC-Führer Nelson Mandela freigelassen und beteiligt wird. Seine politischen Gedanken sollte man zur Kenntnis nehmen und nicht als die Äußerungen einer „Marionette Pretorias“ abtun.

Im Januar dieses Jahres sagte Enos Mabuza: „Unser Land ist dabei, zu Tode zu bluten. Notwendig ist eine Transfusion von Hoffnung und Aktion, um überleben zu können... Die gegenwärtigen Unruhen haben ihre Wurzeln in der Vergangenheit... Heute sind Namibia und Südafrika in gewisser Hinsicht die letzten Kolonialstaaten... Die Schwarzen sind nicht länger bereit, Reformen stückweise zu akzeptieren. Sie bestehen auf eine einzi-

ge südafrikanische Nationalität einschließlich des Rechtes auf Grundbesitz, ein gemeinsames, nicht-rassistisches Erziehungssystem und gleiche politische Vertretung in einem vereinigten und demokratischen Südafrika... Die Weißen fürchten die echten und fundamentalen Veränderungen. Sie fürchten den Verlust der Kontrolle über die politische Philosophie, die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Form... Weiße fürchten die schwarze Herrschaft...

Aber wir müssen lernen, miteinander zu reden... Wir Schwarze müssen den Weißen die Angst nehmen, wenn sie bereit sind, sich mit unserem Leid und unserer Unterdrückung zu identifizieren. Wir müssen einander die Hand geben und einander vertrauen. Wir müssen die Mauern abbrechen, die uns so lange voneinander getrennt haben, uns gegenseitig unseren guten Willen zeigen und gleichzeitig unsere reichen und unterschiedlichen Kulturen pflegen... Nur wenn wir Wege aus dieser Impasse suchen und aufeinander hören, werden wir unser Leben miteinander verbessern können...“

Man sollte Enos Mabusas Stimme nicht überhören, sondern sie in diesem Südafrika im Umbruch zur Kenntnis nehmen. Mabuza hat sich bisher furchtlos und sinnvoll für eine gemeinsame Lösung der Probleme eingesetzt. Er kennt die schwarzen Erwartungen, Forderungen und Hoffnungen, und er sieht sich als ein Mann, der den Weißen die Angst nehmen kann. In privaten Gesprächen sagt Enos Mabuza, daß sein großes Vorbild der amerikanische Staatspräsident Abraham Lincoln ist, der sich für die Befreiung der Sklaven einsetzte und dafür einen Bürgerkrieg riskierte. In seiner freien Zeit hat der Chiefminister von Kängwane mehrere Bücher in der SiSwati-Sprache sowie eine Grammatik der Swazi-Sprache verfaßt. Er besuchte die USA und verschiedene Staaten Europas. Er ist Vater von drei Söhnen und drei Töchtern. Seine Frau Esther ist Leiterin einer Volksschule. Man wird sicher noch öfter von der Familie Mabuza, die heute in der Township KaNyamazhane bei Nelspruit in Osttransvaal wohnt, hören...

Santiago de Chile

Parroquia Nuestra Señora de los Dolores

Liebe Freunde in Deutschland!

Sie erwarten vielleicht, ein paar Zeilen über die Ereignisse in Chile zu hören. Ich weiß, daß viele von Ihnen in den letzten Wochen viel über unser Land in der Presse gelesen haben. Viele Menschen, ich wohl auch, hatten große Sorgen um die Zukunft des Landes. Es wurde in dieser Zeit bei uns sehr viel gebetet, und viele haben uns Ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht.

Wenn Sie dieses Schreiben erhalten, werden Sie schon die Ergebnisse erfahren haben. Heute um 11.00 Uhr hat das Innenministerium die letzten Ergebnisse veröffentlicht. Berücksichtigt wurden 99,62% der Stimmen:

für Pinochet: 3 106 099 Stimmen, d. h. 43,04 %
gegen: 3 945 865 Stimmen, d. h. 54,68 %

ungültig: 93 093 Stimmen
ohne Option: 71 344 Stimmen.

Dieses Ergebnis bedeutet nun, daß die Mehrheit Pinochet für weitere 8 Jahre nicht mag und daß er jetzt innerhalb eines Jahres zu freien Wahlen aufrufen muß.

Am 30. August war er zum Kandidaten von der Militärjunta ernannt worden. Von diesem Augenblick gab es einen Monat Zeit für die Wahlpropaganda. Er hatte alle Vorteile von der Presse und Fernsehen. Die Argumente von Pinochet waren die gute Situation der Wirtschaft und die Angst von vielen Menschen, daß, wenn er nicht mehr da wäre, der Marxismus zurückkehren würde. Die Opposition dagegen argumentierte mit den Verletzungen der Menschenrechte und der Müdigkeit der Leute von 15 Jahren Pinochet-Regierung.

Es ist immerhin erstaunlich, daß jemand nach 15 Jahren in einer Regierung 43 % erhalten kann. Dies geschah ohne Wahlbetrug und konnte von jedem gut beobachtet werden. Wir hatten 1200 ausländische Journalisten als Beobachter.

Vor 15 Jahren, als Allende an die Macht kam, hieß es, daß zum erstenmal ein Marxist an die Macht kam durch freie Wahlen. Heute wird man vielleicht sagen können, daß zum erstenmal ein Diktator durch freie Wahlen nach Hause geschickt wird. Die Militärregierung ist zum Opfer der eigenen Falle geworden. Sie haben nie mit einer solchen Reaktion des Volkes gerechnet. Sie waren wirklich überzeugt, daß sie leicht gewinnen würden.

Die Wahlen waren makellos, und das chilenische Volk hat sich ausgezeichnet und ruhig verhalten. Viele hatten Angst, weil Pinochet unberechenbar ist. Die meisten Wahllokale haben ca. 17 Uhr die Arbeit abgeschlossen, und schon um 20 Uhr wußten wir in der Bischofskonferenz, durch unsere eigenen Informationen, daß das Nein gewonnen hatte. . . Es folgten gespannte Stunden, weil das Innenministerium keine Ergebnisse bekanntgab und als es anfang, spürte man deutlich eine Manipulation der Ergebnisse. . . Die Spannung wuchs, aber die Mehrheit war so deutlich, daß es unmöglich war, weiterhin die Ergebnisse zu manipulieren. Das Radio der katholischen Kirche und die Radios der Opposition gaben alle Ergebnisse bekannt. So hat dann das Innenministerium lange geschwiegen und die Sache in die Länge gezogen. Gegen 23 Uhr ließen die Bischöfe die Regierung wissen, daß, wenn die Ergebnisse nicht innerhalb einer halben Stunde bekanntgegeben würden, dann würden sie selber dies tun.

Um 23.15 Uhr hat der General der Luftwaffe in der Öffentlichkeit gesagt: „Für mich ist die Sache ganz klar, das Nein hat gewonnen.“ Es folgte eine lange Stunde. Pinochet hatte eine Versammlung mit allen Mitgliedern der Militärjunta und allen Ministern. Um 2.00 Uhr morgens erschien der Innenminister im Fernsehen und gab die Ergebnisse bekannt. Heute morgen haben alle Minister ihren Rücktritt eingereicht.

Das Volk ist heute auf der Straße und feiert den Sieg. Viele verlangen, daß Pinochet sofort weggeht. Nach der Verfassung darf er aber noch ein Jahr an der Macht bleiben.

Vor einer Stunde gab es eine Pressekonferenz vom Vorsitzenden der chilenischen Bi-

schofskonferenz. Er gratulierte allen für das demokratische Verhalten während des Wahlvorgangs und rief zu einem ruhigen Verhalten jetzt nach den Wahlen auf. Er betonte, daß es jetzt Aufgabe der Politiker und der Streitkräfte sei, einen Dialog zu führen, um die notwendigen Veränderungen vorzunehmen. Er sagte auch, wie in früheren Dokumenten, daß eine Verfassungsänderung erwünscht sei.

Wie wird es wohl weitergehen? Es ist noch zu früh, um darauf eine Antwort zu geben. Heute war der Tag der Gerüchte: „Pinochet ist zurückgetreten“, „Pinochet ist schon nach Paraguay geflüchtet“, „Ein neuer Putsch kommt“ usw., usw.

Einige Tatsachen sind aber wichtig nach diesen Wahlen:

- Die Chilenen sind ein demokratisches Volk.
- Niemand will eine gewaltsame Lösung.
- Die kommunistische Partei hat in unserer Politik nichts mehr zu suchen. Die Opposition hatte sie aus der Vereinigung der Parteien für das Nein ausgeschlossen. Man hat gezeigt, daß man eine Diktatur ohne die Kommunisten bezwingen kann.
- Die Christdemokraten sind in Chile immer noch die größte unter den politischen Parteien.

Die nächste Zeit wird politisch nicht leicht für die Chilenen sein. Es genügt nicht, die Militärregierung zu wechseln. Jetzt müssen die Parteien Alternativen und Programme zeigen können.

Es könnte auch geschehen, daß nun die Opposition sich zersplittert und in den nächsten Wahlen die Anhänger von Pinochet gewinnen. Ein Leitartikel der größten Tageszeitung „El Mercurio“ hieß heute: „Wir haben eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren“.

Sie werden sich fragen, wahrscheinlich, wie Pinochet an dieses Ergebnis reagiert hat. Bis jetzt, 18.30 Uhr, hat er noch gar nichts gesagt.

Gegen 22.00 Uhr hat Pinochet über das Radio und Fernsehen gesprochen und zugegeben, daß er die Wahl verloren hat. Gleichzeitig hat er angekündigt, daß die Zeit, die von der Verfassung vorgesehen, ist nicht geändert wird. Mit anderen Worten will er noch ein Jahr als Präsident bleiben.

Heute am Nachmittag ist die große Feier der Opposition vorgesehen und man rechnet mit einem Karneval im ganzen Land.

Pinochet hat immer gesagt, daß die Alternativen seien entweder er oder das Chaos. Nun hat er verloren, und es ist noch kein Chaos eingetreten. Das ruhige Verhalten des Volkes und der Wunsch der großen Mehrheit, zur Demokratie in Frieden zu gehen, hat dies bewirkt.

Nun, liebe Freunde, dies sollte nur eine schnelle Chronik der Ereignisse sein, damit Sie einen Eindruck erhalten. Sicherlich werden Sie noch viel mehr durch die Weltpresse erfahren.

Ich darf mich nun verabschieden bis zur nächsten Chronik, die ich um die Weihnachtszeit schreiben möchte. Vielen Dank für alle Gebete und guten Wünsche. Gott segne uns alle, mit freundlichen Grüßen

P. Dr. Eduardo Cano

PS: Pater Dr. Cano hat Anfang '88 vor dem Katholikenrat in Bonn einen vielbeachteten Vortrag über die Laienarbeit in Chile gehalten.

Südafrikas Gewissen ist tot

Schriftsteller Alan Paton starb an Krebs

Karl Breyer

Er galt als das Gewissen Südafrikas. Über die Jahre hinweg erhob er seine Stimme zugunsten der schweigenden schwarzen Mehrheit des Landes. In seinen Romanen, die Bestseller wurden, in seinen Zeitungsartikeln und als Führer der ehemaligen Liberalen Partei wurde er ein Vorkämpfer für ein föderales, demokratisches und gerechtes Südafrika, in dem Bure und Brite, Mischling und Inder, die Zulu und alle anderen Stämme in einem gemeinsamen Vaterland leben sollten. Er war das Symbol des Kämpfers gegen den Rassismus, gleich welcher Hautfarbe. Für ihn waren alle Menschen gleich.

Alan Stewart Paton wurde im gleichen Jahr berühmt, in dem die Nationale Partei der Buren ihren größten Wahlsieg errang und die Macht übernahm. Es war das Jahr 1948. Er schrieb damals den erschütternden Roman „Cry the beloved Country“, der unter dem larmoyanten Titel „Denn sie sollen getröstet werden“ auch in deutscher Sprache erschien. Der Film mit dem schwarzen Schauspieler Sydney Poitier lief in deutschen Kinos als „Tränen über Johannesburg“. Das Buch wurde Patons größter Erfolg, obwohl er selbst seinen Roman „Too Late the Phalarope“ für besser hielt. Es wurde 1954 in Deutsch unter dem Titel „Aber das Wort sagte ich nicht“ herausgegeben.

Heute noch werden jährlich rund hunderttausend Exemplare des Werkes „Cry the beloved Country“ weltweit verkauft. Es ist die Geschichte des Zulu-Geistlichen Stephen Kumalo und seines Sohnes, der an den Rassenproblemen Südafrikas scheitert und in Johannesburg zum Mörder wird. Das Buch, das unter den damaligen Umständen wenig Anlaß zur Hoffnung bot, stand jahrelang auf dem südafrikanischen Index. In einem Vortrag, den Alan Paton später in den USA hielt, sagte der Schriftsteller: „Ich schreibe für Südafrika, weil das das einzige Thema ist, über das ich schreiben kann. Ich schreibe, weil ich muß. Was ich bisher über Südafrika geschrieben habe, hat offenbar die Eigenschaft besessen, auch Menschen rühren zu können, die bis dahin über Südafrika gar nichts wußten...“

Der Schriftsteller Alan Stewart Paton wurde 1903 in Pietermaritzburg geboren, in der Stadt also, die in den letzten Monaten von blutigen Auseinandersetzungen zwischen Inkatha-Angehörigen und Mitgliedern der United Democratic Front heimgesucht wurde. Er studierte an der Universität von Natal und wurde später Leiter der Besserungsanstalt

Diepkloof bei Johannesburg. In dieser Zeit entstanden seine engen Kontakte mit der schwarzen Gemeinschaft und mit Männern wie dem ANC-Führer und späteren Friedensnobelpreisträger Albert Luthuli und dem Gründer des Pan Africanist Congress Robert Sobukwe. Er sah diese „Männer der fünfziger Jahre“ als schwarze Demokraten und beschrieb die Tatsache, daß sie von der Regierung gebannt wurden, als die Tragödie Südafrikas. Damals schon wurde er von dem Journalisten und späteren Politiker Dr. Hendrik Verwoerd wegen seiner liberalen Auffassungen und Erziehungsmethoden scharf kritisiert. Paton bezeichnete Verwoerd einmal als den „Mann, der das Chaos begonnen hatte“.

1928 wurde die Ehe zwischen Doris Francis und Alan Paton geschlossen. Seine Frau starb 1967 an Lungenkrebs. Ein Jahr später heiratete der Schriftsteller seine langjährige Sekretärin Miss Anne Hopkins. In der ersten Ehe wurden zwei Söhne geboren.

1953 gründete Alan Paton mit einigen Freunden die „Liberale Partei von Südafrika“, die für die Beseitigung aller Rassenschranken eintrat. Paton wurde ihr Präsident. Die Partei spielte jedoch nie eine entscheidende Rolle in der südafrikanischen Politik. Dem jungen Politiker wurde 1960 der Reisepaß entzogen. 1968 — zwei Jahre nach der Ermordung Verwoerds — erließ die Nationale Regierung neue Gesetze, die gemischtrassige Parteien verboten. Paton löste die Liberale Partei auf, widmete sich wiederum der Schriftstellerei, blieb aber gleichzeitig der aktive und kritische politische Beobachter der Entwicklung in Südafrika. Einer deutschen Besucherin erklärte er: „Politik und Wahrheit passen nicht gut zusammen. In der Politik verliert man viel von seiner intellektuellen Freiheit.“

Dennoch blieb Alan Paton, der inzwischen von zwölf verschiedenen Universitäten der westlichen Welt die Ehrendoktorwürde erhalten hatte, der unbequeme Mahner. Er warnte den Westen und Erzbischof Desmond Tutu vor Sanktionen und machte sich Feinde unter den Gegnern der Apartheid. Er kritisierte den ANC, die UDF und die Gewerkschaft Cosatu. Er sprach diesen Organisationen die Qualitäten ab, die für Verhandlungen über ein neues Südafrika erforderlich sind. Zuletzt befürwortete er immer intensiver eine föderale Lösung und die Verwirklichung des sogenannten Natal Indaba, einer von Zuluführer Mangotushu Buthelezi angeregten gemeinsamen Verwaltung, bestehend aus Schwarzen, Indern, Weißen und Mischlingen.

Dr. Alan Paton kam aus einer einfachen puritanischen Familie, in der man keinen Alkohol, keinen Tanz und keine leichten Vergnügungen kannte. Diese Jugend unter dem strengen Regime des aus Schottland eingewanderten Vaters prägte sein ganzes Leben. Auf Besucher wirkte er grantig, unfreundlich, grimmig und abweisend. Viele meinten, daß er kein fröhlicher Mann war. Irgendwann sagte er einmal: „Es ist leichter, fröhlich zu sein, wenn du schwarz bist, denn die Zukunft ist mit dir.“

Erst bei näherem Kontakt taute er auf. Aber über die langen Jahre seines erfüllten Lebens hinweg bewahrte er sich den klaren Blick für die Entwicklung seines Landes. Mit großer Sympathie beobachtete er Politik und Mentalität der Buren, die er manchmal als Opfer und Gefangene ihrer eigenen nationalistischen Auffassungen beschrieb. Die Afrikaaner-Spache, die er fließend beherrschte, liebt er sehr. In seinem ersten Roman nennt er sie „die

vereinfachte und schöne Version der Sprache Hollands“. 1978 besuchte er die Bundesrepublik. Sein Weg führte ihn zur Münchner Universität und zum Denkmal der Geschwister Scholl. Die Geschichte der „Weißen Rose“ ließ ihn nicht mehr los. Des öfteren zitierte er die Worte des Studenten Christoph Probst, der von den Nationalsozialisten mit anderen Studenten der Organisation hingerichtet wurde: „Ich sterbe ohne ein Gefühl des Hasses. Vergiß niemals: das Leben ist nichts als ein Wachsen in Liebe und eine Vorbereitung auf die Ewigkeit...“

Es scheint, als ob diese Worte Alan Patons Leitmotiv wurden. Er starb in den frühen Morgenstunden des 12. April im Alter von 85 Jahren im Tal der Tausend Hügel, seiner geliebten Heimat in Natal.

Die Christen in Israel

Die meisten von ihnen sind Araber

Wolfgang Altendorf

Schon vor den Kreuzzügen bemühten sich die Türken, die damals jenes Gebiet beherrschten, das heute vom Staate Israel eingenommen wird, um Toleranz auf religiösem Gebiet. Seither wurden solche Toleranzbemühungen, also die Respektierung von Glaubensrichtungen und Glaubensausübungen, in diesem für fast alle Religionen bedeutenden Land eigentlich unablässig unternommen. Über die Zeitläufe hinweg bewog die ursprüngliche Gemeinsamkeit des religiösen Kerns zum friedlichen Arrangement an jenen Stätten, die für alle so bedeutsam sind. Heute sichern staatliche Verordnungen und Gesetze in Israel, daß keine Religion unterdrückt wird und daß Streitigkeiten unter den religiösen Gruppierungen nach Möglichkeit gar nicht erst aufkommen.

Für jedermann zugänglich

Die religiös-historischen Stätten im Lande müssen — dies ist das Leitmotiv der israelischen Instanzen — für jedermann zugänglich sein; sie dürfen niemandem verwehrt werden, sofern das der Glaubensausübung keinen gravierenden Abbruch tut. Um diesen Grundsatz in der Praxis durchzusetzen, wendet der Staat respektable materielle Mittel auf, nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der persönlichen Sicherheit für jeden Pilger, den es in das Heilige Land zieht. Das erfordert zusätzlich ein gerüttelt Maß behördliches Fingerspitzengefühl.

Verschiedene Feiertage

Für die Christen, die nach Israel kommen, bedeutet das, daß ihnen alle jene für sie wichtigen Stätten in Jerusalem, Bethlehem, am See Genezareth — und wo auch immer im Heiligen Land —, mit denen sich ihr religiöses Empfinden eng verknüpft, offenstehen, gleichgültig ob katholisch, ob orthodox, ob evangelisch oder einer anderen christlichen Kirche

angehörig. Die Spannungen zwischen diesen verschiedenen Glaubensrichtungen konnten im Laufe der letzten Jahrzehnte, dank der stets klugen Schlichtung von Kontroversen auch durch israelische Vermittlung, abgebaut werden. Der „modus vivendi“ — der Fall, mit dem es sich leben läßt — bewährt sich auch dann, wenn die Besucherströme aus aller Welt, etwa zu Ostern, anschwellen. Der Unterschied zwischen dem Gregorianischen und dem Julianischen Kalender und anderen Zeitrechnungen, bewirkt, daß sich extrem verschiedene Glaubensauffassungen an den höchsten christlichen Feiertagen kaum „in die Quere kommen“.

Über 90 000 Christen

Wie die Pressestelle der israelischen Botschaft in Bonn dokumentiert, leben derzeit über 90 000 Christen im „Stammland“ Israel. Hinzu kommen jene Christen, die in den von den Israelis verwalteten Gebieten wohnen, so daß die Gesamtzahl bei ungefähr 126 000 Gläubigen christlicher Religion liegt. Die Christen in Jerusalem, der Heiligen Stadt, setzen sich aus Gläubigen europäischer, amerikanischer, afrikanischer Abstammung und aus anderen Weltregionen zusammen. Wie eine Studie des Archivars des Londoner Instituts für Jüdische Angelegenheiten Alan Montague ausweist, sind diese Christen in überwiegender Zahl Araber (in Jerusalem bis zu 80 Prozent), was mit den Besonderheiten in der frühen Geschichte des Landes zu tun hat.

Eigene Rechte

Die Rechte der „anerkannten Glaubensgemeinschaften“, die für diese Anerkennung bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen, sind erstaunlich weitgefaßt. Es gibt eine vom Klerus ausgeübte Gerichtsbarkeit mit den entsprechenden Instanzen, die sich besonders mit dem Familienrecht, etwa der Eheschließung oder der Annullierung von Ehen, befassen und mit anderen, die Gemeinden intern betreffenden Konflikten. Diese „eigene Gerichtsbarkeit“, allerdings auf bestimmte Rechtsangelegenheiten beschränkt, baut zusätzlich Konfliktkeime ab.

Größte Kirche: die römisch-katholische

Als die größte Kirche in Israel, was die Zahl der Gläubigen anlangt, gilt — wie die Studie Montagues ausweist — die römisch-katholische mit der griechisch (melkitisch-) katholischen und der lateinisch-katholischen und weiteres der Heiligen Kongregation Orientalischer Kirchen in Rom unterstellten Gemeinden. Sie weisen zusammen über 73 000 Angehörige auf. Es waren die Kreuzfahrer, die vor nun 900 Jahren die lateinisch-katholische Kirche ins Leben riefen. Sie setzte sich schon damals aus Europäern und Arabern zusammen, wobei die Araber bald überwogen. Das ist über die schwierigen Zeitläufe bis heute so geblieben. Der Orden der Franziskaner (vertreten durch ein halbes Tausend Mönche) gilt als Hüter vieler der für die Christen geheiligten Stätten und erwarb sich dabei bedeutende Verdienste. Ein apostolischer Beauftragter koordiniert diese wichtige Arbeit der Katholiken für Christen jeglicher Glaubensrichtung im Heiligen Land.

Die Protestanten

Die evangelisch-episkopale Kirche wurde 1841 durch die anglikanische Kirche in Jerusalem gegründet. Die Gemeindemitglieder — etwa über tausend — sind ebenfalls vorwiegend Araber, wie auch die Mitglieder der evangelisch-lutherischen Kirche. Beide schufen, besonders auf sozialem Gebiet, unentbehrliche Einrichtungen mit dem Bau, der Ausstattung und der Unterhaltung von Krankenhäusern, Schulen und anderen, etwa die Pilger betreuenden, sozialen Institutionen. Weitere protestantische Gruppen bewerben sich gegenwärtig bei der israelischen Regierung um Anerkennung, wobei sie auch ohne diese völlig frei in ihrer Religionsausübung sind.

Die orthodoxe Kirche

Schließlich gibt es in Jerusalem, auch in Bethlehem und am See Genezareth, neben der armenisch-orthodoxen, der syrisch-orthodoxen und der koptisch-orthodoxen Kirche — mit zusammen etwa 3 000 Gläubigen —, die ältesten anerkannten orthodoxen Gemeinden, nämlich die griechisch- und russisch-orthodoxen mit fast 44 000 Gläubigen. Sie gründeten sich schon im 2. Jahrhundert nach Christi in Jerusalem und überlebten, mit vielfachen Niedergängen, bis heute. Gerade in der türkischen Zeit hatten die Orthodoxen viel unter Mißverständnissen von seiten der damals Mächtigen zu leiden. Heute erhält die orthodoxe Kirche, die es nach wie vor materiell besonders schwer hat, da die Unterstützung etwa von Rußland kaum nennenswert ist, vom israelischen Religionsministerium laufend Zuwendungen. Die über 45 Klöster und Kirchen der griechisch-orthodoxen Kirche stellen ein hohes, aber auch kostspieliges Kulturerbe dar, das ohne die direkte Unterstützung staatlicher Stellen kaum zu erhalten wäre.

Aus GKS und PGR

Österreich-Seminar GKS und Vorstand ZV

Zisterzienserstift Heiligkreuz

Militärakademie Wiener Neustadt

Gernot Belch

Vom 3. bis 11. September 1988 führten der Bundesvorstand der GKS und der Vorstand der Zentralen Versammlung ein gemeinsames Seminar in Österreich durch. Das Seminar stand unter dem Thema: „Ihr sollt meine Zeugen sein — Zeugnisse des Glaubens in Österreichs Geschichte und Gegenwart“.

In dem folgenden Artikel berichtet ein Teilnehmer des Seminars, Mitglied des ZV-Sachausschusses „Information“, über seine Eindrücke bei der Begegnung mit Trägern der Militärseelsorge des österreichischen Bundesheeres im Rahmen eines Besuches der Zisterzienser-Abtei Heiligkreuz/Nö und der Therisianischen Militärakademie in der Wiener Neustadt am 5.9.1988.

Zisterzienser-Stift Heiligkreuz, 5. September 1988

Die Reisegruppe hatte sich nach der Anreise am Samstag (3.9.88) und nach dem Sonntagsprogramm, Besichtigung von St. Pölten und eine Rundreise durch die Wachau, für den heutigen Montag etwas besonderes vorgenommen.

Nach der Morgenmesse, die Msgr. W. Theis zelebrierte, wurde mit dem nun schon vertrauten Reisebus Richtung Heiligkreuztal gestartet. Am Eingang der Zisterzienserabtei erwartete uns der Militärgeneralvikar des österreichischen Bundesheeres, Msgr. Leban. Für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland ein ungewohnter Anblick, da er ja wie alle Militärseelsorger des Österreichischen Bundesheeres Offizieruniform trägt.

Das Thema seiner Führung waren die Besichtigung des ältesten Zisterzienserstifts Österreichs, das in den Jahren 1135/1136 von Leopold III. gegründet wurde.

Wir wurden durch ihn ausführlich informiert; immer wieder waren wir erstaunt, wie er wohlvorbereitet alle Details der architektonischen Gestaltung des Stifts erklären konnte. Im Rahmen seiner Führung ging er auch immer wieder auf die Rolle der Zisterzienser bei der Erschließung Niederösterreichs ein.

Der Baubestand des Zisterzienserstiftes ist weitgehend erhalten. Die Stiftskirche (1135 bis 1160), eine Pfeilerbasilika im sogenannten gebundenen System, deren Fassade nur einige barocke Veränderungen am Hauptportal erfahren hat, wirkt im Innern besonders durch den Kontrast des steilen und doch massiv wirkenden Langhauses.

Der helle und weiträumige Chor von 1295, der zusammen mit dem Querschiff eine eigene Hallenkirche bildet, hatte Vorbildcharakter für die Entwicklung der Gotik in ganz Österreich.

Bemerkenswert fanden wir auch die Maßwerkfenster, zum Teil alte Glasmalereien um 1300, sie lockern die düsteren Chorwände in farblich harmonischer Art auf. Die Ausstattung der Kirche ist primär neugotisch. Als sozusagen barockes Erbe ist das schöne Chorgestühl um 1707 zu erwähnen.

Ein Blick in die Klausur der Mönche war nur den männlichen Teilnehmern gestattet. Aber soviel sei hier verraten, es gibt nichts Ungewöhnliches zu berichten, was über eine einfache und spartanische Einrichtung für die Mönche hinausgeht.

Der Kreuzgang barg noch eine besondere Sehenswürdigkeit, den sogenannten Bleibrunnen, der in einer Ausbuchtung des Kreuzganges Kühle und Erfrischung mit seinem sprudelnden Wasser den Mönchen schenken sollte. Die Einrichtung dieses in eine Klosteranlage integrierten Brunnens ist zugleich ein Grundsatz für die Einrichtung von Zisterzienser-Klöstern, die immer in der Nähe des Naturwassers gegründet wurden. Hier konnten sich die Mönche nach getaner Tagesarbeit erfrischen, um sich dann anschließend in den Wohn- und Schlafrakt zu begeben.

Die alten Stiftsgebäude reihen sich an den herrlichen Kreuzgang mit über 300 Marmorsäulen (um 1220–1250). Im neuen Stiftsteil (1634–1641) sind vielfältige und sehr kostbare Sammlungen untergebracht. Leider konnten wir hier nicht lange verweilen, da wir am Mittag bereits in der Wiener Neustadt erwartet wurden und dann am Nachmittag in der Militärakademie Maria-Theresia zu Gast sein sollten.

Nach Abschluß der Besichtigung in Heiligkreuz fuhren wir direkt weiter nach Wiener Neustadt. Im Bildungshaus St. Bernhard wurden wir vortrefflich versorgt, es war wie immer alles bestens durch Angehörige der AKS vorbereitet.

Nach einem „schnellen“ Mittagessen ging es dann zu Fuß zur Militärakademie.

Militärakademie Maria-Theresia des österreichischen Bundesheeres in der Wiener Neustadt

Unter der Leitung von Militärgeneralvikar Leban begann die Führung durch die Militärakademie Maria-Theresia. Die Akademie ist eine Ausbildungs- und Bildungsstätte für die jungen Offiziere des österreichischen Bundesheeres, zugleich ist sie aber auch Fortbildungsstätte für das österreichische Offizierskorps und eine Begegnungsstätte für zivile und militärische Führungskräfte.

Die heutige Akademie war ehemals die Burg und Stammsitz des Landesfürsten. Sie wurde in Form einer Vierturmburg im 13. Jahrhundert gebaut und erfuhr ihren Ausbau im 15. Jahrhundert als Residenz der Habsburger unter Friedrich III.

In der Mitte des 15. Jahrhunderts erfolgte der Einbau der St. Georgs-Kirche in den Westtrakt der Burg.

Die St. Georgs-Kirche ist eine gotische Hallenkirche mit wertvollen Glasgemälden und einer großen Wappenwand. In der Burg wurde 1459 Kaiser Maximilian I. geboren, den man 1519 in der St. Georgs-Kirche beisetzte.

Im Jahre 1752 wurde die Burg durch Kaiserin Maria-Theresia zum Sitz der nach ihr benannten Militärakademie bestimmt. Nach einem schweren Erdbeben von 1766 blieb von den Türmen nur ein Turm im Nordwesten (Rakoczy-Turm) unzerstört.

Von Unterbrechungen abgesehen (1919–1934 und 1938–1958), beherbergt die Burg bis heute die „Theresianische Militärakademie“. Die Burg war im II. Weltkrieg weitgehend zerstört worden, sie konnte aber nach dem Krieg zusammen mit der St. Georgs-Kirche wieder nach dem alten Vorbild mustergültig aufgebaut werden.

Beim Besuch der Maria-Theresien-Kaserne wurden wir durch den Militärgeneralvikar, Prälat Leban, den für die Akademie zuständigen Militärdekan und Vizeleutnant Bachmaier als Vertreter der AKS Österreich geführt.

Neben einem kurzen Abriß über den Auftrag der Militärakademie als Ausbildungsstätte für die Offizieranwärter des österreichischen Bundesheeres, wurden wir vor allem über die St. Georgs-Kirche informiert. Dieses Gotteshaus ist zugleich die Garnisonskirche der Militärpfarre Wiener Neustadt.

Im Innern der Kirche ist auf drei Seiten eine maßwerkgeschnittene Brüstung von 1460 zu bewundern. In den Fenstern auf der Altarseite befinden sich herrliche Glasmalereien, die von 1479 bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts geschaffen wurden. Am Hochaltar der Kirche befindet sich das Grab von Kaiser Maximilian I. Am Altar sind auch historisch bedeutende Tafeln angebracht, die mit Heiligenbildern aus dem 16. Jahrhundert verziert sind.

Am Seitenaltar rechts ist der Namenspatron der Kirche, der heilige Georg, in einer Bronzeskulptur der italienischen Renaissance dargestellt.

Am linken Teil des Altars ist die gotische Muttergottesstatue von der Wappenwand an der Hoffassade der Kirche zu sehen. Diese Wappenwand, es sind dort insgesamt 107 Wappenreliefs angebracht, ist Ausdruck des Herrschaftsanspruches von Kaiser Friedrich III.

Militärgeneralvikar Prälat Leban informierte uns detailliert über die enge Verbindung aller Soldaten und des Ausbildungs- und Lehrpersonals der Militärakademie und ihrer Angehörigen mit dieser Kirche.

Der Militärdekan der Militärpfarre wies auch darauf hin, daß an Sonn- und Feiertagen die Zivilbevölkerung herzlich zu allen Gottesdiensten in der St. Georgs-Kirche eingeladen ist.

Es war besonders beeindruckend, wie der Militärgeneralvikar und der zuständige Militärdekan in Zusammenarbeit mit den Angehörigen der AKS die Baumaßnahmen in der Kirche gemeinsam fortführen und koordinieren.

Militärgeneralvikar Leban zeigte an einem Beispiel, wie er bei der Neubeschaffung des neuen Kruzifix für die Kirche im Rahmen seiner verfügbaren Mittel eine kostengünstige Beschaffung realisieren konnte.

Für uns aus der Kenntnis der Militärseelsorgebezirke in Deutschland eine völlig ungewohnte Situation: Die Militärgeistlichen und der Militärgeneralvikar als oberste Bauherren einer Garnisonskirche.

Der Besuch der Militärakademie wurde durch eine kurze Führung durch die historischen Räume, einschließlich einer Besichtigung des kleinen Museums der Akademie, beendet.

Dabei konnten wir auch auf Einladung des AKS die Kaffeepause im schönen Offizier-Casino der Akademie genießen. Bei der wohlverdienten Kaffeepause wurde uns wiederum eine der vielen charmanten Eigentümlichkeiten österreichischer Gastgeber vor Augen geführt. Es wurde der „große oder kleine Schwarze“, „die Melange“ oder ein „Kapuziner“ serviert, eine Vielzahl von Möglichkeiten, den Kaffee (die Betonung soll immer auf der zweiten Silbe liegen), nach Meinung vieler Österreicher in Deutschland mehr ein Mengenverbrauchsgut, noch kultivierter, eben echt österreichisch zu genießen.

Dieser erlebnisreiche Tag in Heiligkreuz und in der Militärakademie in der Wiener Neustadt wird uns wohl noch lange in Erinnerung bleiben, weil in allen Augenblicken unseres Besuches durch Gastfreundschaft und Entgegenkommen unserer österreichischen Freunde für uns nie ein Gefühl der Fremdheit aufkam. Man spürte in vielen Momenten, daß hier Gastgeber und die Besuchergruppe aus Deutschland eine gemeinsame Sprache im wahrsten Sinne des Wortes sprechen, verbunden in dem gemeinsamen Ziel, Kirche mit und unter Soldaten schöpferisch zu gestalten.

Donauwörth

Deutsch-amerikanisches Wochenendseminar

Kurt Unglert

Zu einem Seminar im katholischen Landvolkshochschulheim Steingaden hatte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten und die Gesellschaft für deutsch-amerikanische Freundschafts- und Kulturbeziehung e.V. Angehörige des Fernmeldebataillons 220 aus Donauwörth und des 204th Military Intelligence Battalion aus Augsburg eingeladen.

Fünfzig Personen aus beiden Standorten, an ihrer Spitze die Kommandeure der beiden Bataillone Oberstleutnant Uwe Baumert und LTC Gribble folgten der Einladung.

Ziel des von Frau Angelika Baumert (Donauwörth) in englischer Sprache durchgeführten Seminars war, insbesondere den amerikanischen Teilnehmern die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in dem Zeitraum nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bis zum heutigen Tage näherzubringen. Die auf drei Tage verteilte Thematik umfaßte neben der Nachkriegssituation mit ihren heute fast unvorstellbaren Problemen wie Aufbau einer Demokratie nach Beendigung der Hitlerdiktatur, Wiederherstellung der Lebensfähigkeit in einem in Schutt und Asche liegenden Deutschland sowie die Erlernung des Umganges mit neu gewonnenen politischen und ökonomischen Freiheiten.

Über den Zeitraum der Adenauer-Ära mit West-Integration, Aufstellung der Bundeswehr und dem deutschen Wirtschaftswunder mit Ludwig Erhard führten die Themen von der Großen Koalition mit APO und Protestbewegung zur sozial-liberalen Koalition und der mit ihr beginnenden neuen deutschen Ostpolitik.

Die Annäherung der beiden deutschen Staaten, Auswirkungen des Terrorismus und die Wende mit der christlich-liberalen Regierung beschlossen den Themenkreis. Für ein Wo-

chenende wahrlich nicht wenig und manchem deutschen Teilnehmer rauchte der Kopf ob der englischen Spezialausdrücke. Jedoch Frau Baumert half durch trefflich eingeblendete Dias und Folieninformationen, Sprachlücken zu überwinden.

Fragen der US-Gäste zwischen den einzelnen Seminarteilen bewiesen das große Interesse an Detailinformation über einzelne Abschnitte der Nachkriegsgeschichte. So konnten Zusammenhänge hergestellt und Hintergrundwissen vermittelt werden. Auch konnte bei den Teilnehmern Verständnis für politische Entwicklungen und Diskussionen in unserem Land erzielt werden. Dies ist im Hinblick auf die unterschiedliche geopolitische Lage und die unterschiedlichen weltpolitischen Interessen von USA und BRD, die die öffentliche Meinung in beiden Ländern wesentlich beeinflussen, als wichtigster Erfolg zu werten. Für zwischenmenschliche Beziehungen sorgte ein Ausflug zum Königsschloß Neuschwanstein und ein Bunter Abend.

Mit einem feierlichen, von Militärfarrer Georg Kestel (Neuburg) in englischer Sprache gehaltenen Abschlussgottesdienst fand die gelungene Veranstaltung ihr Ende.

Poing

Stadtrundfahrt in München

Arthur Schopf

Unter der Führung der sehr erfahrenen Kunsthistorikerin Tanja Wolf-Ouhlela machten ehemalige Soldaten und der Zweigverein Poing des Katholischen Deutschen Frauenbundes eine Stadtrundfahrt durch München, wobei besonders die Ludwigskirche und die Ludwigstraße vom Siegestor bis zur Feldherrnhalle besichtigt wurden.

Unter der Regentschaft von König Ludwig I., dem ältesten Sohn von König Max und seiner ersten Frau Auguste Wilhelmine, wurde Münchens Prachtstraße — die Ludwigstraße — in einer Länge von 1,3 km und in einer gesamten Bauzeit von 35 Jahren angelegt. Diese Straße besteht allein aus 40 Häusern und Palästen, wozu noch die Gebäude der Universität, die Ludwig 1826 von Landshut nach München verlegen ließ, die Staatsbibliothek und die Ludwigskirche kommen.

Architekt Friedrich von Gärtner (1792—1847) schuf hier in einer mehr als 20jährigen Bauzeit einen der bedeutendsten Kirchenbauten des 19. Jahrhunderts in einer historischen Stilsynthese von Spätklassizismus und Romantik. Für die Gestaltung des Innenraumes wurde Peter Cornelius, welcher der Gruppe der „Nazarener“ angehörte, gewonnen, der hier mit seinem schwelgerischen Freskenzyklus die Erfüllung seines künstlerischen Schaffens fand. Den Höhepunkt bildet das 18,3 m hohe und 11,3 m breite Monumentalbild an der Chorwand, das in einer großartigen Komposition von figurenreichen Szenen das „Jüngste Gericht“ darstellt. Kurz vor der Enthüllung dieses Monumentalgemäldes, des größten Kirchenfreskos Deutschlands, kam es zwischen dem König und Cornelius zu einem Krach, weil das Bild dem Herrscher nicht gefiel, obwohl es sonst sehr viel Beifall fand.

Es ist erstaunlich, was König Ludwig in München noch alles bauen ließ. Er forderte seine Architekten Friedrich von Gärtner und Leo von Klenze (1785—1864) auf, die Originale in Italien genau zu studieren, und so entstanden die „Feldherrnhalle“ als eine Kopie der „Log-

gia dei Lanzi“ in Florenz und das „Siegestor“ als eine Imitation des „Konstantinbogens“ in Rom.

Aber auch viele andere Bauten rund um die Ludwigstraße wurden unter Ludwigs Regentschaft errichtet. Die „Alte Pinakothek“, welche heute zu den fünf bedeutendsten Museen der Welt gezählt wird, da sie mit 60 Gemälden die größte Rubens-Ausstellung der Welt darstellt, die „Neue Pinakothek“, die im 2. Weltkrieg zerstört, aber wieder aufgebaut wurde. Schließlich ließ der König noch die „Glyptothek“, die „Propyläen“ und die heutige Antikensammlung errichten. Obwohl zu Lebzeiten des Königs nahezu die ganze Münchner Bevölkerung gegen die Bauten der Ludwigstraße protestierte, haben diese jedoch von den nachfolgenden Generationen höchstes Lob geerntet.

Die große Leistung König Ludwig I. besteht in seiner Förderung der Künste. Er scheiterte schließlich im Alter von 61 Jahren, als er die 28jährige Tänzerin Lola Montez kennenlernt und sie in den Adelsstand erheben will. Am 28. März 1848 dankte er zugunsten seines Sohnes Maximilian II. ab.

Auf dieser Prachtstraße bewegte sich am Freitag, den 8. Oktober d. J. der Trauerzug mit dem Sarg des verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Dr. h. c. Franz Josef Strauß von der „Feldherrnhalle“ bis zum „Siegestor“.

München

Einheit in der Vielfalt

Volker Traßl

Am 14./15./16. Oktober trafen sich die Pfarrgemeinderäte von München I, II und III mit ihren Standortpfarrern, Pastoralreferenten und den Pfarrhelfern zu einem gemeinsamen Familienwochenende im Haus St. Michael am Osser. Zentrales Thema war: Wie kann die Gemeindearbeit im Großraum München besser koordiniert und aktiviert werden?

Am Freitag reiste man in zwei Bussen an, nach dem Abendessen war das gegenseitige Vorstellen. Jeder Teilnehmer zog einen halben Bibelspruch und mußte sich so seine Ergänzung und damit seinen Partner selbst suchen. Die Pfarrgemeinderäte erwiesen sich als bibelfest, und bald hatten sich alle gefunden, befragten sich und stellten sich gegenseitig vor. Dabei stellte sich heraus, daß sehr viele Militärpfarrgemeinderäte auch noch in ihren zivilen Gemeinden aktiv mitarbeiten, als Kommunionshelfer, Lektoren, im Kirchenchor, in der Verwaltung, Jugendgruppen, Sachausschüssen, gar als Vorsitzender eines zivilen Pfarrgemeinderats, ebenso wurde aber auch deutlich, daß man über viele Gemeinden und das Umland verteilt war, aber auch gemeinsam im Bundeswehrgetto wohnte und zu verschiedenen Seelsorgbezirken gehörte. Der Pfarrgemeinderatsvorsitzende von München I trug dann die Probleme in seiner Militärgemeinde vor, die fast stellvertretend für alle Seelsorgbezirke gelten können. Erstes Problem ist die örtliche Trennung, der Standortpfarrer muß 190 km fahren, um von seiner Dienststelle aus alle seine 12 verschiedenen Einheiten in 7 Kasernen zu besuchen, davon eine Schule. Er hat keine eigene Kirche, und somit fehlt ihm der einigende Mittelpunkt, keine geschlossenen Wohnsiedlungen, großes Angebot in kulturellem und kirchlichem Bereich der Stadt München, gezwungene oder gewollte Integration in zivile Pfarrgemeinden, wenig aktive Soldaten (Doppelsinn), dafür mehr Pensionisten und Ehemalige, Altersstruktur der Familien an Schulen in Stäben und Einheiten

und manches mehr. Es wurde eine lange Nacht, zumal auch der Vortragende durch seine Art des Vortrags den Gemütern einheizte. Der Samstag begann mit einem Gottesdienst, Hauptzelebrent war der Wehrbereichsdekan Rafoth. Als Meßformular wurde das für die Laien gewählt. Nach dem Frühstück wurden im Plenum die Aufgaben der Pfarrgemeinderäte allgemein und in Arbeitsgruppen die Besonderheiten und die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden erarbeitet, dargestellt und nach Übereinstimmungen und Unterscheidungen verglichen. Diese Bewertung, die viel Gemeinsames, aber auch Fremdes zutage förderte, war von eifriger Diskussion, aber vor allem von tiefem Verständnis füreinander und gewolltem Zueinander getragen. Der historische Beweis wurde oft angetreten: Das haben wir schon früher versucht. . . Allgemein, wenn auch mit einiger Skepsis, wurde beschlossen: ein gemeinsamer Gottesdienst im Vierteljahr, dafür gesonderte Werbung zu machen, auch die Ehemaligen einzubeziehen, einmal in der Kapelle in der Stettenkaserne, einmal im Osten in Egming und einmal im Südwesten, damit die Last der Anfahrt ein bißchen verteilt wird. Alle Aktivitäten wurden grundsätzlich für die anderen zwei Seelsorgebezirke geöffnet, eine ständige Einladung eines Vertreters der anderen Pfarrgemeinderäte zu den Sitzungen wurde ausgesprochen, und ein gemeinsames Faltblatt für München mit Anschriften und festen Terminen wird erstellt und verteilt werden.

Der Nachmittag, gegen den guten Brauch eines erholsamen Ausfluges in die herbstliche Umgebung, wurde bei strahlendem Wetter mit intensiver Arbeit verbracht. SF Settele stellte die Situation PGR—GKS in München dar, der Wehrbereichsdekan unterstrich die Bedeutung von Verbänden in der Laienseelsorge, OTL Hafeneder schilderte an seiner persönlichen Auseinandersetzung mit Pax Christi, wie sehr man die Hilfe von anderen braucht, wie dringend die Stellungnahme zu ethischen Problemen des christlichen Soldatenstandes ist und wie wichtig der Rückhalt im Verband ist, nicht zuletzt durch die gelieferten Argumentationshilfen. Der Wehrbereichsvorsitzende der GKS stellte Ziele, Organisation und neues Image anhand des neuen Faltblattes vor. Die versprengten GKS-Mitglieder sollen gesammelt, neue zur Mitarbeit gewonnen und für München ein einziger Kreis gegründet werden.

Der Abend wurde im geselligen Kreis verbracht, in zahlreichen Einzelgesprächen wurden die vielfältigen, auch persönlichen Probleme geschildert, die Atmosphäre des Hauses tat ein übriges, so daß es ein langer, ruhiger, aber fruchtbarer Abend wurde. Am Sonntag war Kirchweih, und bewußt wurde noch einmal das Meßformular für die Laien gewählt, nur anders dargestellt. Die Kinder hatten eine große Kirche aus Papier gebastelt und hinter dem Altar aufgehängt, alles war da: Dach, Kirchturm, Glocke, Tür, nur die Menschen fehlten. Die Kinder hatten ihre Familien gemalt und klebten die Bilder jetzt auf die Kirche mit Tesafilm, um sie zu bevölkern, das hielt sie nicht aus, sie löste sich von der Wand und zwei Pfarrer und ein Pastoralreferent wollten sie wieder aufrichten, doch es gelang nicht. Die Kirche wurde erst dann wieder stabil, als sie mit Hilfe der Laien ausgebreitet vor den Altar gelegt wurde, ein Anlaß zu manchem launigen Kommentar. Der Gottesdienst wurde von Gitarre, Hackbrett und Flöten untermalt und war recht eindrucksvoll und auch die Lesung (Kor 12,12—31a). Denn wie der Leib eine Einheit ist, doch viele Glieder hat, alle Glieder des Leibes aber, obgleich es viele sind, einen einzigen Leib bilden: so ist es auch mit Christus. Durch den einen Geist wurden wir in der Taufe alle in einen einzigen Leib aufgenommen, Juden und Griechen, Sklaven und Freie. . . und mancher hier hat für sich ergänzt Priester und Laien, PGR und GKS.

Jedem ist bewußt geworden, daß die Arbeit, die geleistet wird, nicht für uns selber ist, sondern für andere, und der Pastoralreferent hat in seinen Ausführungen: „Warum arbeiten wir überhaupt in der Gemeinde mit,“ eigentlich die Zusammenfassung gegeben.

Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der euch nach dem Grund der Hoffnung fragt, die euch erfüllt.

Dieses gemeinsame Wochenende war ein Anfang, eine Willenserklärung für Einheit in der Vielfalt, für gegenseitige Hilfe und Verständnis.

Pfarrer Riemhofer hat zum Schluß alle für den ersten Advent zu einem Rorategang mit anschließendem Gottesdienst nach Egming eingeladen.

Wir freuen uns darauf, und sicher werden viele kommen.

Köln

Franz Pulm

Obwohl er der Teilnahme an o. a. Veranstaltung aufgrund des, wie es schien, zu umfangreichen Programmes skeptisch gegenüberstand, hat der Kreis Köln I mit Freude den Auftrag der GKS des Wehrbereiches III übernommen, vorbereitet und durchgeführt.

Nachträglich kann gesagt werden, daß unsere Anwesenheit im Messegelände sich gelohnt hat. Für die Herren Kötter und Schülkens sowie für Olt. Pulm war der Tag ein Erfolg. Ein Erfolg für die GKS.

Unser Wehrbereichsvorsitzender OTL Tenschert hat uns tatkräftig unterstützt. Wir waren zeitweise mit vier Offizieren in Gespräche mit zivilen Teilnehmern verwickelt und mußten Rede und Antwort stehen. Ein solches Interesse der Besucher — alles Vertreter von Pfarrgemeinderäten — war nicht an allen Ständen zu registrieren.

Aus unserer Teilnahme habe ich folgende Erkenntnisse gewonnen:

Teilnahme und Flagge zeigen ist erwünscht und kommt an. Dem überwiegenden Teil der Besucher war die GKS wie auch die Existenz eines Pfarrgemeinderates beim jeweiligen katholischen Standortpfarrer unbekannt.

Köln

Am 3. Diözesantag für Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Köln am 15. 10. 1988 nahm GKS teil

H. Schülkens

Unter dem Motto „Verantwortung in Kirche und Gesellschaft“ stand der 3. Diözesantag für Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Köln am 15. Oktober 1988.

Das umfangreiche Programm im Kongreß-Zentrum wurde ergänzt durch eine Vielzahl von Informationsständen der katholischen Verbände und Einrichtungen, als Bindeglied zwischen Kirche und Gesellschaft.

Diese Veranstaltung bot der Gemeinschaft Katholischer Soldaten des Wehrbereiches III Gelegenheit, sich durch einen Stand vielen interessierten Gemeinderatsmitgliedern darzu-

stellen. Es wurden Fragen beantwortet und gleichzeitig Informationen über Ziele, Aufgaben sowie Selbstverständnis gegeben.

Der Stand war durch den GKS Kreis Köln I vorbereitet, aufgebaut und personell besetzt worden.

Köln

„Wandertag“

Wilfried Tscherney

„Wem Gott will rechte Gunst erweisen . . .“

So und ähnlich sangen 38 Mitglieder und Freunde der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Köln im Omnibus am Samstag, dem 8. Oktober d.J. auf der Fahrt ins Ahrtal, nachdem sie an den Sammelplätzen Köln-Weiden und Heeresamt freundlich aufgenommen worden waren.

Der Sprecher der GKS, Hauptmann Franz Pulm, begrüßte uns launig, wies in den Ablauf des von Herrn Oberstleutnant a.D. Schmitz-Remy vorbereiteten Programms ein und wünschte einen anregenden Tag, der uns unterhalb und in den Weinbergen zwischen Ahrweiler, Dernau und Rech sehen sollte.

Erwartungsvoll eingestimmt, den Gesang geübt und gepflegt, nahm uns in Bad Neuenahr Herr Oberstleutnant a.D. Thon in Empfang, um sich als „Einheimischer“ und Kundiger für unsere Begleitung und Führung zur Verfügung zu stellen.

Eine kleine Stadtrundfahrt durch das Heilbad Bad Neuenahr stellte den ersten Programmpunkt dar.

Obwohl den meisten Mitfahrern die Stadt nicht völlig unbekannt war, erweckte sie erneut einen gepflegten Eindruck, zwischen Hergebrachtem und Moderne.

Dagegen wirkte das anschließend besuchte Ahrweiler als besonderer Kontrast mit seiner vollständigen Stadtbefestigung und den großartig restaurierten, malerischen Fachwerkhäusern.

Auf dem Weg von einem Stadttor zum anderen kommt man an der aus dem 13. Jahrhundert stammenden Pfarrkirche St. Laurentius vorbei, deren Besichtigung wegen ihrer eigenwilligen Innenarchitektur und den Resten alter Wandmalereien sehr lohnend ist.

Vom Rathausplatz begann danach auch der kurze, steile Aufstieg zum Rotweinwanderweg, der, aufgrund des als unsicher gemeldeten Wetters, an diesem Tag nicht so stark begangen war, aber gerade deshalb besonders reizvolle Einblicke ins teilweise sonnige Ahrtal und seine Seitentäler bot.

Auf überwiegend gleichem Höhengniveau schlängelt sich der gut markierte Weg durch die Rebhänge und erlaubte uns so, den abwechslungsreichen, interessanten Hinweisen und Erläuterungen unseres Führers ebenso zu folgen wie der Aufforderung zu einem Schnäpschen oder Schwätzchen mit den Wandersmännern und -frauen.

Zunächst oberhalb von Walporzheim und vorbei am ehemaligen Augustinerinnen-Kloster Mariental, das heute Sitz einer staatlichen Weinbaudomäne sowie Landes-Lehr- und

Versuchsanstalt ist, führte uns der Weg dann ins Tal nach Dernau zu einem einfachen, durch andere Touristen gestörten, aber mit einem guten Wein wieder aufgebesserten Mittagessen.

So gestärkt, machten wir uns auf nach Rech.

Dazu stieg Herr Thon mit uns nicht mehr zum Höhenweg hinauf, sondern wählte die anstrengungsfreie Route unmittelbar am Ufer der Ahr.

Trotzdem begannen wir mit einigem Durst die bei einem alteingesessenen Winzer im Weinort Rech vorbereitete Weinprobe und freuten uns zunehmend über die weißen, rosa- und rubinroten, halbtrockenen oder trockenen Weine, gleichgültig, ob sie von den Lagen Hårdtberg, Blume, Herren- oder Mönchberg stammten und mit einer bronzenen oder silbernen Kammermünze prämiert waren.

Die Stimmung stieg, eine Weinkeller-Besichtigung regte zusätzlich an, und mit guter Laune und reichlich Beifall begrüßten wir die örtliche Weinkönigin Birgit I. an ihrem achtzehnten Geburtstag, die uns mit ihren beiden Prinzessinnen beehrte.

Bevor wir am späten Nachmittag die Rückfahrt antraten, wurde noch Wein bestellt und gekauft — und sei es auch nur eine Flasche für die Zeit im Bus — denn, der Winzer lebt nicht von der Weinprobe allein, so wurde gesagt.

Wohlig oder leicht schläfrig, auf jeden Fall aber zufrieden, ließen wir uns nach Hause fahren.

Gesungen haben wir nicht mehr.

Wir hätten aber Grund zum Singen gehabt.

„Kein schöner Land in dieser Zeit“ und „... danke, für diesen schönen Tag“ hätte es klingen müssen!

Warren / Wales

Ökumenisches Zentrum für deutsche Soldaten eröffnet

Christian Dewitz

Sie ist gerettet! Am 26. Oktober 1988 wurde im walisischen Warren am Rande des Truppenübungsplatzes Castlemartin die aus normannischer Zeit stammende Dorfkirche „St. Mary's Church“ wiedereröffnet — als ökumenisches Zentrum für die in Castlemartin übenden Bundeswehrsoldaten und für die Bevölkerung des Ortes Warren.

Als am 26. Oktober um 18 Uhr 30 26 Geistliche (an ihrer Spitze der walisische Erzbischof — The Most Reverend The Archbishop of Wales — George Noakes, der evangelische Militärbischof Heinz-Georg Binder und für die katholische Militärseelsorge und Deutsche Bischofskonferenz Militärdekan Prälat Walter Theis und Prälat Paul Bocklet) ins altehrwürdige Gotteshaus einzogen, da wurde hinter einem Kapitel deutsch-britischer Zusammenarbeit ein glücklicher Schlußpunkt gesetzt. Und wer die Vorgeschichte zu „St. Mary's Church“ kennt, wird diesen 26. Oktober um so eher als den Tag bezeichnen können, an dem gemeinsame deutsch-britische Wünsche und Hoffnungen wahr geworden und gemeinsame deutsch-britische Anstrengungen und Beharrlichkeit belohnt wurden.

Die Geschichte einer zweinationalen Rettungstat: Seit etwa 27 Jahren bildet die Bundeswehr ihre Soldaten auf dem 1938 eingerichteten Truppenübungsplatz Castlemartin im scharfen Panzerschuß aus. Während dieser Zeit standen den Bundeswehrangehörigen keine geeigneten Räumlichkeiten für Gottesdienste zur Verfügung. Feldgottesdienste waren aufgrund der strengen walisischen Witterungsbedingungen kaum möglich, der Filmsaal auf dem Truppenübungslande auf Dauer keine Alternative.

Während die Verantwortlichen nach einer befriedigenden, dauerhaften Lösung suchten, drohte nur einen Kilometer vom Camp Merrion entfernt ein verlassenes Gotteshaus langsam zu verfallen — „St. Mary’s Church“.

Diese Kirche diente bis 1975 der Gemeinde Warren als Stätte des Gebets. Hohe Arbeitslosigkeit im Walisischen und die Aussicht auf Verdienst in britischen Industriegebieten führte in den folgenden Jahren bald auch in Warren dazu, daß die Gemeinde kleiner und kleiner wurde. Bald schon waren die Glocken von „St. Mary’s“ verstummt, die Kirche blieb leer und ungenutzt, war schließlich dem Ruin preisgegeben und stand zum Verkauf. Anfang 1986 bot sich dem Betrachter folgendes Bild: Grundmauern, Seitenmauern und Turm der Kirche hatten massiv der Witterung trotzen können — völlig verfallen war jedoch das Kirchendach und der Innenraum des Gotteshauses bereits vermodert.

Vielleicht bot sich dieser traurige Anblick 1986 auch dem Leiter des deutschen Verbindungskommandos in Castlemartin, Oberstleutnant Hermann Roessler? Sicherlich! Denn Roessler gehörte neben Lieutenant Colonel Patrick Lort-Phillips, britischer Kommandant des Camp Merrion, und dem Ortspfarrer der Kirchengemeinde Warren, Reverend David Leak, zu den späteren Rettern „St. Mary’s“. Die drei gründeten die Stiftung „The Warren Church Charitable Trust“, ein Trust, der unter Schirmherrschaft des walisischen Erzbischofs die Instandsetzung und Wiedereröffnung des alten Gotteshauses betrieb.

Das Tagebuch des „Warren Trust“ liest sich heute so: Ende 1986 Planungsbeginn für die Restaurierung. Aufnahme der Kirche in die Liste der zu erhaltenden Baudenkmäler. Ermittlung des Kostenvoranschlags — er erbringt die Summe von etwa 450 000 Mark. Beginn der Bauarbeiten im März 1988 unter Mitwirkung britischer Architekten, die für die Wiederherstellung von „St. Mary’s“ sogar auf ihr Honorar verzichteten. Gleiches tun jene britischen Rechtsanwälte, die den Trust juristisch beraten. Der verfügt 1988 zur Restaurierung der Kirche über folgende Geldmittel: Ca. 150 000 Mark von der katholischen Militärseelsorge, ca. 150 000 Mark von der evangelischen Militärseelsorge, ca. 150 000 Mark vom Walisischen Amt für Denkmalpflege. Dazu zahlreiche Spenden deutscher Firmen, der übenden Panzerverbände, der Bevölkerung und der Besucher, die beim Aufenthalt in Castlemartin natürlich auch gespannt den Verlauf der Restaurierungsarbeiten in Warren verfolgen.

Und das Trust-Tagebuch verzeichnet auch eine ganz besondere Spende: Dr. Manfred Wörner, damaliger Bundesverteidigungsminister und heutiger NATO-Generalsekretär, macht „St. Mary’s“ ein Geschenk, dessen Wert sich nicht nur auf 21 000 Mark beziffern läßt. Zur Wiedereröffnung der Kirche und zum Einzug der Geistlichen, Soldaten und Freunde von „St. Mary’s“ erklang die 1842 in Suffolk gebaute, mittlerweile restaurierte Orgel, auf der Felix Mendelssohn-Bartholdy einst seine berühmten „Impressionen über die britische Insel“ spielte. Wörner hatte die Restaurierungskosten für dieses musikhistorische Juwel übernommen.

Abschließend verzeichnet das Tagebuch einer „deutsch-britischen Rettungsaktion“ einen Namen, der während aller Arbeiten in Wales im fernen Kölner Heeresamt für konsequente Unterstützung des Projekts stand: Walter von Lossow, Oberst i.G. und Mitglied des Beirates der deutschen Militärseelsorge, hatte — still im Hintergrund wirkend — in der Bundesrepublik all jene Finanzquellen erschlossen, die — neben den Geldgebern jenseits des Kanals — die Verwirklichung des Rettungs-Projekts erst ermöglichten.

Der 26. Oktober 1988 und die Wiedereröffnung der alten Warrener Dorfkirche fanden naturgemäß bei den britischen Medien ein großes Echo. Rundfunk und Fernsehen waren beim Festakt im nun 200 Personen fassenden Kirchenschiff ebenso vertreten wie die Printmedien. Mit Wiedereröffnung des Gotteshauses übergab der Erzbischof von Wales der Öffentlichkeit nicht nur ein kirchliches und kulturelles Zentrum, das Platz bietet für Andacht, Gebet und Gottesdienst, für Chormusik und Instrumentalkreise. Es entstand unter der uneigennützigen, beispiellosen Mitwirkung britischer und deutscher Helfer ein in der Region um Castlemartin vorbildlicher Ort der Begegnung — Begegnungsstätte der Ökumene, Treffpunkt der Soldaten beider Nationen und der Zivilbevölkerung.

„St. Mary's“ ist gerettet, und das letzte Wort in einem aufregenden Kapitel deutsch-britischer Zusammenarbeit sei den Initiatoren des Projekts und Gründern des „Warren Church Charitable Trust“ überlassen. Sie sagten nach der feierlichen Wiedereröffnung im walisischen Warren: „All dies wurde nur durch die Zusammenarbeit und den Enthusiasmus möglich. Unser Dank richtet sich an die evangelische und katholische Militärseelsorge der Bundeswehr, an The Most Reverend George Noakes, den Erzbischof von Wales, und besonders an jene, die sich durch großzügige Spenden an der Restaurierung und Rettung von St. Mary's Kirche beteiligt haben.“

Das aktuelle Buch

Seit alters her ist Weihnachtszeit auch Bücherzeit. Dennoch ist heutzutage diese Regel nicht mehr allgemein gültig. Radio und Fernsehen, Film und Video „rauben“ viel von der Zeit, die einst dem Buch gewidmet wurde. Daher droht dem Menschen heute, daß er nur noch oberflächlich oder einseitig informiert den Lebenskampf bestehen muß.

Aber gerade das Buch bietet tiefere Informationen und mehr Anregungen für Phantasie und Sprache.

Wir sollten unsere Umgebung wieder mehr mit dem Buch vertraut machen und Anregung zum Lesen bieten.

Zum Geburtstag des Herrn

Gedanken bekannter Christen zum Weihnachtsfest, Hg. Wilfried Hagemann, Zeichnungen von Dietlinde Assmus, Verlag Neue Stadt, Gleißnerstr. 87, 8000 München 83, ISBN 3-87996-208-1, 107 Seiten.

Sicherlich wird mancher darüber nachdenken, was Weihnachten ihm persönlich, aber auch seiner Familie und seiner Umgebung bedeutet. Mit schönen und bitteren Erinnerungen mischt sich die Frage nach der Bedeutung des Festes heute.

Wenn noch ein Funken des Glaubens an Christus den Erlöser vorhanden ist, dann wird man nicht umhin können, von der Einzigartigkeit des damaligen Geschehens gepackt zu sein — im Glauben und im Zweifel.

Der Herausgeber hat es nun unternommen, „Zeitzeugen“ zu befragen. Die weihnachtlichen Texte reichen von Ambrosius (†397) über Martin Luther bis in die Neuzeit zu Bischof Lehmann, Dietrich Bonhoeffer, Karl Rahner u.v.a. Dadurch spannt sich ein Bogen christlichen Glaubens an das Weihnachtswunder von den Anfängen bis in unsere Tage und weist damit auch in die Zukunft.

In der Stunde tiefer Dunkelheit sagte Edith Stein voll Vertrauen: „Der Stern von Bethlehem ist ein Stern in dunkler Nacht — auch heute noch.“

So gibt dieses Büchlein in seiner bescheidenen Form hoffnungsfrohe Gedanken für die weihnachtliche Zeit.

H. F.

... und beten tun wir auch

Gebete für Kinder im Grundschulalter, Reinhard Abeln, Verlag Neue Stadt, ISBN 3-87996-3, 70 Seiten.

Oftmals finden es Erwachsene so schwer, den Kindern ein paar Gebete mehr mitzugeben als die Grundgebete der Kirche. In ansprechender Weise hat Reinhard Abeln in diesem schmalen Bändchen Gebete für die Situation der Kinder zusammengestellt — für den Tag, im Laufe des Jahres usw. Es sind einfache, aber situationsbezogene Gebete. Man kann sie vorlesen, aber auch den lesekundigen Kindern überlassen. Das Büchlein wird ihnen vielfach helfen, den Anknüpfungspunkt zu einem Gespräch mit Gott — zum Beten — zu finden.

E. A. F.

Schwester Erde

Lernen vom Schöpfer und seinen Werken, Dom Helder Camara, Verlag Neue Stadt, ISBN 3-87996-218-9, 75 Seiten.

Viele kennen den einsatzfrohen Erzbischof Dom Helder Camara aus seinem Engagement für die Armen in Brasilien.

Nicht ganz so bekannt ist, daß dieser Kirchenmann, seit er sich mit 75 Jahren vom „aktiven“ Dienst zurückgezogen hat, der Seelsorge lebt. Er hat ein inniges Verhältnis zur „Schwester Erde“, er lebt mit den Tieren und Pflanzen und sieht in ihnen das Bild des Schöpfers.

Aus der „Schule des Universums“ holt der greise Erzbischof seine Gedanken und „predigt“ sie den Mitmenschen, damit sie sorgfältiger mit dem umgehen, was ihnen auf Lebenszeit geliehen wurde.

Er macht den Lesern, die von seiner stilvollen, klaren und einfühlsamen Sprache gleich gefangen werden, Mut zum Leben, zum Leben im tiefen Sinne des Schöpfers. H.F.

Vater Benedikt

Sein Leben, erzählt und illustriert von Benediktinerinnen der Abtei Sant Benet de Montserrat, M. Regina Goberna, Verlag Neue Stadt, ISBN 3-87996-225-1, 128 Seiten.

Der heilige Benedikt, dessen frommer Geist den Glauben in Europa entscheidend mitgeprägt hat, kann auch den Menschen heute noch manche Anregung geben.

M.R. Goberna hat nun mit auf den ersten Blick sehr einfachen Texten und M. Lurds Vinas mit fast kindhaft anmutenden Zeichnungen ein Werk zur Meditation gestaltet.

Wenn man die Texte langsam liest und dabei auch die Bilder auf ihre Zuordnung und Aussage hin betrachtet, kann man sich dem eigenartigen Zauber einer inneren Frömmigkeit nicht entziehen. Unvermutet wird der Leser durch die Aussagen mit der Lebensregel des Heiligen vertraut und kehrt mit den Gedanken immer wieder an den Ursprung zurück. Und der Ursprung sind die Liebe Gottes und die Erlösungstat Christi.

Das Büchlein schließt mit zwei bemerkenswerten Betrachtungen. Das Gebet des Vaters Benedikt als er am Gründonnerstag des Jahres 547 heim zum Vater im Himmel gerufen wurde und mit dem Gedanken zum Weg des Heiligen:

„Hab keine Furcht. Halt inne und beuge das Knie.“

Ein Büchlein, das erfüllt und von den Sorgen des Tages befreit.

H.F.

Johannes vom Kreuz

Ich will ihn suchen, den meine Seele liebt, Hrsg. Karmel in Mailand, Verlag Neu Stadt, ISBN 3-87996-200-6, 120 Seiten.

Die Welt der Technik ist oft grausam leer. Da tut es gut, wenn man sich einmal von jenen Menschen inspirieren — vielleicht auch nur einmal eine kurze Zeit ablenken — läßt, die große Prüfungen erlebt, darüber reflektiert und sie für uns aufgeschrieben haben.

Die Mystiker des Mittelalters können uns Wegweiser und Helfer sein.

Johannes (1542–1591), der die Bezeichnung „vom Kreuz“ in seinem ersten Reformkloster wie einen Familiennamen annahm, hat in seinen Werken seinen Weg dargelegt.

In diesem Büchlein sind nun quasi wie Stationen die Gedanken dieses Kirchenlehrers dargestellt, die ihm in der konsequenten Nachfolge des Gekreuzigten wesentlich erschienen.

Aus ihrer Dichte, aber auch aus der feinen Poesie erfährt man von der inneren Welt des großen Mystikers. Man erlebt die Anheimgabe in einen tiefen, bedingungslosen Glauben und die daraus erwachsende Ruhe und Befriedigung.

Ein Büchlein, das zur Ruhe zwingt und zum Nachdenken anregt.

H.F.

Thomas von Aquin

Grenze und Größe mittelalterlicher Theologie, Otto Hermann Pesch, Matthias-Grünwald-Verlag, Postf., 6400 Mainz, ISBN 3-7867-1371-5, 452 Seiten.

Prof. Otto H. Pesch ist als katholischer Theologe am Fachbereich für Evangelische Theologie in Hamburg tätig. Bei seinen Werken geht es dem Verfasser darum, nach dem Ende der thomistischen Schultradition, aus der Diskussion mit den theologischen Fragen des Thomas von Aquin Engführungen im modernen theologischen Denken aufzubrechen.

Thomas ist für Pesch nicht der Schöpfer einer zeitlosen Theologie, sondern eine Gestalt der Geschichte. Mit Luther ist er nach dieser Aussage einer der beiden überragenden Gestalten der westlichen Christenheit.

Nun glaubt der Verfasser, daß gerade unter der Berücksichtigung der geschichtlichen Bedingtheit der Antworten eines Thomas für die heutige Theologie Antworten gefunden werden können, die hoffnungsvolle Ansätze für die Zukunft versprechen.

Dieses Buch, vorwiegend für Theologen und Theologinnen sowie Interessenten der mittelalterlichen Geschichte gedacht, ist dennoch allgemein interessant. Es liest sich recht gut, setzt aber voraus, daß man eine gewisse Kenntnis kirchlicher Verkündigungen und mittelalterlicher Geschichte hat.

Es wird auch die ungeheure Arbeitsleistung dieses Dominikanermönches gewürdigt. Immerhin ist bezeugt, daß Augustinus zu gleicher Zeit drei Sekretären verschiedene Werke diktieren. Jeder schrieb in Kursive und jeweils setzte der erste in Kursive um, wenn dem zweiten diktieren wurde.

Schließlich endet dieses Buch — voller Spannung und Information — mit dem Bekenntnis, daß in der abschirmenden Welt der Klosterzelle tiefe, vielleicht auch fremdartige, aber doch unverzichtbare Einsichten über das heilvolle, gnädige Miteinander von Gott, Mensch und Welt möglich sind.

Lesen ist schön.

H.F.

Der deutsche Katholizismus in der zeitgeschichtlichen Forschung

Ulrich von Hehl/Konrad Reppen (Hg.), Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz, ISBN 3-7867-1393-3, 144 Seiten.

Zum 25. Jahrestag der Gründung der Kommission für Zeitgeschichte wurde am 23. Okt. 87 ein Kolloquium mit der Bezeichnung: „Der deutsche Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts in der zeitgeschichtlichen Forschung“ in Bonn-Bad Godesberg abgehalten.

Es wurde festgestellt, daß der Katholizismus, obwohl eine der wichtigsten politisch-sozialen Kräfte der jüngeren deutschen Geschichte, zu den vernachlässigten Feldern der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft gehört. Selbst ausländischen Beobachtern fällt diese Tatsache auf.

Somit ist es sinn- und verdienstvoll, daß in diesem Sammelband Vorträge zu diesem Thema veröffentlicht werden. Das Büchlein ist voller Spannung zu lesen, zumal der Redestil der einzelnen Vortragenden sorgfältig gewahrt blieb. Das Büchlein endet mit einer Aussicht künftiger Forschungsperspektiven.

Man muß, wenn man heute in die Diskussion des Alltags einsteigen will — muß —, sich die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission ansehen. Denn hier wird doch durch wissenschaftlichen Nachweis mit vielen Vorurteilen der Vergangenheit aufgeräumt. Der Katholik sollte etwas mehr von den vielen kleinen guten Taten seiner Kirche — Priester, Laien — wissen, um nicht ständig in der Verteidigung bleiben zu müssen.

E.A.F.

Heeresgeschichtliches Museum Wien

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Heeresgeschichtlichen Museum, verfaßt von Liselotte Popelka, Verlag Styria, Schillerstr. 6, 5000 Köln 51 (Graz — Florence), ISBN 3-229-11760-8, 62 Seiten mit 120 Bildern.

Über ein Museum zu berichten ist niemals leicht. Dennoch ist es in diesem Werk geglückt, einen Einblick in die große Sammlung des Heeresgeschichtlichen Museums zu tun. Mehr als das Anschauen guter Bilder bringt der Text, der zu vielen historischen Fragen Anlaß geben kann. Dabei ist nicht nur die Frage „was wäre geworden, wenn...“ legitim, sondern auch eine Auseinandersetzung mit dem Gang der Geschichte von den Anfängen des kaiserlichen Heeres bis in die Zeit des heutigen österreichischen Bundesheeres.

Für sicherlich manchen jungen Zeitgenossen wird es erstaunlich sein, zu erfahren, daß es einst auch eine recht erfolgreiche österreichische Marine gegeben hat.

Insgesamt ein interessantes Buch, das zum Besuch dieses Museums in Wien anregt.

H.F.

Mensch sein im Dienst

Berufsethische Impulse, Hg. Werner Knubben und Dierk Schäfer, Verlag Herder, Freiburg, Hermann-Herder-Str. 4, ISBN 3-451-21059-2, 144 Seiten.

Dieses Buch soll den Leser anregen, wie man im Spannungsfeld von Beruf und Privatleben menschlich bleiben kann. In teilweise spannenden, zum Teil aber auch nicht sehr erfreulichen Texten und mit Karikaturen sollen Wege aufgezeigt werden, auch in besonderen belastenden Situationen nicht in ein bloßes Funktionieren abzugleiten. Viele Zitate von großen Geistern unserer Zeit geben dem Buch ein gewisses Flair. Ob man aber derartig zusammengestellte Szenen aussuchen muß, um vor allem junge Menschen zu erreichen, erscheint fraglich. Umwerfend ist dieses Buch nicht.

E.A.F.

Und es nickte der kopflose Bischof

Adalbert Seipolt, Echter-Verlag, Juliuspromenade 64, 8700 Würzburg, ISBN 3-429-01156-6, 151 Seiten.

Adalbert Seipolt ist als Verfasser schnurriger Erzählungen bekannt. Als Benediktinerpater im Kloster Meppen tätig als Lehrer und Erzieher, kennt er die kleinen Schwächen und Eigenarten der Menschen. In diesem Büchlein hat er sich die vierzehn Nothelfer und Nothelferinnen vorgenommen. In der Klosterkirche Vierzehnheiligen treffen sich die vierzehn Nothelfer, um auf einer Konferenz über die Neuverteilung ihrer Aufgaben gemäß der neuen Situation auf dem Arbeitsmarkt zu beschließen.

Die Nothelfer bleiben von „fast“ keiner Situation verschont, die ihnen das Leben in der „neuen“ Zeit bereitet.

Amüsant zu lesen, zumal der Autor so manches zu „schwarze Getue“ freundlich auf die Schippe nimmt. Flott zu lesen und Anlaß zu manchem Schmunzeln.

E.A.F.

Die Worte Jesu

Auf Grund des Neuen Testaments herausgegeben von Friedrich Eichler, österreichischer Kunstverlag, Verlag Dr. Peter Glas, Tegernseer Landstr. 161, 8000 München 90, ISBN 3-85395-103-x, 196 Seiten.

Der Autor hat hier ein Büchlein zusammengestellt, vor dem man zunächst etwas ratlos steht. Wenn man aber das Vorwort eingehend liest, dann erkennt man das Ordnungsprinzip.

Es handelt sich nur um Originalworte Jesu.

Auf ergänzende oder erklärende Zusätze wurde verzichtet. Man findet aber am Anfang der jeweiligen Textstelle eine laufende Nummer und ein Datum. So ist es möglich, jeden Tag mit einem speziellen Wort Jesu zu beginnen. Die Reden Jesu sind nach der Entstehungsgeschichte (Markus, Lukas, Matthäus und Johannes) geordnet.

Ein Register eröffnet einen leichten und schnellen Zugang zu den einzelnen Texten.

H.F.

P. Michael Pro SJ

Ein mexikanischer Schlingel wird Priester und Märtyrer, Lothar Groppe SJ, Freundeskreis Maria Goretti e.V., Planegger Str. 22b, 8000 München 60, 172 Seiten.

Pater Michel Pro sagt den heutigen Menschen wenig, vielleicht sogar gar nichts. Nur wenn man die Nachrichten aus dem Vatikan verfolgt hat, dann kann man gelesen haben, daß Pater Pro am 25. September 88 seliggesprochen wurde. Aber dieser Pater Pro stammt ja aus einem Land, das uns so fern liegt — aus Mexiko.

Und dennoch hat dieser Pater Pro für eine große Anzahl von Jugendlichen im Dritten Reich eine faszinierende Ausstrahlung gehabt.

Der Selige wurde am 23. November 1927 im Hof des Polizeipräsidiums erschossen, weil er es gewagt hatte, einer Diktatur zu trotzen. Für ihn war nicht der Staat die letzte Instanz, sondern Gott. Er starb mit dem Ruf: „Es lebe Christus, der König!“

Wer sich an die Zeit im Dritten Reich erinnern kann, wird wissen, daß die Christkönigslieder den damaligen Machthabern sehr schwer im Magen lagen. Bezeugten doch alte wie junge Menschen auf Wallfahrten, Prozessionen und im kirchlichen Raum, daß Christus allein der ist, dem die letzte Autorität zusteht.

So war also der damalige Märtyrer der Jugend ein Beispiel und Vorbild, wie man aus dem Glauben leben und treu sein kann bis in den Tod. Pater Pro besitzt aber auch eine Ausstrahlungskraft in seiner Heimat. Lange hat man versucht, den Papst von einer Seligsprechung „abzuraten“, da man in Mexiko weiß, daß die religiösen Rechte noch immer nicht in voller Freiheit gewährt werden.

So befürchtete man auf der Seite des Staates und hoffte man auf seiten des Volkes, daß von dem Seligen eine Entwicklung zu mehr Freiheit ausgeht.

Pater Groppe hat nun in Mexiko recherchiert und das Leben des Seligen in seinen Stationen — angereichert mit einer Reihe von Fotos — nachgezeichnet. So ist ein einfaches, aber informatives, ernstes und doch zuweilen heiteres Büchlein entstanden.

Es lohnt sich zu lesen. Zu beziehen ist das Werk über die oben stehende Anschrift.

H.F.

Problemfelder, die immer wieder in den Schlagzeilen stehen, sind Südafrika, Lateinamerika und natürlich der Nahe Osten. Informationen über diese Gebiete sind nicht leicht zu erhalten. So ist es gut, wenn man sich — außer mit den Tagesmeldungen — auch mit den geschichtlichen Hintergründen vertraut macht.

Die Geschichte der Kirche in Lateinamerika

Enrique Dussel, aus dem Spanischen von Horst Goldstein, Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz, ISBN 3-7867-1341-3, 436 Seiten mit Tabellen und Abbildungen.

Der Autor möchte mit seiner „Geschichte der Kirche in Lateinamerika“ einmal die historischen Fakten würdigen. Zum anderen versucht er, die Geschichte als Quelle der Identitätsfindung lebendig werden zu lassen.

Die Einflüsse des christlichen Glaubens sind nach der Zeit der Entdeckung vorwiegend spanischen Ursprungs.

Dabei hat weltliche Eroberung und Unterdrückung zuweilen eine unheilige Allianz mit Teilen der Kirche geschlossen. Das Engagement der Kirche für die Unterdrückten, insbesondere die Indianer, hat aber eine ebensolange Tradition. So hat sich hier eine besondere Art des Einsatzes für die Armen entwickelt, die sich auch in den Unabhängigkeitskriegen und bei der Bildung der modernen Staaten erhalten und weiterentwickelt hat.

Dussel als Philosoph und Theologe entwickelt daraus auch das Entstehen der Theologie der Befreiung in den letzten 30 Jahren.

Die Verknüpfung der verschiedenen Lebenslinien — alte Kultur, Eroberung, Unterdrückung, Ausbeutung, neue Kultur, christlicher Glaube, Armut und Not — führt zu einer eigenen Inkulturation und stellt dabei auch die Frage nach der eigenen Identität. Diesen vielfältigen, oft verwirrenden Gegebenheiten versucht der Autor nachzugehen und sie für den Leser verständlich zu machen.

Diese Darstellung ist besonders auch für den europäischen Christen wertvoll, weil sie eine Brücke zum Dialog schlägt.

Ein ausführliches Register erleichtert eine schnelle Orientierung.

H.F.

Chile: Der Zukunft eine Chance

Ein Bericht des lateinamerikanischen Instituts ILADES zum Konflikt Kirche, Staat, Hrg. Renato Poblete, Verlag Grünewald-Kaiser, Mainz, ISBN 3-7867-1266-2, 232 Seiten.

Dieses sehr interessante Buch gliedert sich in zwei Teile. Erwähnenswert ist aber auch die Einleitung, die in gut ausgesuchten Fakten und Zahlen einen lebendigen Eindruck von diesem so großen und eigenartig geformten Land vermittelt. Auch die historische Entwicklung ist recht anschaulich — trotz der Kürze — umrissen.

Der erste Teil behandelt dann die großen Probleme der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wirklichkeit.

Der zweite Teil behandelt die Rolle der Kirche sowohl in geschichtlicher Hinsicht als auch im Hinblick auf den Einfluß, den sie über die verschiedenen Dienste zur sozialen Entwicklung und zur Förderung des Menschen in der Gesellschaft, ausübt.

Das Buch schließt mit einem bemerkenswerten Satz: „Für die Kirche ist es wichtig, den Konflikt zwischen der Soziallehre der Kirche, als lehramtlicher Instanz, und der Theologie der Befreiung, als einem fast parallelen Lehramt, zu überwinden.“

Diese Aussage erscheint für das gesamte Lateinamerika von Bedeutung, ebenso die Schlußfolgerung: „Dazu bedarf es langer Zeit.“ Ein hilfreiches Buch.

H.F.

Das Ende der Neuzeit. Die Macht.

Romano Guardini. Verlag Grünewald/Schöningh, ISBN 3-7867-1250-6, 188 Seiten.

Der unvergessene Romano Guardini (1885—1968) hat eine Fülle von Aussagen hinterlassen, die nun unter der Bezeichnung „Romano Guardini Werke“ herausgegeben werden.

Dieser Theologe und Religionsphilosoph mit Lehrtätigkeiten in Bonn, Berlin, Tübingen und München hat als einer der ersten vom Ende der Neuzeit gesprochen.

In den hier vorliegenden beiden Essays setzt er sich mit den Problemen einer nachneuzeitlichen Gesellschaft und den Grenzen der Machbarkeit auseinander.

Er zeigt auf, wie der Glaube des 19. Jahrhunderts an Fortschritt und Machbarkeit in einen Kulturpessimismus umschlägt und den Menschen in seine Schranken zurückweist.

Er weist bereits damals auf die Gefahr hin, daß der Verlust der Ehrfurcht vor der Natur, das Aufgehen des Individuums in der Masse im schlimmsten Fall sogar zur Selbstzerstörung des Menschen führen kann.

Nach den traurigen Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus hinterfragt der Autor, wohin der Mißbrauch der Macht führen kann. Er stellt auch die Frage nach den Grenzen der Macht, eine Frage, die z. B. angesichts der Genforschung hochaktuell ist. Die Bändigung der Macht durch die Bildung des Sinn-Mittelpunktes strebt Guardini an.

Nicht leicht zu lesen, aber informativ.

H.F.

Sorge um den Menschen

Romano Guardini, Band 1, Verlag Grünewald/Schönigh, ISBN 3-7867-1374-x, 256 Seiten.

In diesem Band aus der Reihe „Romano Guardini Werke“ versucht der Autor die Frage zu klären, ob der Mensch durch den rasanten Fortschritt überfordert wird oder ob sich Zivilisationsschäden durch einen veränderten Lebensstil vermeiden bzw. beheben lassen.

Der Philosoph weist darauf hin, daß der Mensch irren und damit auch falsch planen kann. Er zeigt die Schäden und Bedrohungen auf, die entstehen, wenn der Mensch in funktionierende homöostatische Systeme unnötig eingreift.

So warnt Guardini vor den möglichen Folgen, aber zeigt auch Wege auf — an Beispielen — wie Erfahrungen aus Kultur und Tradition in der Menschheitsgeschichte immer wieder zu einem menschenwürdigen Leben verholfen haben.

Von dieser Hoffnung spricht Guardini auch in seiner Rede am 28. April 1962, nach der Verleihung des „Praemium Erasmianum“. Unter dem Thema „Europa — Wirklichkeit und Aufgabe“ sieht er in diesem Gedanken ein Europa, das mit seinen Menschen, Völkern und Kulturen in einer Ordnung des Landes und der Erde lebt, eine ethische Utopie, die eine Vorform der Realität ist. Er warnt davor, daß Europa diese Aufgabe versäumen könnte.

Man sollte sich mehr damit beschäftigen.

H.F.

Die bekannte Unbekannte

Hanna-Barbara Gerl, Frauenbilder in der Kultur- und Geistesgeschichte, Matthias-Grünewald-Verlag, Postfach, Mainz, ISBN 3-7867-1365-0, 160 Seiten.

Frau Dr. phil. habil. H.-B. Gerl ist seit 1988 Akademische Rätin am „Guardini-Lehrstuhl“ der Universität München.

In diesem Büchlein versucht die Autorin darzulegen, daß sich aus dem *richtigen* Wahrnehmen der Geschichte die Zukunft erschließen kann. Das Zusammenleben von Mann und Frau hat in der Geschichte — aber auch in der Geistesgeschichte — verschiedenartige Ausprägungen erfahren. Frau Gerl sucht nun aus diesen Gegebenheiten herauszukristallisieren, was an Bleibendem und Hilfreichem für die Zukunft tragfähig ist. Weiterhin ist sie der Auffassung, daß auch das Christentum dazu seine Beiträge geliefert hat und noch liefert.

Perspektiven, wie das Zueinander von Mann und Frau und eine theologische Interpretation darüber aussehen könnten, beschließen das Büchlein.

Es ist ein anregender Weg durch die Geistesgeschichte, aber nur mit einer gewissen Vorbildung vollinhaltlich zu verstehen.

H.F.

Der Preis der Freiheit

Anstöße zur gesellschaftlichen Verantwortung des Christen, Franz Kamphaus, Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz, ISBN 3-7867-1325-1, 176 Seiten.

Bischof Franz Kamphaus ist in der Tiefe seines Glaubens überzeugt von der befreienden Botschaft vom Reiche Gottes — (auch) für unsere Zeit. Aus diesem Bewußtsein sagt er die Botschaft Christi — ungelegen oder gelegen. Oftmals werden seine Aussagen heftig diskutiert. Nicht jeder kann sich auf den ersten Blick mit solchen Aussagen anfreunden. Doch allemal überlegens- und dann auch zustimmenswert sind seine Werke.

Zur menschlichen Freiheit, zum Frieden, zu § 218, zur Bedeutung der Caritas im Leben der Gemeinde, zur Asylantenfrage, zu Problemen der Wirtschaft und der Kirche, aber auch zur Betriebsverfassung und zur Askese in der Konsumwirtschaft hat sich dieser Bischof eindeutig geäußert.

Seine Äußerungen sind Aufforderungen an die Christen, sich ihrer Verantwortung für das Handeln in Gesellschaft und Politik bewußt zu werden und so an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken.

Ein Buch, das anregt, sich mit der sozialen und politischen Relevanz des Glaubens auseinanderzusetzen. H. F.

Alternativen zur Strafjustiz

Biblische Gerechtigkeit. Freistätten. Täter-Opfer-Ausgleich, Hermann Bianchi, Kaiser-Grünwald-Verlag, Mainz, ISBN 3-7867-1336-7, 172 Seiten.

In der Bevölkerung ist man mit der Strafjustiz unzufrieden. Einigen ist alles zu lasch, anderen ist der Strafvollzug zu streng. Es ist letztlich die Frage: Soll die Strafe abschrecken, soll sie sühnen oder was will man erreichen?

Der Autor nun unternimmt es — nach einigen Darlegungen über die verschiedenen Rechtsarten —, auf das biblische Gerechtigkeitsdenken zurückzugreifen, das mehr auf Konfliktlösung als auf Vergeltung abzielt.

Radikaler als die diversen Versuche, das Strafrecht zu humanisieren und die Kriminellen zu resozialisieren, tritt der Autor für ein alternatives Rechtssystem ein. Die Hauptgedanken sind dabei christliche Liebe, Konfliktlösung und Versöhnung. In dieses Geschehen soll dann das Opfer stärker als bisher einbezogen werden.

Wenn sich auch einige Gedanken sehr idealistisch anhören, so muß dennoch bedacht werden, ob und in welchem Maße eine solche Reform der Justiz aus der Sackgasse führen kann.

Es muß aber ebenso bedacht werden, ob es nicht in manchen Menschen einen Hang zum Bösen gibt, der weder durch soziale Umstände noch durch repressive Strukturen hervorgerufen wird.

Ein Buch, mit dem sich Juristen, Juristinnen, aber auch Politiker auseinandersetzen sollten. H. F.

Hier hat Gott gelebt

Paul Bruin, Fred Mayer, Oesch Verlag, Zürich-Glattbrugg, Industriestr. 54, CH-8152 Glattburg, ISBN 3-85833-334-4, 253 Seiten, viele Bilder.

Dieses Buch gehört zu den Schätzen auf dem Büchermarkt. Zunächst bringt es eine große Anzahl guter Informationen zum Heiligen Land. Die Texte sind klar und deutlich. Sie werden ergänzt durch eine Fülle eindrucksvoller Bilder. Ein meisterhafter Fotograf und ein gestandener Pfarrvikar haben sich zu einem Meisterwerk zusammengefunden.

Herausgewachsen ist dieses Buch aus dem Gedanken des Johannesevangeliums (1,14): „Und das Wort ist Fleisch geworden und hat unter uns gewohnt“.

So führt dieser Bildband von den heiligen Stätten der Kindheit Jesu über die Orte des öffentlichen Wirkens bis hin zu denen des Leidens — und der Verklärungsgeschichte.

Wenn man diese Schönheiten im Bild sieht, kann man nicht umhin, mit innerer Ergriffenheit auch die Texte zu lesen.

Wer sich zunächst mehr dem Text widmet, wird dem heiligen Geschehen so nahegebracht, daß er das Bild als weitere geistige Bereicherung empfindet.

Ein Buch, das man nicht in einem Zuge lesen kann, es verlangt viel Denkarbeit, aber ein Buch, das man nicht aus der Hand legt ohne innere Bereicherung.

H.F.

Ein Glaubenswort für jeden Tag

Herausgegeben von Ursula Muth-Schwering. Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1987. Sonderband. 128 Seiten. ISBN 3-451-20895-4.

„Der Glaube hat nicht nur den Sinn, sondern auch die Freude in die Welt gebracht“ (Paul Claudel). Ursula Muth-Schwering, die schon eine ganze Reihe heiterer Taschenbücher herausgebracht hat, will mit den Glaubensworten, die in diesem Sonderband gesammelt sind, Freude vermitteln. Sie machen den Alltag heller und geben Impulse, den Glauben sichtbar werden zu lassen in Güte, Hilfsbereitschaft, Mitmenschlichkeit.

„Nächstenliebe, Freundlichkeit, brüderliches Mitleid mit dem Leidenden ist für diesen oft viel notwendiger als alle Arzneien“ (Fjodor Michailowitsch Dostojewski).

„Kein Mensch ist so arm, daß er nicht irgend etwas zum Verschenken hätte. Man soll geben, was man hat. Für irgend jemanden ist es vielleicht mehr, als man zu hoffen wagt“ (Henry W. Longfellow).

Das ganze Jahr hindurch sollen uns diese Glaubensworte begleiten. An jedem Tag können wir uns mit einem neuen kleinen Gedanken beschäftigen und unseren Glauben durch ein wenig Besinnlichkeit stärker hervortreten lassen. „Die Sichtbarkeit des Glaubens ist die Liebe...“ (Emil Brunner). Die Liebe zum Nächsten bringt Freude und gibt unserem Leben einen Sinn.

C.S.

Menschen um uns '89

Aktueller Lesekalender für Jungen und Mädchen

Wer sich bei dem Stichwort Kalender nur einen Abreiß-Kalender mit vielen schönen Bildern oder beim Stichwort „Kinderkalender“ nur die üblichen Klischees im Kopf hat (etwa eine langweilige Monatsübersicht), der kennt noch nicht die Lesekalender der Katholischen Sozialistischen Arbeitsstelle (KSA) für Jungen und Mädchen im Alter von 9 bis 14 Jahren. Der Lesekalender „Menschen um uns '89“ ist soeben erschienen und packt auch diesmal wieder Themen an, die die jungen Leute von heute angehen: Umweltbewußtsein, der Umgang mit ausländischen Mitbürgern und alten Menschen sowie kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Alkohol- und Konsumverhalten sowie Rauchen sind nur einige wenige Reizworte aus der großen Themenpalette.

Mit seinen interessanten Textbeiträgen bietet der Lesekalender '89 nicht nur allerhand Stoff zum Nachdenken und Diskutieren, sondern auch Ratespaß und vielerlei Sachen zum Lachen und Schmunzeln. Hier einige Auszüge aus dem Inhalt: „Was ich will, ist doch klar“ — „Wie stellst du dir deine Zukunft vor?“ — „Ein Computer kommt ins Haus“ — „Was man so zum Thema Alkohol sagt“.

Ferner gibt es noch reichliche Tips und Anregungen für die Freizeit, Geschenk-Ideen, Lesetips, Spielanregungen; Bastelvorschläge, Rezepte für coole Drinks auf heißen Parties und — wie in jedem Jahr — das große Preisausschreiben, in dem insgesamt 150 tolle Preise zu gewinnen sind. Nicht nur

die 9- bis 14-jährigen Mädchen und Jungen, für die dieser Kalender in erster Linie gedacht ist, werden von diesem Kalender wieder begeistert sein. Diese aktuelle Neuerscheinung eignet sich ebenso für Lehrer, Seelsorger und Erzieher in ihrer täglichen Arbeit wie für Eltern, die ein sinnvolles Geschenk suchen.

Erfreulich ist auch der niedrige Preis des mehrfarbigen, reich illustrierten Lesekalenders, der über den Hoheneck Verlag, Postfach 1667, 4700 Hamm oder über jede Buchhandlung zu beziehen ist.

(KSA-pd)

Medien und Moral

Ungeschriebene Regeln des Journalismus, Hrsg. Hermann Boverter, Band 27, in der Schriftenreihe Journalismus der Stiftervereinigung der Presse e.V., Universitätsverlag Konstanz GmbH, Postfach 6632, 7750 Konstanz, ISBN 3-87940-321-X, 188 Seiten.

Hermann Boverter ist bekannt für seinen Kampf für einen verantworteten, freien, begründungs- und rechenschaftspflichtigen Journalismus. Sein Band (19) mit dem Titel „Ethik des Journalismus“ ist vielen Mitgliedern der „schreibenden Zunft“ Anhalt und Leitfaden.

Aufgrund seiner Studiengänge: Philosophie, Kunstgeschichte, Soziologie; seiner Auslandserfahrung (1955–1957 Universitätsdozent in USA) und seiner praktischen Arbeiten als Redakteur, Chefredakteur und Direktor einer kirchlichen Akademie sowie Lehrbeauftragungen in Deutschland ist er wie kaum ein anderer befähigt, den Beruf des Journalisten vielseitig und auch kritisch zu betrachten.

Mit diesem Band hat er es nun als Herausgeber unternommen, Kollegen zu einem „Bekenntnis“ anzuregen. 19 Journalisten folgten dem Ruf und brachten Beiträge, aus denen ersichtlich wird, nach welchen Regeln im Journalismus verfahren wird.

Die Autoren von Michael Albus, Karl Bringmann, Josef Dewald, Ferdinand Oertel, Helmut S. Ruppert, Norbert A. Sklorz bis zu Maria-Christine Zauzich, um nur einige wenige zu nennen, sind in allen Sparten der Medien zu Hause.

So wird auch ersichtlich, daß die Ethik im Beruf sich nicht nur in großen Büchern oder Zeitungen niederschlägt, sondern erkennbar auch in der kleinsten Reportage sein muß.

Selbstverständlich ist, daß theoretisches Wissen, praktisches Können und gefestigte Grundüberzeugung zusammenklagen müssen.

Dieses Buch ist in diesen Tagen um so wertvoller, als der „Sensationsjournalismus“ — vom Geiseldrama bis zu Ramstein — doch etliche Kratzer am Bild des sauberen Journalismus verursacht hat.

Es ist Boverter daher sehr wohl zuzustimmen, daß er seine Abhandlung nach dem Hinweis, daß Journalisten als „geborene“ Moralisten sich nicht gerne mit der Moral schmücken (sollten), schließt:

„Die Medien bilden eine geistige Welt, und in den Aufsätzen dieses Bandes wird erhärtet, daß es eine verlässliche, wahre und vertrauensstiftende Welt der Menschlichkeit sein kann.“

Zwei kritische Anmerkungen muß sich der Herausgeber jedoch gefallen lassen:

- Einmal erscheint die Auswahl der Autoren nicht ganz glücklich. Der eine hat durch seine Sendungen über katholische Dinge die Hörer oftmals enttäuscht. Und der andere verteidigt mit der Behauptung, daß eine hohe Einschaltquote die Daseinsberechtigung einer tendenziösen — und damit eben nicht ausgewogenen — Magazinsendung ergebe.
- Zum anderen wird nicht erkennbar, wieso es beim Journalismus eine „ungeschriebene“ Moral geben soll. Letztlich ist — verkürzt gesagt — die Moral des Journalisten, die Suche nach der Wahrheit.

Dennoch kann man dieses Buch Journalisten — aber eben allen, die sich der Schreibe oder Sprache verschrieben haben — nicht nur empfehlen, sondern anempfehlen — auch denen, die diesen Beruf ergreifen wollen.

H.F.

In allen Erdteilen

Missionare Oblaten der makellosen Jungfrau Maria, Verlag der Oblaten, Pallotinerdruck Lahn 1, 6250 Limburg, 160 Seiten, viele hervorragende Bilder.

Dieser Bildband soll so etwas wie ein „Familienalbum“ sein. Es soll dem Betrachter in ruhigen Stunden berichten, wo überall in der Welt „die Genossenschaft der Oblaten“ (OMI) ihrer missionarischen Aufgabe nachgeht. In einem sehr sparsamen, aber informativen Text werden die Bilder aus den Arbeitsgebieten des Ordens erläutert. Diese „Familie“ der Missionare ist in der ganzen Welt zu finden, in Europa, Kanada, in den USA, in Südamerika, Afrika und Asien. Ein Weltüberblick auf den letzten Seiten ergänzt Wort und Bild.

Der Gründer, der selige Eugen von Mazenod, begann 1841 damit, die wenigen Mitglieder seines jungen Ordens in die Welt auszusenden, an die Welt zu verschenken. Der Auftrag Christi: „Gehet hin in alle Welt!“ (MK 16,15), war der Anruf, den der Ordensgründer an sich gerichtet glaubte. Und aus der Schar der wenigen ist heute eine weitverzweigte, anerkannte missionarische Gemeinschaft geworden.

Man sollte sich des öfteren an die erinnern, die letztlich auch für uns den Glauben weitergeben. Ein Buch, das zu vielen Gedanken und auch zum Gebet anregt.

H.F.

Kurz vor Redaktionsschluß trafen noch einige Bücher ein, die im Hinblick auf Weihnachten gewürdigt werden sollten.

Du nervst mich — aber ich mag dich

Heinrich Kratzmeier, Leben und Erziehen, Bernward-Verlag, Domhof 24, 3200 Hildesheim, ISBN 3-87065-462-7, 87 Seiten.

Haben Sie als Eltern schon einmal jenen Punkt erlebt, bei dem sie aus der Haut fahren könnten... und was haben sie dann dem/den Kind(ern) gesagt? Du nervst mich...! Du schaffst mich...! Laß mich in Ruhe...!

Nun versucht der Autor zu hinterfragen, warum sich Eltern/Ältere so verhalten? Er führt dieses Verhalten darauf zurück, daß der Erwachsene seine Wertmaßstäbe aus dem Alltag auf die Kinderwelt überträgt. So entstehen gestörte Beziehungen zum Kind. Anhand von Fallbeispielen macht der Autor dieses Verhalten bewußt und hilft damit Probleme zu lösen. „...Kinder brauchen Zeit, eine schöne Zeit“.

Ein kleines Buch, dem Leben abgeschaut, mit Humorgeschichten und hilfreich.

E. A. F.

Mama, bitte sag mir doch...

Geschichten und Gebete für neugierige Kinder, Elisabeth Zöller, Bernward-Verlag, ISBN 3-87065-448-1, 108 Seiten.

Kinder leben noch in einer bunteren Welt, als die Erwachsenen sie sich vorstellen können. Dieser bunte Alltag der Kinder sollte erhalten bleiben dadurch, daß Eltern und Tanten, Onkel und „erwachsene“ Vettern und Kusinen sich in diese schöne Traumwelt versenken und aus ihr berichten. Die Autorin bringt nun eine Menge Begebenheiten mit viel Liebe und Zärtlichkeit zu „Papier“. So erlebt man in Beobachten, Fragen und Staunen, aber auch in Angst, Streit und Enttäuschung den Alltag der Kinder wieder.

Man kann ihnen aus ihrem Alltag berichten, und es ist vorstellbar, daß bei manchem Gedicht, vielleicht auch bei manchem Gebet, Kinderaugen zu leuchten beginnen. „Lieber Gott. Sei du bei mir einfach: immer.“

Ein Büchlein, das man annehmen sollte, wenn man Kindern von 4—10 Jahren begegnen — kann, darf.

E. A. F.

Die 12 Heiligen Nächte

Legenden um drei Reisende und einen Stern, Luise Braeuer-Langheinrich, Illustrationen Franziska Kuhn, Bernward-Verlag, ISBN 3-87065-431-7, 95 Seiten.

In 12 Erzählungen wird ein spannender Abschnitt für jeden Tag der Reise der Heiligen drei Könige — 25. Dezember bis 6. Januar — erzählt. Die Erzählungen sind schon für anspruchsvolle Kinder gedacht. Sie setzen sich mit den Gedanken auseinander, die ein Kind in dieser spannungsreichen, anheimelnden Weihnachtszeit haben kann.

Die Erzählungen beginnen mit der Heiligen Nacht und enden mit der Stunde, da die drei Weisen das Kind in Bethlehem finden und sich einreihen in die Schar der Beter, der Hirten, der einfachen armen Menschen, der Soldaten und aller derer, die das Heil suchen.

Ein Büchlein, das Freude schenken kann.

H. F.

Kommt, wir gehen nach Bethlehem

24 Geschichten zu Advent und Weihnachten, Gerhard und Sabine Schulze, Bernward-Verlag, ISBN 3-87065-481-3, 80 Seiten.

In kindgemäßer Weise sind hier 24 kurze Geschichten zusammengestellt, die zur Weihnacht hinführen.

Einfache Lieder und Gedichte geben Hilfe bei der Gestaltung einfacher Adventsfeiern. Sie können die Kinder — aber auch die Erwachsenen — in die adventliche, weihnachtliche Stimmung hineinführen.

Oft wird geklagt, daß die Kirche so kalt geworden sei. Aber sind wir, die wir ja alle Kirche sind, nicht selbst daran schuld?

Nehmen wir uns noch die Zeit, unseren Kindern in kindgerechter, anheimelnder Weise das einmalige Geschehen nahezubringen? Dieses Büchlein hilft den Erwachsenen, den Weg in die Traumwelt der Kinder zu begleiten und sie auf das reale Ereignis, daß Gott Mensch wird, vorzubereiten.

Geben wir den Kindern ein wenig von diesem Geheimnis, das wir Erwachsenen kaum begreifen, in ihre Welt hinein. Sie wird auch für uns schöner.

H. F.

Die Räderfahrzeuge des österreichischen Bundesheeres 1918—1988

Rolf M. Urrisk: 288 Seiten, 400 Schwarzweiß- bzw. Farbfotos, 200 Risse, Motorbuch-Verlag, Postfach 1370, 7000 Stuttgart.

Dieser Band eröffnet eine vierbändige Enzyklopädie über alle Fahrzeuge und Waffen des österreichischen Bundesheeres von 1918—1988.

Der 1. Band beschreibt und zeigt die ungepanzten Räderfahrzeuge vom Subventionslastwagen des Jahres 1920 bis zum überschweren Lastkraftwagen des Jahres 1988.

Sämtliche Fahrzeuge werden in ihrer Grundausstattung beschrieben. Auf- und Umbauten, die aufgrund besonderer militärischer Erfordernisse hergestellt und eingeführt wurden, werden ebenso be-

handelt. Dieses reicht von den verschiedensten Bewaffnungen bis hin zu speziellen Ausführungen für den Patiententransport.

Die einzelnen Fahrzeuge sind auf Typenpaletten dargestellt. Die technischen Daten sind durch Fotos und/oder Rißzeichnungen ergänzt. Die Gliederung erfolgt nach Epochen: 1918—1938, 1938—1955, 1955—1988, nach Herstellungsländern und schließlich nach Herstellerfirmen.

Die Panzerfahrzeuge des österreichischen Bundesheeres 1918—1988

Rolf M. Urrisk: 200 Seiten, 200 Schwarzweiß- bzw. Farbfotos, 100 Rißzeichnungen.

Obwohl ein österreichischer Offizier den ersten Panzerwagen entwickelte, hat sich diese Erfindung in Österreich lange nicht durchgesetzt. In den ersten Jahren begnügte man sich daher mit Beutefahrzeugen. Erst nach und nach wurden die ersten gepanzerten Fahrzeuge österreichischer Produktion eingeführt.

Um so vielfältiger wurde die Ausstattung des Bundesheeres nach 1955. Die fast ausschließlich aus amerikanischen Beständen stammenden Panzerfahrzeuge wurden im Laufe der Zeit durch die neuesten Entwicklungen aus den USA ersetzt und bilden auch heute noch das Rückgrat der österreichischen Panzergruppe. Ergänzt werden diese Fahrzeuge durch Spitzenprodukte österreichischer Hersteller.

Ein eigenes Kapitel ist der Kennzeichnung der Räder- und Kettenfahrzeuge des Bundesheeres gewidmet. Auch der neueste Fleckenanstrich wird eingehend mit Fotos und Rißzeichnungen dokumentiert. Darüber hinaus findet der Leser auch eine Übersicht über die verschiedensten „Maskottchen“, die von den einzelnen Verbänden auf ihren Kettenfahrzeugen angebracht wurden.

Der 3. Band

umfaßt „Die Spezialfahrzeuge des österreichischen Bundesheeres 1918—1988“ (erscheint im Sommer 1989).

Der 4. Band

hat „Die Bewaffnung des österreichischen Bundesheeres 1918—1988“ zum Inhalt (erscheint im Herbst 1989).

Jeder Band ist für sich abgeschlossen. Zusammen mit dem bereits erschienenen Buch „Die Fliegerkräfte Österreichs 1955 — heute“ steht damit eine hervorragende Dokumentation zur Verfügung, die die gesamte Ausrüstung und Bewaffnung des österreichischen Bundesheeres über sieben Jahrzehnte umfaßt.

Zum Autor: Jahrgang 1947, Fachwissen eines Generalstabsoffiziers (Oberst d.G.) des österreichischen Bundesheeres; Liebe zum Detail des begeisterten Modellbauers.

G.T.

Ehre sei Gott — Friede den Menschen

Betrachtungen zum Geheimnis der Menschwerdung, Raniero Cantalamessa, Verlag Neue Stadt, ISBN 3-87996-222-7, 104 Seiten.

Prof. Dr. Dr. Raniero Cantalamessa OFM Cap., Jahrgang 1934, war Ordinarius an der Mailänder Universität und wurde 1980 zum Päpstlichen Hausprediger ernannt. Er ist der Autor vieler Werke, die in zahlreichen Ländern veröffentlicht wurden und sich eines großen Leserkreises erfreuen.

Das Geheimnis der Geburt Jesu beschäftigt noch immer viele Menschen. Ob in Zustimmung, ob in

Ablehnung oder nur im Ergeben in den Glauben an das Mysterium, die Gedanken kreisen um ein Ereignis, das wir mit den Mitteln des Verstandes oder der Wissenschaft nicht erklären können.

Leider wird von vielen Denkern das Nächstliegende nicht getan, nämlich in die Bibel zu schauen, die als verlässlicher *Glaubensbericht* Auskunft gibt.

Der Autor versucht nun das Geheimnis der Verkündigung und der Heimsuchung der Gottesmutter (Magnifikat), dann das Geheimnis der Geburt Christi im Hymnus der Engel (Gloria in excelsis Deo) und schließlich die Darstellung Jesu und den Hymnus Simeons (Nunc dimittis) zu betrachten.

Diese Hymnen wollen das Geschehen geistig deuten. Sie sind Bekenntnisse des Glaubens und Lobpreis Gottes. Als Bestandteil des historischen Berichtes sind sie Aussage über das Faktum *und* seine Bedeutung.

Von untergeordneter Bedeutung ist es, wer der eigentliche Verfasser ist, wichtig erscheint dem Autor, daß Lukas diese Hymnen aufgenommen und die Kirche sie in ihren Kanon einbezogen hat.

Nach dem Hymnus erfolgt die Deutung des Verfassers.

Man muß sich eine Ruhepause gönnen, wenn man diese Gedanken nachvollziehen will. Aber es ist nicht schwer, dem Verfasser zu folgen, wenn er das Magnifikat als den „Jubel Mariens... über das endgültige Handeln Gottes“ bezeichnet und auf die eschatologische Dimension hinweist. Ebenso tief gehen die Gedanken über den Lobpreis der Engel. Und im „Nunc dimittis“ erklärt Cantalamessa die Bedeutung für die Kirche und den Einzelnen. :Nun läßt Du, Herr, deinen Knecht, wie du gesagt hast, in Frieden scheiden. Denn meine Augen haben das Heil gesehen.“

Diese Worte des greisen Simeon sind Trost und Wegzehrung nicht nur auf dem letzten Wege, sondern auf jedem Weg an jedem Tag durch die Zeit.

Ein kleines Büchlein, aber es spendet Ruhe, Trost und Freude.

H.F.

Information aus Kirche und Welt

Kirchenmitglieder

Der Anteil der Kirchenmitglieder beider Konfessionen in der Bundesrepublik Deutschland nimmt — auch nach den neuesten Zahlen — weiter ab.

1986 betrug die Anzahl der eingetragenen Mitglieder in beiden großen Kirchen 83,8 Prozent = 51,2 Millionen (Einwohner 61,1 Mill.). Gegenüber 1985 bedeutet das eine Abnahme von 0,4 Prozent.

Durch Kirchenaustritte verlor die evangelische Kirche 1986 138981 Mitglieder (1985: 140553). Ihre Mitgliedszahl sank damit erstmals unter 25 Millionen (24,9 Mio).

Die katholische Kirche verzeichnet einen Verlust von 75919 Mitgliedern und ging damit auf eine Zahl von 26,3 Mio. zurück.

H.F.

Unterrichtsfreiheit in der Bundesrepublik gefährdet

Die Weltvereinigung katholischer Lehrer (UMEC) mahnt die Unterrichtsfreiheit für die Bundesrepublik an. „Uniformität und Verstaatlichung“ seien die Ursachen für die Gefährdung der Unterrichtsfreiheit. Der Organisation gehören aus der Bundesrepublik an: Verein Katholischer Deutscher Lehrerinnen (VKLD) und die Katholische Erziehungsgemeinschaft Deutschlands (KEG).

H.F.

Fernsehen verschweigt...

Die Deutsche Tagespost vom 6. August 1988 berichtete, daß in einer ARD-Sendung über die Euthanasie im „Dritten Reich“ der ersten August-Woche falsche Darstellungen gegeben und wichtige Dokumente unterschlagen worden seien. Falsch sei die Behauptung, die kath. Schwestern hätten aktiv der Vergasung der Behinderten zugearbeitet. Nach Bekanntwerden der tatsächlichen Absicht der Verlegung Behindertener hätten sie protestiert und den Abtransport sabotiert. Verschwiegen wurde der Erlass des Generalvikars Kottmann — Bischof Sproll

war aus der Diözese wegen seines mutigen Eintretens gegen NS-Willkür bereits verbannt —, der jede aktive Mitwirkung „bei der Vergasung von Insassen zwecks Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens“ untersagte.

H.F.

Schutz der Kirche im Privatfernsehen

Chefredakteur Harald Vocke berichtet in der Deutschen Tagespost vom 6. August von einem privaten Fernsehunternehmen „TV-touring“ aus Würzburg, das in einer Sendung am 1. Mai 88 „das Altarsakrament des christlichen Glaubens primitiv beschimpft habe“.

Er fordert die Wachsamkeit des Staates, damit in Zukunft die Sendungen der neuen Fernsehanbieter den Gesetzen entsprechen.

H.F.

Aus der Arbeit katholischer Verbände, Diözesankomitee Münster

Die GKS ist auch im Diözesankomitee katholischer Verbände im Bistum Münster vertreten. Auf der Versammlung am 19.3.1988 haben sich die Delegierten mit der Sozialenzyklika „Sollicitudo rei socialis“ und mit dem Kommunalwahlrecht für ausländische Mitbürger befaßt.

Aus der sehr guten Zusammenstellung über die Sozialenzyklika ist besonders der Abschnitt III informativ:

Was fällt auf?

1. Die Bekräftigung des Grundsatzes der katholischen Soziallehre, daß die Güter der Erde für alle da sind.
2. Zahlreiche Anmerkungen zu Selbstverständnis und Aufgabe der katholischen Soziallehre.
3. Die Armut in den Industrieländern sowie die wechselseitige Verursachung der Probleme der Industrie- und Entwicklungsländer.
4. Die Blockbildung zwischen Ost und West ist nie in dieser Form angeklagt worden.
5. Der moralische Charakter der Entwicklung.

6. „Entartete Mechanismen“ und „Strukturen der Sünde“ als entscheidende Entwicklungshemmnisse.
7. Die umfassende Entfaltung des Begriffes der Solidarität.
8. Die Bekräftigung der Option für die Armen.
9. Die Bedeutung der Menschenrechte für das Zusammenleben der Menschen und der Völker.
10. Thema und Anliegen der Weltversammlung der Christen werden angesprochen.

Die Entschließung schließt mit dem Appell: „Wir alle sind aufgerufen und verpflichtet, uns der furchtbaren Herausforderung des letzten Jahrzehntes des zweiten Jahrtausends zu stellen.“

Die Entschließung zum *Kommunal-Wahlrecht* für ausländische Mitbürger gipfelt in dem Aufruf:

„Das Diözesankomitee appelliert an die politischen Parteien, die katholischen Verbände und gesellschaftlichen Gruppen, an der politischen Willensbildung und den Möglichkeiten zur Überwindung der rechtlichen Bedenken auf dem Wege zur Einführung des Kommunalwahlrechts für ausländische Mitbürger konstruktiv mitzuarbeiten.“

H.W.B.

Die Kirche dient nicht dem Staat

Unter dieser Überschrift befaßt sich Guido Horst in der Deutschen Tagespost vom 30.7.88 mit den Aussagen von Erzbischof Johannes Dyba zur Abtreibungsdebatte im hessischen Landtag. Der Erzbischof nannte die Diskussion einiger Politiker bei ihrem Eintreten für ein *Recht* auf Abtreibung als „jeder Menschenwürde hohnsprechende Szene.“

Horst betont, daß es Aufgabe der Kirche ist, das Wort zu sagen — ob gelegen oder ungelegen. Die Kirche kann in solchen Grundsatzfragen nicht der „brave Partner der Obrigkeit“ sein, auch wenn das harte Wort, das „Ärgernis“ des Christentums manchen Politikern unerwünscht erscheine.

Die Kirche hat zwar die verfassungsmäßig gebil-

deten Regierungen zu achten, doch könnte und dürfte sie nie „willfähige Staatsdienerin“ sein.

H.F.

Bildungs- und Begegnungsstätten in Bayern

Der St. Otto-Verlag, Laubanger 23, 8600 Bamberg, hat eine Broschüre herausgegeben, in der sich die Vielzahl und Vielfalt von Bildungs-, Fortbildungs- und Kommunikationsstätten auf privater Basis darstellt. Die Übersicht reicht von den verschiedensten Schulen bis zu Schülerheimen und Seminaren. Redaktionelle Beiträge geben einen guten Überblick über die jeweiligen geistigen Ziele der Angebote.

Eine sehr interessante Broschüre, insbesondere wenn für Söhne oder Töchter besondere, christlich geprägte Bildungseinrichtungen gesucht werden.

Außerdem eine gute Dokumentation über das wichtige Gebiet der Bildungsangebote in freier Trägerschaft.

H.F.

Königstein/Taunus: Kaum Verbesserungen in Ost-Europa!

In allen Ostblockländern haben sich die Lebensbedingungen verschlechtert. Zur Zeit beträgt die Inflationsrate in Jugoslawien 200 Prozent. Auch die Kirche leidet unter den Preissteigerungen. Darum wurde im Jahre 1987 die Hilfe für die verfolgte Kirche um fast 3,5 Millionen \$ erhöht.

Gorbatschows Behauptungen über „Glasnost“ und „Perestroika“ haben die Not der Kirche in den Ostblockländern nicht gemindert. Unsere Hilfe für die verfolgte Kirche Osteuropas umfaßte im Vorjahr 1336 Projekte und belief sich auf mehr als 14 Millionen Dollar. Die Grenzen der Sowjetunion, Tschechoslowakei und nach Rumänien haben sich für religiöse Literatur nur wenig geöffnet. Wir könnten viel mehr tun, wenn Gorbatschows Worte von Taten begleitet würden. Doch dafür wollen wir beten, viel beten! (Echo der Liebe, Nr. 4, Juni 1988).

Martyrium?

Die russisch-orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) missioniert überall in der Welt für die

„Friedensbotschaft des Kreml“ und behaupte, die Christen in der Sowjetunion genössen volle Freiheit. Doch die Wirklichkeit hinter der Fassade sieht anders aus — so der langjährige deutsche Botschafter in Moskau Jörg Kastl in einem evangelischen Informationsdienst. Und weiter: „Die russisch-orthodoxe Kirche müsse ihren sehr „bescheidenen Freiraum“ durch „das Martyrium des Schweigens und der Notlüge“ bezahlen... Doch sind Gewissensbisse ein „Martyrium“? Es gibt in der Sowjetunion noch Christen, die nicht lügen und nicht schweigen! Sie landen in der Regel *im Lager und erleiden ein wirkliches Martyrium*. Von den Sowjets werden sie freilich als „Extremisten“ bezeichnet. Aber kann man sich vorstellen, der Heiland oder einer der Apostel habe sich durch Notlügen, Schweigen oder politische Agentendienste einen „Freiraum“ für sein Wirken erkaufte? (Schweizerische Katholische Wochenzeitung, Nr. 23 v. 10. Juni 1988)

Moskau: Religion gilt als Betrug

In einem Kommentar hat die Parteizeitung „Sowjetskaja Moldawija“ erneut bekräftigt, daß die von Parteichef Gorbatschow angestrebte „Umgestaltung“ der sowjetischen Gesellschaft nicht zu größerer Toleranz gegenüber den Religionsgemeinschaften führen sollte. Zur „Perestrojka“ gehöre auch die öffentliche Entlarvung von Betrug und Parasitentum. Zum „betrügerischen Faktor“ im Bereich menschlicher Wirksamkeit sei nicht zuletzt auch die Religion zu zählen als eine „unserer Ideologie und Moral fremde Überzeugung“. Sie müsse zur Gesundung aller Bereiche des sozialistischen Lebens notwendigerweise bekämpft werden. (Schweiz. Kath. Wochenzeitung, Nr. 21 vom 27. Mai 1988 — NP)

Kiew-Ukraine: Eine „Dopingspritze“ zur Machterhaltung der Kommunisten in der Sowjetunion sieht Joseyp Terelja, Vorsitzender des Zentralkomitees der ukrainischen Katholiken in der Reformpolitik des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow: Denn noch immer stützt sich die sowjetische Führung auf den „Gewaltapparat des KGB“. Die staatliche Regierungsstruktur ist nach wie vor totalitär. Seit Gorbatschows Amtsantritt sind 150 katholische Kirchen und Kapellen in der Ukraine zerstört worden, berichtete

Terelja, der seit Ende vergangenen Jahres mit seiner Familie in Kanada lebt. Die ukrainisch-kath. Kirche ist in der Sowjetunion seit 1946 verboten und kann nur im Untergrund existieren. Die derzeitige Zahl der Gläubigen gibt Terelja mit rund fünf Millionen an, die von etwa 1200 Priestern betreut würden, deren Ausbildung in zwei geheimen Seminaren und einem „Kleinen Seminar“ erfolge. Nach fünfjährigem Studium werden jährlich rund 100 Priester neu geweiht. Neun der 15 Bischöfe, die die ukrainisch-katholische Kirche leiten seien den Behörden bekannt. (Schweiz. Kath. Wochenzeitung, Nr. 21 vom 27. Mai 1988)

Kirche und Welt: Lenin vertraut auf die „nützlichen Idioten“

Die „Vernichtung des Klassenfeindes, ist das höchste strategische Ziel des Marxismus-Leninismus im Ostblock-Machtsystem. Darüber sollte kein Honecker-Besuch, keine Offensive des Lächelns, weder „Glasnost“ noch die „Perestrojka“ hinwegtäuschen. Verharmloser, Pazifisten, naive Gutgläubige, Neutralisten und Gedankenlose könnten sich im „Lehrbuch für das Grundstudium des Marxismus-Leninismus an Hochschulen und Universitäten der DDR“ sachdienlich informieren: „Das Wesen der Gewalt im Klassenkampf besteht darin, den Gegner so unter Druck zu setzen, daß er zu einem Verhalten gezwungen wird, das weder seinen Interessen noch Absichten entspricht. Das kann je nach Lage mit politischen Mitteln (zum Beispiel: Demonstrationen), mit ökonomischen Mitteln (z.B. Streiks), aber auch mit politisch-moralischen Mitteln (z.B. durch eine entsprechende Formierung der öffentlichen Meinung) erreicht werden.“ Übrigens: Lenin hatte von der Hilfsbereitschaft der „nützlichen Idioten“ in westlichen Demokratien eine ausgesprochen hohe Meinung. (NP. in Schweizerische Katholische Wochenzeitung, Nr. 21 vom 25. Mai 1988)

Apartheid in Reinkultur: In einer Kleinstadt Südafrikas will ein Neger eine Kirche betreten. Doch ein Polizist sah dies und rief: „Halt! Die Kirche ist nur für Weiße da!“ Der Neger sehr nervös: „Aber ich will doch *nur saubermachen* in der Kirche.“ Darauf der Polizist: „Gut, dann hopplahopp — aber laß dich nur nicht beim Beten erwischen!“

Erläuterung zu gewissen Begriffen, die sich immer öfter in den Medien finden:

Kleine Apartheid: Zulassungs- und Zutrittsbeschränkungen und Verbote für öffentliche Gebäude, Hotels, Badeanstalten, Verkehrsmittel.

Große Apartheid: Gesetze, die das System der getrennten Entwicklung verschiedener Völker innerhalb Südafrikas regeln. (asa—Zürich)

Ziel der Sanktionen gegen Südafrika ist die Destabilisierung der Ordnung in diesem großen Staat. Gelingt dies, wäre die Folge im verhältnismäßig am besten entwickelten Land des afrikanischen Kontinents eine allgemeine Armut. Priorität hat in den Augen der Regierung — wie auch der Bevölkerung — die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, die Stabilisierung der guten Wirtschaftslage vor dem Hintergrund der Boykott- und Embargo-Maßnahmen, denn was durch ausländischen Druck erreicht werden soll, wird dort geradezu verhindert. (asa-Nr. 81, Postfach, CH-8039 Zürich)

Die **Arbeitsgruppe südliches Afrika** (=asa) wurde 1982 gegründet und besteht aus Wissenschaftlern, Politikern, Militärs und Journalisten. Als eine unabhängige schweizerische Organisation verfolgt sie das Ziel, die oft einseitige teils ideologisch motivierte Berichterstattung über das südliche Afrika durch sachliche Hintergrundberichte zu ergänzen und die Vorgänge in diesem Land, seiner Lage an der Kaproute und des Rohstoffreichtums als eine strategisch äußerst wichtige Region der Welt in größere Zusammenhänge zu bringen. (asa—Zürich)

Niederlande: In den nächsten Jahren werden in Amsterdam 17 katholische Kirchen geschlossen. Nach Mitteilung der katholischen Behörden ist dies auf den Mangel an Priestern, die Seltenheit der Kirchgänger und die Steigerung der Unterhaltskosten zurückzuführen. (Mag. Info-Canada)

New York — USA: Kardinal O'Connor gab in einem Interview mit der Wochenzeitschrift „*Famille chrétienne*“ auf die Frage: „Was kann man Ihrer Ansicht nach tun, um der Krankheit ‚Aids‘ vorzubeugen?“ zur Antwort: „Ich glaube, daß nur ein einziges absolut wirksames Mittel existiert: Sexuelle Enthaltsamkeit, eheliche Treue und keine Drogen nehmen!“ (Famille chrétienne, 2. 6. 88)

Ist die Welt von heute tatsächlich „ein Schlachthaus für Kinder?“

Die internationale Ärztezeitung „*Medival Tribune*“ berichtet in der Ausgabe Nr. 5/88, daß es weltweit pro Jahr schätzungsweise zu 54 Millionen Abtreibungen kommt. Das hat die private Organisation „*Population Crisis Committee*“ in einer Studie mit dem Titel „Zugang zur Geburtenkontrolle“ festgestellt. Die liberale Ärztezeitung zitiert zynisch: „Die günstigsten Möglichkeiten, eine ungewollte Schwangerschaft zu verhüten, hätten Frauen in Großbritannien, und auf Platz 2 rangiere die Bundesrepublik Deutschland.“ (SpI. Nr. 6).

„Weltkirche in der Diaspora:

Aus der katholischen Kirche in Nordeuropa.

Das Bonifatiuswerk, Kamp 22, 4790 Paderborn, fördert die Seelsorge in den Diasporabereichen der Deutschen, der Berliner und der nordischen Bischofskonferenz.

Seit der Gründung 1849 hat dieses Hilfswerk viel dazu beigetragen, der katholischen Kirche und ihren Gläubigen zu helfen. Die vielfach verstreut wohnenden Katholiken in der DDR und in Skandinavien erfahren so von ihren Brüdern im Glauben nicht nur Ermutigung im Glaubensleben, sondern auch fühlbare finanzielle Hilfe. Die Mitgliedszeitschrift ist das „*Bonifatiusblatt*“.

Die Hilfen erstrecken sich auf

— kirchliche Bauten: Kirchen, Heime, Schulen und Kindergärten

— kirchliche Berufe: Gehaltshilfen für Priester, hauptamtliche Diakone, Seelsorgehelferinnen usw.

— pastorale Maßnahmen: kirchliche Presse, katechetische Arbeit, ökumenische Zentren, Gebetbücher, liturgische Bücher, Paramente, Kultgeräte usw.

— Motorisierung: Zuschüsse für Fahrzeuge.

Fast in jedem Jahr wird eine Informationsbrochure an die Förderer und Helfer verschickt. Außerdem wird auf den Diaspora-Sonntag — meist im Juni — besonders hingewiesen.

Diese Zusammenstellungen, vielfach aus der Mitgliedszeitschrift, geben unter jeweiligen Schwerpunkten hervorragende Informationen

über die Situation in den verschiedenen Ländern.

Oftmals ist es für uns — auch bei der Not mit der Besetzung von Pfarrstellen besonders im Norden unseres Landes — unvorstellbar, welch weite Wege ein Pfarrer im Norden Europas zurücklegen muß, um seine Pfarrkinder zu besuchen, bzw. wie weit diese fahren müssen, um einmal an einem Gottesdienst teilnehmen zu können. Hat doch z.B. die Pfarrei in Möde (Norwegen) einen Durchmesser von 100 km. Und die Menschen kommen aus 16 Nationen. Nicht viel anders sieht es in Schweden, Finnland oder Island aus.

Da kann das Bonifatiuswerk helfen. Aber es könnte zuweilen auch mehr tun, wenn es noch mehr helfende und spendende Hände geben würde.

H.F.

Ökumenisches Gebetstreffen in Budapest. Weniger Fluchtversuche aus Rumänien.

München, 12. September 1988. Zu einem 48stündigen Fasten- und Gebetstreffen haben ungarische Jugendliche zusammen mit Flüchtlingen aus Siebenbürgen aufgerufen. Es soll vom 16.—18. September in mehreren Budapester Kirchen stattfinden. Dies meldete am Montag das Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe in München. Die ungarischen Jugendlichen wollen nach eigenen Angaben mit diesem Treffen ihre Solidarität mit der ungarischen Minderheit in Rumänien vor Gott, vor der Welt und vor sich selbst bekunden. Sie appellierten „an alle Christen in Ungarn und der ganzen Welt“, sich ihrem Fasten und Beten anzuschließen, damit ihre gewaltfreie Demonstration Erfolg habe.

Wie das Hilfswerk weiter mitteilte, läßt der Ansturm rumänischer Flüchtlinge nach Ungarn allmählich nach. Diese Entwicklung sei auf „wachsende Brutalität“ zurückzuführen, mit der die rumänischen Behörden gegen Flüchtlinge vorgehen. Es werde alles getan, um die Flüchtlinge am Verlassen des Landes zu hindern. So dürften z.B. Bauern keine Heuhaufen auf der Weide zum Trocknen lassen. Hütten, die bisher als Unterstand für Hirten gedient hätten, seien abgerissen worden. Außerdem seien Spezialkommandos der Polizei aus dem Landesinnern in rumänische Grenzdörfer abkommandiert und Grenzsoldaten durch Spürhundpatrouillen ver-

stärkt worden. Zusätzlich seien sie mit einem Schießbefehl ausgestattet worden. (KIN/OPH, 5/12.9.88)

Waizenkirchen-Österreich:

Der Leitsatz der Europäischen Bürgerinitiative zum Schutze der Menschenwürde heißt: ORA ET LABORA — d.h. „bete und arbeite“. Mit dem Gebet suchen sie die geistige Orientierung und die Belastbarkeit, und nach der Geist-Orientierung kommt die Arbeit, die getan werden muß. Herr Martin Humer schreibt an seine Freunde: „In den Schulbüchern haben wir oft von ‚Helden‘ und ‚Heiligen‘ gelesen. Die Helden waren ganz normale Menschen, nur hatten sie ein wenig mehr Mut als ihre Zeitgenossen, und oft waren sie im alltäglichen Leben vielen eine Nasenlänge voraus. Bei den Heiligen ist es ähnlich. Der Heilige ist eigentlich der Normalfall eines Christen. In ihren Tagen galten ‚Helden und Heilige‘ meist als Narren. Später wurden sie dann geehrt, vielleicht als Entschuldigung dafür, daß man sie zu Lebzeiten ‚sitzenließ‘. Aber diese historische Tatsache soll uns nicht entmutigen.“ (UCE, 32/88)

Chur-Schweiz:

Säkularisierung: das größte Problem für die Kirche heute. Bischof Wolfgang Haas schreibt: „Eines der größten Probleme, das die Kirche der Gegenwart, aber wohl jede Religion heute erlebt, ist die Säkularisierung. Daß nämlich eine Verweltlichung eintritt, die für das Religiöse, zumindest für das echt Religiöse, nicht mehr jenen selbstverständlichen Raum offenhält, den man in früheren Jahrhunderten in größerem Ausmaß gekannt hat. Das soll aber nicht heißen, daß nun deswegen Hoffnungslosigkeit, Mutlosigkeit aufkommen soll. Das will uns vielmehr lehren, daß wir wiederum ganz auf dem Fundament des Evangeliums, der Frohbotschaft Christi die weltliche Welt verchristlichen. Mit anderen Worten: Daß wir das Wort des heiligen Paulus aufnehmen: „Gleicht euch dieser Welt nicht an, wandelt euch durch ein neues Denken.“ (Schweizerische Kath. Wochenzeitung Nr. 21)

Manila-Philippinen:

600 Millionen neue Hörer? Radio Veritas strahlt ab Juli 1988 religiöse Sendungen auch in Hindi

aus. Der katholische Sender „Radio Veritas“ (Wahrheit) in Manila hat eine große Ausstrahlung, die weit über das Inselreich hinausgeht. Er verfügt über eine asiatische Abteilung, die Programme in vierzehn Sprachen für den ganzen Raum Asiens ausstrahlt. Als 15. Sprache wird die Hindi-Sprache hinzukommen. Schwerpunkte dieses Programms sind Nachrichten aus der christlichen Welt, brennende nationale und internationale Probleme aus christlicher Sicht, Texte aus der Heiligen Schrift, Meditationen, religiöse Musik.

Die Hindi-Sprache, die offizielle *Staatssprache Indiens*, wird von 400 Millionen Menschen gesprochen, und außerhalb Indiens dürften weitere 200 Millionen Menschen das Hindi verstehen, was einen gewaltigen Hörerkreis ergibt. Laut einer UNESCO-Statistik kommen in Indien auf ca. 1000 Einwohner nur etwa 50 Rundfunkgeräte. Da jedoch in Indien ein einziges Radio je Dorf ausreicht, da Radio-Hören vielfach eine Gemeinschaftssache ist, dürfte „Radio Veritas“ doch einen sehr großen Hörerkreis erreichen, meldet die Monatszeitschrift „Der Weinberg“.

Der größte Teil der Sendezeit von Radio Veritas ist denjenigen Ländern gewidmet, die sich der Kirche bislang verschlossen halten, wie China, Vietnam, Burma. Es ist aber wichtig, daß in diesen Gebieten viele Vorurteile gegenüber der christlichen Religion und insbesondere der katholischen Kirche abgebaut werden. Doch auch der normale Informationsdienst für die dortigen Gläubigen ist von großer Wichtigkeit. (idu-17/561)

Zürich-Schweiz:

Ist das noch der römisch-katholische Glaube? Diese Frage drängt sich auf, wenn man die verschiedenen Voten und Artikel gehört und gelesen hat im Zusammenhang mit der Bischofsweihe in Chur. Sehr oft hat man versucht, das staatliche Verständnis der Demokratie auch auf die Kirche zu übertragen, aber das ist natürlich ganz falsch... Die deutschen Bischöfe haben auf ihrer Konferenz in Fulda im Jahre 1968 erklärt: „Die Kirche kann zwar gewisse Formen demokratischer Meinungsbildung in Gemeinde und Diözese übernehmen, aber ihre Demokratisierung im strengen Sinn des Wortes ist mit dem

Auftrag Christi unvereinbar.“ Es ist erstaunlich, daß man die Struktur von Kirche und Staat einfach auf eine und die gleiche Linie stellt. Gewiß ist der Staat von unten nach oben gebaut. Aber ebenso gewiß muß die Kirche von oben nach unten gebaut sein! Denn sie ist eben nicht Menschenwerk, sondern Gotteswerk... Und zwar hat sie die Grundlinien ihrer organisatorischen Struktur von Christus erhalten. (Schweiz. Kath.

Wochenzeitung Nr. 26/88 v. 1. Juli 1988)

Kur und Erholung in drei Ländern

Der Deutsche Caritasverband hat ein „Verzeichnis der katholischen Kur- und Erholungseinrichtungen für Erwachsene“ mit ausführlichen Beschreibungen der Erholungsheime, Kurheime und Kurkliniken in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz veröffentlicht. Außerdem sind die Anschriften aller Alternativerholungsheime, Behindertenerholungsheime, Familienferienstätten, Müttergenesungsheime sowie der Exerzitienhäuser in der Bundesrepublik benannt. Insgesamt stehen mehr als 300 Häuser in den Erholungsgebieten der drei Länder zur Verfügung. Das Verzeichnis ist zuzüglich Versandspesen beim Deutschen Caritasverband, Referat Statistik, Postfach 420, 7800 Freiburg i. Br., zu beziehen.

cvjm-Reiseplaner '89

Der Reiseplaner '89 von cvjm-Reisen in Kassel ist erschienen und zeigt auf 120 Seiten preisgünstige Reisevorschlüge.

CVJM-Reisen GmbH
im Druseltal 8, Postf. 410149
3500 Kassel
Tel.: 0561/3087-0

Waldsterben in der Dritten Welt — auch unser Problem?

Waldsterben in Südamerika — was geht uns das an! Haben wir nicht genügend Sorgen, unsere eigenen Wälder vor drohender Vernichtung zu retten? Eine verständliche Haltung vieler Menschen in unserem Lande. Wer weiß schon, daß die Abholzung des tropischen Regenwaldes auch schwerwiegende Auswirkungen auf Klima und Umwelt der gemäßigten Breiten unserer Erde hat?

Die Wälder der Tropen und Subtropen haben in den letzten Jahrzehnten bedrohlich abgenommen. Über elf Millionen Hektar — weit mehr als die gesamte Waldfläche der Bundesrepublik Deutschland — fallen Jahr für Jahr Axt, Säge oder Brandrodung zum Opfer. Die Ursache dafür liegt vor allem in dem raschen Bevölkerungswachstum vieler Länder der Dritten Welt. Im Kampf um ausreichende Nahrung und Brennholzvorräte müssen Boden und Vegetation oft rücksichtslos ausgebeutet werden. Ackerbau und Weidewirtschaft fressen sich immer tiefer in den natürlichen Urwald. So hat der Bauer seit Menschengedenken immer wieder die für den Lebensunterhalt seiner Familie notwendige Ackerfläche geschaffen, wenn die Fruchtbarkeit bisher genutzter Böden erschöpft war. Und machen nicht auch viele privaten und staatlichen Unternehmen vor, wie man den begehrten Rohstoff Tropenholz im großen Stil abholt und vermarktet?

Das über Jahrhunderte ohne Schaden für die Natur praktizierte Verfahren von Rodung und Wanderfeldbau droht inzwischen der Kontrolle zu entgleiten, denn zu sehr haben sich die Bedingungen geändert. Konnten sich die Ackerflächen früher ausreichend lange erholen, werden sie heute durch den hohen Bevölkerungszuwachs und den damit verbundenen Mehrbedarf an Lebensmitteln überbeansprucht. Der Boden verarmt, wird unfruchtbar. Wasser und Wind beginnen ihr Zerstörungswerk der Bodenerosion. Neues Ackerland muß erschlossen, der Urwald gerodet werden. Die Spirale der Umweltvernichtung dreht sich unaufhaltsam.

Schon beginnt die Verringerung des Tropenwaldes die Lebensbedingungen in manchen Ländern der Dritten Welt zu verändern, zum Beispiel in Westafrika, aber auch in Costa Rica, Paraguay und Nepal. Nach jüngsten Untersuchungen der Vereinten Nationen werden im Jahr 2000 dort die letzten Naturwälder verschwunden sein, wenn es nicht vorher gelingt, die Waldzerstörung zu stoppen. Ökologische Katastrophen, wie Ausbreitung der Wüste in der südlichen Saharazone und tiefgreifende Veränderungen des tropischen Regenklimas, drohen.

Den betroffenen Entwicklungsländern ist eine schwere politische Aufgabe gestellt. Ein neues

System der Landnutzung muß geschaffen werden, das den Bestand der Wälder dort sichert, wo sie aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen lebensnotwendig sind. Der Aufbau einer modernen Forst- und Landwirtschaft ist hierfür der erste entscheidende Schritt. Programme für ländliche Entwicklung, kleinbäuerliche Landnutzung und Wiederaufforstung müssen rasch verwirklicht werden. Althergebrachte Gewohnheiten und Überzeugungen, vielfach auch Widerstände wirtschaftlich einflußreicher Gruppeninteressen, sind dabei zu überwinden.

Was aber können wir dazu tun? Die Bundesregierung hat schon seit Jahren begonnen, umwelterhaltende Maßnahmen in ihrer Entwicklungshilfe zu forcieren. Der Schutz der tropischen und subtropischen Wälder gehört dazu — aus dem Wissen, wie schwer sich die betroffenen Länder damit tun, aber auch in dem Bewußtsein, wie wichtig diese natürlichen Ressourcen für spätere Generationen unserer Erde sind. Allein 1988 werden zur Erhaltung der tropischen und subtropischen Regenwälder Bundesmittel in Höhe von 250 Mio. DM eingesetzt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat kürzlich unsere Mitverantwortung unterstrichen, als er feststellte, es gibt nur diese eine Welt, auf der Nord und Süd gemeinsam leben und die wir auch gemeinsam schützen müssen.

(Feature, 24. 10. 88)

Vanasse sieht Zeichen der Hoffnung Nachfolger van Straatens hält Antrittsrede

München, 17. 10. 1988. Ziel seiner zukünftigen Arbeit sei es, den pastoralen Charakter des Hilfswerkes hervorzuheben, meinte der Nachfolger Werenfried van Straatens im Amt des Geistlichen Assistenten von Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Roman Vanasse o. praem., in einer Rede vor Freunden des Hilfswerkes am Wochenende in Haus Mariengrund in Münster. „Das eigentliche Schlachtfeld war schon immer das Herz und das Denken des Menschen, um die man rang“, führte der Amerikaner flämischer Abstammung aus, der im Januar sein Amt antritt.

Gott sei Dank bedeute das Amt des Nachfolgers nicht, das gleiche tun zu müssen wie van Straaten. Dies sei unmöglich.

Vanasse betonte, daß es trotz allen Leids in der Welt Zeichen der Hoffnung im Westen und im Osten gebe. „Es gibt auch Zeichen der Hoffnung in der Dritten Welt, in Asien, in Afrika. Wir werden vielleicht in Zukunft Zeugen eines bedeutenden Wandels in der Kirche sein.“ Doch dürften wir uns nicht einem trügerischen Gefühl der Sicherheit und des Optimismus hingeben. Zeichen der Hoffnung bedeuteten noch lange nicht, daß die Schlacht gewonnen sei. Deshalb sei auch die spirituelle Arbeit so wichtig.

(KIN/OPH, 7/17.10.88)

Bibeln konfisziert

München, 17.10.88. Hundert Bibeln, die der Augsburger Bischof Josef Stimpfle dem Untergrund-Bischof der Ukrainischen Katholischen Kirche Sternjuk während einer Zusammenkunft am 9. September 1988 in Lviv als Geschenk der Diözese Augsburg überbracht hatte, sind vom Amt für religiöse Angelegenheiten der Region Lviv (Lemberg) konfisziert worden.

Wie Kirche in Not/Ostpriesterhilfe berichtete, meldete der Pressedienst der Ukrainischen Helsinki Union, daß Bischof Sternjuk bereits wenige Minuten nach dem Besuch des deutschen Bischofs vom Beauftragten für religiöse Angelegenheiten der Region Lviv, Ryschtylo, aufgesucht und aufgefordert wurde, ihm die überbrachten Bibeln auszuhändigen. Da die Konfiszierung der Bibeln jeder Rechtsgrundlage entbehrt, zwang Ryschtylo den 83jährigen Bischof Sternjuk ein Dokument zu unterzeichnen, aus dem hervorgeht, daß der Bischof die Bibeln aus freiem Willen dem Kirchenbeauftragten übergebe.

Bischof Stimpfle war mit einer Augsburger Pilgergruppe aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Christianisierung der Kyjiver Rus' in die Sowjetunion gereist. Er wurde vom Amt für religiöse Angelegenheiten in Lviv wegen seiner Begegnungen mit Bischöfen der Ukrainischen Katholischen Kirche verhört.

Die Bibeln waren von Bischof Stimpfle auf legalen Wege in die Sowjetunion gebracht und vorschriftsmäßig bei der Einfuhr deklariert worden.

(KIN/OPH, 8/17.10.88)

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz würdigt Prälat Alfons Mappes

Am 18. September 1988 vollendete Prälat Alfons Mappes, der Leiter der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, das 70. Lebensjahr. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Dr. Karl Lehmann, nutzte den Beginn der Herbst-Vollversammlung der deutschen Bischöfe, um ihm zu gratulieren und seine Arbeit zu würdigen.

Bischof Lehmann dankte Prälat Mappes, der im Juli dieses Jahres bereits sein 40jähriges Priesterjubiläum feiern konnte, für seine jahrzehntelange Bereitschaft zum selbstlosen priesterlichen Dienst, für die Kraft zum Zuhören und zum Helfen, für die unermüdliche Bereitschaft, Beziehungen zu anderen Ortskirchen in die ganze Welt hinein zu stiften und zu pflegen.

(Zentralstelle Weltkirche)

Verteidigungsminister Scholz will bewährte Zusammenarbeit mit Militärseelsorge fortsetzen

Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Militärseelsorge sei bewährt und von Vertrauen getragen, hob Bundesverteidigungsminister Prof. Rupert Scholz vor Chefredakteuren der katholischen Bistums-, Sonntags- und Magazinpresse in Bonn hervor. Es liege ihm daran, diese Zusammenarbeit kontinuierlich fortzusetzen und auszubauen. Es sei der Mensch, der für den Seelsorger, für die Kirche wie für die Bundeswehr im Mittelpunkt stehen müsse. Die Sorge für den Menschen in seiner speziellen Lebens- und Berufssituation verbinde Bundeswehrführung und Militärseelsorge. Scholz wies zugleich darauf hin, daß es jedoch nicht nur um das Wohlergehen des einzelnen gehe, sondern auch um Fragen der ethischen Legitimation des soldatischen Dienstes. Hierbei sei das Engagement freier Zusammenschlüsse christlicher Soldaten, wie etwa der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), ein wichtiger Beitrag, daß christliche Lebensauffassungen auch im soldatischen Alltag und im Dienst der Streitkräfte Verwirklichung fänden. Sie seien zugleich in ihren Kirchen der Anwalt für den Beruf und Dienst des Soldaten. Angesichts des heutigen öffentlichen Meinungsbildes brauche die Bundeswehr — so Scholz —

Männer und Frauen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, die Sinn und Notwendigkeit des soldatischen Dienstes aus Überzeugung verträten.

(KMBA Ref. Militärseelsorge
und Öffentlichkeit 29.9.1988)

„Seminare“ für Priester bei der Moon-Sekte

Auszug aus einem Brief von Monika B., Abiturientin einer katholischen Ordenschule, die sich der Moon-Sekte angeschlossen hat und die von dem Sektenführer mit einem von ihr in Kalifornien vorläufig getrennt lebenden Mann verheiratet worden ist:

„Hier in Toronto geht's gut voran. Die Priester, die intensiveren Kontakt mit uns haben, nehmen mit mehr und mehr Freude und Begeisterung an Gebetstreffen teil. Inzwischen kommen oft auch einige der Gemeindemitglieder. Im Oktober, oder so, werden wir mit ihrer und Gottes Hilfe ein zweites Revival-Meeting machen.

Ich kann mir denken, daß spätestens im Beginn des nächsten Jahres ein paar unserer Priester hier nach Korea und Japan gehen werden, um an den ca. 10 Tage dauernden Seminaren für Priester teilzunehmen, die über die Theologie und die vielfältigen Aktivitäten der Vereinigungsbewegung lehren. Von den USA haben schon einige hundert, vielleicht bald 1000 Priester verschiedener Kirchen teilgenommen und große Begeisterung, Dankbarkeit und Bewegtheit zum Ausdruck gebracht.“

Monikas Mutter schreibt dazu, aus dem Brief gehe klar hervor, wie die Kirche systematisch unterwandert werde, nicht nur in USA und Kanada.

In der Tat ist der Zulauf, den eine so groteske, primitive und absurde synkretistische Sekte nicht nur von katholischen Jugendlichen, sondern sogar von Priestern findet, ein trauriger Beweis für die bodenlose Verwirrung, die durch die substanzlose Katechese und die pastoralen Experimente in der nachkonziliaren Zeit angerichtet worden ist.

Dr. G. Fitkau, Essen, 21. 10. 1986

Rumänische Geheimpolizei behindert Ausreise nach Ungarn

KIN/OPH gibt Sofort- und Integrationshilfen für Flüchtlinge

München, 13.10.1988. Die Spannungen zwischen Rumänien und Ungarn in der Frage der Siedlungspolitik und der Behandlung der ungarischen Minderheiten in Rumänien gehen nach Informationen des katholischen Hilfswerks Kirche in Not/Ostpriesterhilfe so weit, daß Rumänien mit allen Mitteln versuche, den Zustrom von Flüchtlingen und Ausreisenden nach Ungarn zu verhindern. Das Hilfswerk berichtet von zunehmenden Übergriffen der rumänischen Geheimpolizei gegen Ausreisende auf ungarischem Territorium. Jedes andere Aufnahme-land sei Rumänien offenbar lieber als Ungarn, weil die Ausreisenden mit ihren Erfahrungserichten dazu beitragen könnten, den wachsenden Konflikt weiter zu schüren. Das Hilfswerk meldete außerdem, die Flüchtlingsseelsorger in Ungarn würden weiterhin bei ihrer Hilfe für die Flüchtlinge unterstützt.

Ein Angehöriger der ungarischen Minderheit in Rumänien, Josef Cosma, berichtete, er sei am Verlassen seines aus Bukarest kommenden Flugzeugs gehindert worden. Es sei ihm mit einer waghalsigen Aktion gelungen, zu entkommen und sich im Flughafengebäude in Sicherheit zu bringen. Er habe um politisches Asyl gebeten und nun Arbeit in einem Farbwerk gefunden.

Ähnliche Vorfälle schilderten andere Augenzeugen aus Siebenbürgen. So hätten sich in Rumänien in einem internationalen Zug als Fahrgäste getarnte Geheimpolizisten vor Erreichen der ungarischen Grenze unter die Reisenden gemischt. Sie hätten offensichtlich den Befehl gehabt, die Reisenden, die mit Pässen für westliche Länder ausgestattet waren, am vorzeitigen Aussteigen in Ungarn zu hindern. Die Geheimpolizisten hätten sämtliche Türen des Zuges kontrolliert, so daß bei längeren Aufenthalten an ungarischen Bahnhöfen niemand auch nur Getränke oder Verpflegung habe kaufen können. Die ungarischen Behörden seien auf diese Vorgänge erst aufmerksam geworden, nachdem einige junge Leute in der Nähe eines Bahnhofs die Notbremse gezogen hätten und aus dem Zug gestürzt seien. Die Geheimpolizisten seien dar-

aufhin sofort aus dem Zug geholt und nach Rumänien zurückgeschickt worden.

Nach Angaben von Kirche in Not/Ostpriesterhilfe liegt die Zahl der Rumänienflüchtlinge in Ungarn nach wie vor bei 40 000 bis 50 000. Man müsse aber davon ausgehen, daß sich nicht alle Flüchtlinge bei der Kirche oder bei den Behörden meldeten, aus Angst, zurückgeschickt zu werden. Ungarische Flüchtlingsseelsorger gäben den Bedürftigen weiterhin Soforthilfen in kleinen Beträgen von 500 bis 1 000 Forint (18,— bis 36,— Mark) pro Person und Integrationshilfen von umgerechnet 600,— bis 700,— Mark pro Haushalt.

An dem 48stündigen ökumenischen Fasten- und Gebetstreffen in Ungarn am 16. September, zu dem Jugendliche aus Solidarität mit der ungarischen Minderheit in Rumänien aufgerufen hatten, hätten nach Berichten ungarischer Flüchtlingsseelsorger allein in der Budapester Heilig-Kreuz-Kirche rund 500 Gläubige teilgenommen. Die Kundgebung sei friedlich verlaufen. In den Abendstunden hätten sich die Teilnehmer auf dem Kirchplatz um ein Lagerfeuer versammelt und gesungen.

(KIN/OPH, 13.10.88)

ZdK empfiehlt stillen Protest durch Nichtbeachtung gegen Christus-Film

Die angemessene Form der Reaktion auf den Scorsese-Film „Die letzte Versuchung Jesu Christi“ ist nach Auffassung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ein stiller Protest durch Nichtbeachtung. Diese Empfehlung sprach der Geschäftsführende Ausschuß des ZdK auf seiner Sitzung am Freitag, dem 4. November, aus.

Öffentliche Demonstrationen und lautstarker Protest, so hätten die Aufführungen in den USA und einigen europäischen Ländern gezeigt, seien die besten Formen der Werbung für dieses Machwerk. Mit ihnen spekulierten, so heißt es in der Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses, diejenigen, für die Filmemachen ein Geschäft sei, bei dem allein der Profit Maßstab des Handelns sei. Nur ein wirtschaftlicher Mißerfolg könne Spekulanten dieser Art von der Realisierung ähnlicher Projekte abhalten.

Der Geschäftsführende Ausschuß betonte, daß der Scorsese-Film wie auch seine literarische Vorlage in einer Weise mit der Gestalt Jesu umginge, die in völliger Willkür die biblischen Quellen verzerre und verfälsche. Leben und Sterben Jesu Christi würden mißachtet.

Der Film sei eine Kränkung aller, die im Glauben an Jesus Christus ihre Hoffnung auf den Erlösertod des menschgewordenen Sohnes Gottes gründeten.

Auch das Grundrecht der Kunstfreiheit könne eine so schwerwiegende Verletzung von elementaren religiösen Überzeugungen vieler Menschen nicht rechtfertigen.

Die Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses lautet wörtlich:

Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zu dem Film „Die letzte Versuchung Jesu Christi“

In wenigen Tagen wird in der Bundesrepublik die deutsche Fassung des Films „Die letzte Versuchung Jesu Christi“ des amerikanischen Regisseurs Martin Scorsese zu sehen sein.

Die Aufführung dieser Verfilmung einer Novelle des griechischen Schriftstellers Nikos Kazantzakis war in den Vereinigten Staaten und in einigen europäischen Ländern mit einer Welle des Protestes verbunden.

Hier hat sich gezeigt, daß die angemessene Form der Reaktion auf Filme dieser Art ein stiller Protest durch Nichtbeachtung ist. Öffentliche Demonstrationen und lautstarker Protest sind bekanntermaßen die besten Formen der Werbung. Mit ihnen spekulieren, wie die Geschichte der Verfilmung zeigt, diejenigen, für die Filmemachen ein Geschäft ist, bei dem allein der Profit Maßstab des Handelns ist. Nur ein wirtschaftlicher Mißerfolg kann Spekulanten dieser Art von der Realisierung ähnlicher Projekte abhalten.

Der Scorsese-Film wie auch seine literarische Vorlage gehen in einer Weise mit der Gestalt Jesu um, die in völliger Willkür die biblischen Quellen verzerrt und verfälscht. Leben und Sterben Jesu Christi werden mißachtet. Der Film ist eine Kränkung aller, die im Glauben an Jesus Christus ihre Hoffnung auf den Erlösertod des menschgewordenen Sohnes Gottes gründen.

Auch das Grundrecht der Kunstfreiheit kann eine so schwerwiegende Verletzung von elementaren religiösen Überzeugungen vieler Menschen nicht rechtfertigen.

(ZdK-1069-XI-88-FS voraus)

ZdK-Präsident fordert Proteste und Maßnahmen gegen unmenschliche Umsiedlungspläne in Rumänien

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Hans Maier, rief in seinem Bericht zur Lage vor dem Geschäftsführenden Ausschuss am Freitag, dem 4. November, die Bundesregierung auf, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf Einfluß zu nehmen, daß in Rumänien die Vernichtung ganzer Landstriche unterbleibe. Eine internationale Solidargemeinschaft müsse aufgebaut werden, die durch geeignete Interventionen auf das kommunistische Regime in Rumänien Druck ausübe, damit die geplanten Maßnahmen verhindert würden.

Prof. Maier bezeichnete in diesem Zusammenhang die Pläne des Ceausescu-Regimes, zahlreiche Dörfer dem Erdboden gleich zu machen, als eine unmenschliche Plage. Menschen würden entwurzelt und heimatlos gemacht. Die Jahrhunderte alte Kultur, besonders die in Europa ohnehin schwindende Dorfkultur, werde unwiederbringlich vernichtet, und gewachsene Landschaft werde auf Jahrzehnte hin verändert. Dies alles, so der ZdK-Präsident, geschehe ohne jeden ersichtlichen vernünftigen Grund.

Die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen bat Prof. Maier, immer wieder neu über die unmenschlichen Auswirkungen dieses Vorhabens zu berichten. Er hob hervor, daß nur dann, wenn in der Öffentlichkeit die Hintergründe und Zusammenhänge des despotischen Vorhabens zu einem bieten internationalen Protest führten, Hoffnung bestehe, daß das Schlimmste abzuwenden sei.

(ZdK-1070-XI-88-FS voraus)

Zum Tode von Prälat Erich Klausener übermittelt der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Professor Hans Maier, dem Berliner Dompropst folgendes Beileidstelegramm:

Sehr geehrter Herr Dompropst,

zum Tode von Prälat Erich Klausener möchte ich Ihnen im Namen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, aber auch persönlich unser herzliches Beileid aussprechen. Wir trauern mit dem Bistum Berlin um einen Mann, der sich in hervorragender Weise und der ihm eigenen Originalität darum bemüht hat, dem Evangelium in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Sein wacher Sinn für die Wahrheit bewährte sich in der Arbeit als Publizist, als Mitglied des Rundfunkrates und als Priester der Kirche, der er zutiefst verbunden war.

Besonders danken wir Prälat Klausener den Einsatz für die Laienarbeit, eine Aufgabe, die für die Familie Klausener eine Selbstverständlichkeit war und für die besonders sein Vater in heroischer Weise Zeugnis abgelegt hat. Als geistlicher Beirat im Diözesanrat Berlin, als Mitglied des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, als Mitglied unseres Gesprächskreises Literatur und Kunst und als einer der maßgeblichen Mitarbeiter bei der Vorbereitung und Durchführung der Berliner Katholikentage seit dem Zweiten Weltkrieg war Prälat Klausener für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine Art Stützpunkt in Berlin.

Möge der Herr ihm vergelten, was er für die Kirche und für Deutschland getan hat.

Wir werden seiner im Gebet gedenken.

(ZdK-1071-XI-88)

GKS

Unsere Gemeinschaft verdankt Prälat Erich Klausener — besonders in der Anfangszeit — viele wertvolle Impulse. Gedenken auch wir seiner im Gebet.

H.F.

Militärfarrer versuchten „in die Mordmaschine einzugreifen“

Bischof Lehmann weist einseitige Darstellung in „Report“ zurück

Mainz, 26. 10.: Wie die Bischöfliche Pressestelle Mainz mitteilte, hat der Bischof von Mainz und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz,

Dr. Karl Lehmann, die „einseitige Darstellung“ von Mitwissenschaft und Mitschuld von Kriegspfarrrern an NS-Massenmorden in Rußland durch das Fernsehmagazin des SWF „Report“ am Dienstag, 25. Oktober, noch in der Sendung kritisiert und zurückgewiesen. Im Live-Gespräch mit dem Moderator Franz Alt erklärte Lehmann: „Sie hätten den Widerstand der Militärpfarrer, um die Kinder wirklich zu retten, sehr viel deutlicher darstellen sollen. Ich habe Ihnen auch Dokumente zugeschickt, aus denen dies sehr deutlich hervorgeht“, z.B. Aussagen über die Entrüstung der Militärpfarrer und den Unwillen der Soldaten.

In der Sendung wurden die beiden katholischen Militärpfarrer und späteren Weihbischöfe Josef Maria Reuß, Mainz, und Ernst Tewes, München, beschuldigt, sie hätten im August 1941 in Rußland zu wenig zur Rettung von Kindern getan. Demgegenüber unterstrich Lehmann: „Die beiden haben versucht — die evangelischen Militärpfarrer auch — in diese Mordmaschine einzugreifen. Sie haben gegen Befehle verstoßen; gegen sie ist recherchiert worden; einer ist strafversetzt worden; sie sind gescheitert.“

Zur Frage des Gedenkens an die Pogrom-Nacht vom 9. November 1938 erklärte Lehmann, es bedrücke ihn, daß die Kirche damals trotz ihrer deutlichen Ablehnung der Rassenideologie gegen die Ausschreitungen, so weit bekannt, nicht protestiert habe. Aus heutiger Sicht werde klar, daß das Bewußtsein von der radikalen Gültigkeit der Menschenrechte erst durch die schrecklichen Ereignisse deutlicher geworden sei. Leh-

ren, die für die heutige Zeit daraus zu ziehen seien, beträfen neben dem Einsatz für die Menschenrechte auch den wirksamen Schutz der bedrohten Schöpfung.

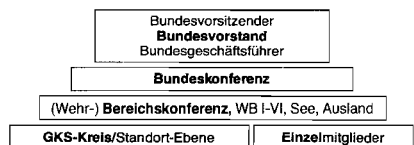
Vorstandswahlen: BDKJ-Hauptversammlung spricht kommissarische Beauftragung aus

Die außerordentliche Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat eine kommissarische Wahrnehmung der Aufgaben im BDKJ-Bundesvorstand ausgesprochen: Bernadette Grawe (BDKJ-Diözesanvorsitzende Paderborn) als Bundesvorsitzende, Mechthild Freese (KLJB-Bundesvorsitzende) als stellvertretende BDKJ-Vorsitzende, Christian Bernzen (ehemaliger BDKJ-Diözesanvorsitzender Osnabrück) als Bundesvorsitzender, Thomas Sartingen (BDKJ-Diözesanvorsitzender Speyer) als Stellvertreter und Joachim Morgenroth (DPSG-Bundeskurat) als BDKJ-Bundespräsident sind mit diesen Ämtern bis zur kommenden ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes im April nächsten Jahres beauftragt. Die kommissarische Beauftragung wurde notwendig, da der zuvor von der Versammlung zum BDKJ-Bundesvorsitzenden gewählte Ludwig Hecke die Wahl nicht annahm und der Kandidat zum stellvertretenden Vorsitz seine Kandidatur daraufhin zurückzog. Für die Positionen der BDKJ-Bundespräsidenten und der weiblichen Vorsitzenden hatte sich auf dieser Hauptversammlung niemand zur Wahl gestellt.

Mitglieder der GKS können sein:

- Berufssoldaten
- Zeitsoldaten
- Wehrpflichtige
- Reservisten/Pensionäre
- Zivilbedienstete der Bundeswehr
- Familienangehörige dieser Gruppen

Struktur der GKS



Die GKS ist vertreten

- im Apostolat Militaire International (AMI)
- im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
- in der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Verbände Deutschlands (AGKVD)
- in der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD)
- im Maximilian-Kolbe-Werk (MKW)

Die GKS gibt die Zeitschrift „**AUFTRAG**“ heraus.

Impressum: Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)
 Bundesgeschäftsführer
 Adenauerallee 115
 Postfach 190199
 D-5300 Bonn 1



**DEM
FRIEDEN
VERPFLICHTET**

GEMEINSCHAFT

KATHOLISCHER

SOLDATEN

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) versteht sich als ein Verband, der Katholiken in der Bundeswehr und Soldaten in der katholischen Kirche eine geistige Heimat bieten will.

Die GKS ist eine Laienorganisation in der Katholischen Militärseelsorge. Sie lebt aus dem Glauben der katholischen Kirche und orientiert sich an den Aussagen des II. Vatikanischen Konzils und der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland.

Die GKS wurde 1970 gegründet. Sie ging aus dem „Königsteiner Offizierkreis“, der sich bereits 1961 formierte, hervor und ist offen für Soldaten aller Dienstgrade.

Die Mitglieder bemühen sich um eine ganzheitliche Sicht des religiösen, familiären und beruflichen Lebens. Sie nehmen ihre Verantwortung wahr

- als Laien in ihrer Kirche, auf die sie hören
- als Soldaten der Bundeswehr, in der sie dienen
- als Bürger in ihrem Staat, den sie schützen
- als Mitglieder der Gesellschaft, in der sie leben.

(1) Im Glauben verwurzelt

Wir bemühen uns um ein Leben aus dem Glauben an Jesus Christus, bekennen uns zu seiner Kirche und tragen dazu bei, Kirche unter den Soldaten zu verwirklichen.

(2) Sittlich gebunden

Wir orientieren uns an christlichen Idealen und binden uns an sittliche Normen, wie sie die katholische Soziallehre entwickelt hat und welche die kirchliche Friedensethik durchdringen.

(3) Politisch gebildet

Wir verstehen uns als „Staatsbürger in Uniform“ und treten für unsere freiheitlich verfaßte und demokratisch angelegte staatliche Ordnung ein. Wir sind politisch interessiert und nehmen als selbstbewußte Christen am gesellschaftlichen Leben teil.

(4) Fachlich kompetent

Wir eignen uns das für unseren soldatischen Dienst notwendige theoretische Wissen an und üben praktische Fertigkeiten ein, um im dienstlichen Alltag überzeugen zu können.

(5) Gewissenhaft dienend

Wir stehen zu dem Versprechen, unserem Land treu zu dienen, und erfüllen unsere Pflicht gewissenhaft und nach besten Kräften. Wir sind uns der Verantwortung, die wir mit unserem Auftrag übernommen haben, bewußt.

(6) Dem Frieden verpflichtet

Wir haben uns in den Dienst des Friedens gestellt: Wir sichern die bisher erreichte Qualität des Friedens und setzen uns für seine Gestaltung und Entwicklung ein.

(7) Offen für Gleichgesinnte

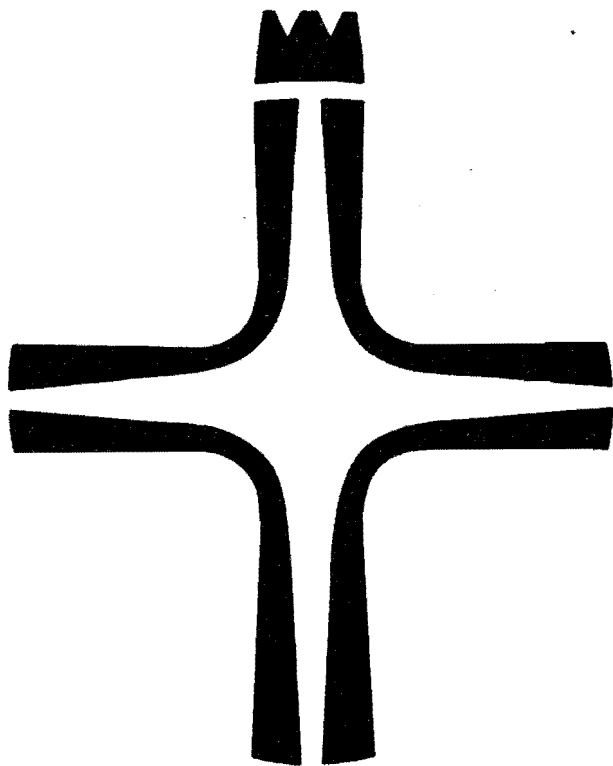
Wir sind offen für alle, die wie wir realistische Wege zur Sicherung und Förderung des Friedens gehen wollen. Wir suchen die Begegnung mit Gleichgesinnten und laden zu Veranstaltungen ein, die neben der Weiterbildung auch der Geselligkeit dienen.

(8) Um Zusammenarbeit bemüht

Wir arbeiten mit gesellschaftlichen und politischen Kräften zusammen, die eine unseren Grundwerten entsprechende freiheitliche Friedensordnung mitgestalten wollen, auch über Landesgrenzen hinaus, und unterstützen die Arbeit des Apostolat Militaire International (AMI).

(9) Ökumenisch aufgeschlossen

Wir greifen den ökumenischen Gedanken auf und bemühen uns im Geist der Einheit, das Trennende zwischen den Konfessionen zu überwinden und neue Dimensionen der Gemeinsamkeit zu finden.



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a. D.), Chefredakteur

Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a. D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.

Der Papst spricht zu Ihnen auf Deutsch

Durch seine deutschsprachige Zeitung, den OSSERVATORE ROMANO (Römischer Beobachter). Erleben Sie wöchentlich, was er uns zu sagen hat. Erleben Sie den Vatikan, Rom, die Weltkirche. Aus nächster Nähe.



Anfrage- und Bestelladresse:
L'OSSERVATORE ROMANO
in deutscher Sprache
I-00120 Vatikanstadt



L'OSSERVATORE ROMANO

Postfach 4280, 7302 Ostfildern 1



radio vatikan

deutsch

täglich: 6.20 bis 6.40 Uhr
20.20 bis 20.40 Uhr

MW: 1530

KW: 6190/6210/7250/9645